



FORUM



Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag **Konferenz »Mitteleuropäische Perspektiven vor den Europawahlen«**

am 9. April 2024

im Sächsischen Landtag in Dresden



Sächsischer Landtag

Die Schriftenreihe FORUM dokumentiert die Veranstaltungen des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag.

Folgende Dokumentationen sind bereits erschienen:



Heft 1 (Deutsch)
 Auftaktveranstaltung
 „Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft im Herzen unseres Kontinents“ am 29. September 2011 im Ständehaus in Dresden



Heft 2 (Deutsch)
 Podiumsdiskussion
 „Visionen für Mitteleuropa im Spannungsfeld von Kunst und Politik“ am 24. Mai 2012 im Ständehaus in Dresden



Heft 3 (Deutsch)
 Konferenz
 „Kulturen in Mitteleuropa: Erinnern, Fördern, Gestalten“ am 8. und 9. Oktober 2012 im Ständehaus in Dresden



Heft 4 (Deutsch/Tschechisch)
 Konferenz
 „Heimat Mitteleuropa: Gesichter, Biografien, Identitäten“ am 28. Juni 2013 im Waldstein Palais in Prag



Heft 5 (Deutsch/Polnisch)
 Konferenz
 „Werte in Mitteleuropa: Solidarität und Freiheit“ am 7. Mai 2014 im Historischen Rathaus in Breslau



Heft 6 (Deutsch)
 Konferenz
 „Mitteleuropa 2015: Stabilität und Krise?“ am 21. September 2015 auf Stift Klosterneuburg



Heft 7 (Deutsch/Ungarisch)
 Konferenz
 „Miteinander in Mitteleuropa: gestern, heute, morgen“ am 23. September 2016 in der Ungarischen Nationalversammlung in Budapest



Heft 8 (Deutsch/Slowakisch)
 Konferenz
 „Mitteleuropa in Europa: Wirtschaft und Infrastruktur“ am 17. Oktober 2017 im Historischen Nationalratsgebäude in Bratislava



Heft 9 (Deutsch)
 Konferenz
 »Quo vadis, Mitteleuropa?« am 17. Mai 2019 im Sächsischen Landtag in Dresden



Heft 10 (Deutsch)
 Konferenz
 »Wie weiter in Europa?« am 12. November 2021 im Parlament der Republik Österreich in Wien



Heft 11 (Deutsch/Englisch/Litauisch)
 Konferenz
 »Deutschland, Mitteleuropa und die östlichen Nachbarn« am 13. Mai 2022 im Seimas der Republik Litauen in Vilnius



Heft 12 (Deutsch/Tschechisch)
 Konferenz
 »Stabilität von Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteleuropa« am 23. Mai 2023 im Senat des Parlaments der Tschechischen Republik in Prag



Alle Publikationen und weitere Informationen zum Forum Mitteleuropa finden Sie unter www.forummitteleuropa.eu. Die einzelnen Hefte können bei Interesse kostenfrei unter publikation@slt.sachsen.de oder per Post bestellt werden, soweit sie noch nicht vergriffen sind.

FORUM

Forum Mitteleuropa
beim Sächsischen Landtag



Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag **Konferenz »Mitteleuropäische Perspektiven vor den Europawahlen«**

am 9. April 2024

im Sächsischen Landtag in Dresden

Das vom Präsidenten des Sächsischen Landtags Dr. Matthias Rößler ins Leben gerufene Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag möchte den Kooperationsprozess in der Mitte unseres Kontinents weiter vorantreiben. Es will in Mitteleuropa Bande des geistigen Austauschs, der gegenseitigen Inspiration und der bürgerschaftlichen Verständigung knüpfen. Das Forum Mitteleuropa sieht sich als Impulsgeber, indem es regelmäßig mitteleuropäische Akzente zur Gestaltung der Europäischen Union stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit rückt.

Im Jahr 2024 kehrte das Forum Mitteleuropa nach Dresden zurück, wo es 2011 ins Leben gerufen worden war und zuletzt 2019 Station gemacht hatte. Auf Einladung des Landtagspräsidenten tauschten sich internationale Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft am 9. April 2024 über aktuelle Entwicklungen in Deutschland, Mitteleuropa und Europa aus. Sie diskutierten zu den Themen „Mitteleuropäische Erwartungen an die Europäische Union“ sowie „Mitteleuropäische Interessen in Europa“. Der Band dokumentiert die Konferenz in Wort und Bild.

Herausgegeben vom Sächsischen Landtag

Inhalt

Auftakt 6

Dr. Matthias Röbner 8
„Standpunkte und Interessen in Mitteleuropa“

Dr. Othmar Karas 12
„Wir alle tragen Mitverantwortung für Europa“

Thema I 14

Mitteuropäische Erwartungen an die Europäische Union

Dr. László Kövér 16
„Gegen die Zerstörung der Europäischen Union“

Prof. Dr. Jiří Drahoš 28
*„Herausforderungen und Chancen für Mitteleuropa
in der Europäischen Union“*

Marek Krzakała 34
„Die Einheit der EU-Länder stärken“

Podiumsdiskussion 38

Impressum:

Herausgeber: Sächsischer Landtag,
Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen,
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten
des Sächsischen Landtags durch den Präsidenten
Dr. Matthias Röbner vertreten.
V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag
Redaktion: Dr. Thomas Schubert, Franz Grossmann,
Sächsischer Landtag
Fotos: Thomas Schlorke, Oliver Killig,
istockphoto.com/Rob Atherton
Gestaltung, Satz: machzwei, Dresden
Druck: Union Druckerei Dresden GmbH
Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag
im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben
und ist kostenfrei unter publikation@slt.sachsen.de
erhältlich.

Thema II 66

Mitteeuropäische Interessen in Europa

Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger 68

„Ungarns und Mitteleuropas Interessen im vereinten Europa“

Prof. Dr. Jiří Pehe 74

*„Mitteleuropa – ein vages Projekt mit schwer definierbaren
gemeinsamen Interessen“*

Podiumsdiskussion 82

Vitae 112





Auftakt



*Posaunenquartett von der Hochschule für Musik
Carl Maria von Weber in Dresden*

A photograph of Dr. Matthias Rößler, a middle-aged man with grey hair, wearing a dark blue suit, white shirt, and dark tie. He is standing at a podium with two microphones, gesturing with his hands while speaking. The background is slightly blurred, showing a blue and white geometric structure and some greenery.

„Standpunkte und Interessen in Mitteleuropa“

Dr. Matthias Rößler

» Sehr geehrter Herr Präsident, verehrter László Kövér, verehrter Herr Vizepräsident Drahoš, sehr geehrte Abgeordnete aus den mitteleuropäischen Parlamenten, verehrte Mitglieder des diplomatischen und konsularischen Korps, liebe Kuratorinnen und Kuratoren des Forums Mitteleuropa, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Studentinnen und Studenten, liebe Gäste, nach zuletzt Wien, Vilnius

und Prag sind wir mit unserer Konferenz wieder zurück in Dresden, der Geburtsstadt des Forums Mitteleuropa. Es ist mir eine außerordentliche Freude und Ehre, Sie hier im Sächsischen Landtag willkommen zu heißen.

Meine Damen und Herren, am 29. September 2011 waren in Dresden auf meine Initiative hin Diplomaten, Politiker,

Intellektuelle und Wissenschaftler aus Tschechien, Polen, der Slowakei, Ungarn, Österreich und Deutschland zusammengekommen und haben das Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag konstituiert.

Seitdem geht es uns mit dem Forum darum, einen Dialog zwischen benachbarten Regionen zu schaffen und mitteleuropäische Antworten auf europäische Fragen zu finden. Daneben wollen wir in unseren Bürgergesellschaften die Verbundenheit stärken. Unser Forum folgt dabei von Beginn an einer identitäts- und freiheitsbezogenen Idee von Mitteleuropa.

Leitend ist der Gedanke, dass wir als Mitteleuropäer seit 1989 endlich wieder in der Lage sind, unsere positiven Gestaltungskräfte zu nutzen – für unsere Regionen und Nationen ebenso wie für ganz Europa.

Dass eine solche Initiative von Sachsen ausgeht, das hat Gründe. Sachsen hat historisch immer zu Mitteleuropa gehört. Es hat in der Geschichte die Entwicklung des mitteleuropäischen Raumes mitgeprägt – politisch, wirtschaftlich, kulturell. Der hochverehrte Karel Schwarzenberg sagte beim Forum Mitteleuropa 2013 in Prag zu uns: „Finden wir uns damit ab, dass wir Mitteleuropa sind.“ Recht hatte er! Sachsen war in seiner langen Geschichte stets eine Brücke zwischen dem Westen und dem Osten, in der Mitte Europas.

Mitteleuropa ist Teil unser aller Identität! Mitteleuropa als ein Raum pluraler Vielfalt und Kulturen, als eine Werte-

gemeinschaft, die im Christentum und der Aufklärung wurzelt, die auf Demokratie und Rechtsstaat beruht, die eine freiheitliche und solidarische Bürgergesellschaft vereint.

1989 haben wir uns in Freiheitsrevolutionen selbst aus den Diktaturen befreit. Wir haben in der Mitte unseres Kontinents Weltgeschichte „gemacht“. Das verbindet uns, erfüllt uns mit Stolz. Eine weitere Gemeinsamkeit ist die gesellschaftliche Transformation seit 1990. In Ungarn, Tschechien, Polen, der Slowakei und in Ostdeutschland durchziehen unsere Gesellschaften ähnliche Brüche – sichtbar bis in die Gegenwart. Wir im Freistaat Sachsen sehen daher mit größter Anerkennung, was in den Ländern Mitteleuropas seit 1990 aus eigener Kraft, aber auch mithilfe europäischer Solidarität geschaffen wurde. Entsprechend war es für Sachsen eine Verpflichtung, den EU-Beitritt der mitteleuropäischen Staaten zu unterstützen. Hier konkretisierte sich die Verbundenheit.

Meine Damen und Herren, die EU fand ihre neue Mitte, als die Staaten Mitteleuropas ihren Weg in die Union fanden – 1995 Österreich und 2004 dann Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Ich will nicht behaupten, dass dieser Weg einfach zu beschreiten war. Viele Staaten durchliefen eine Anpassungskrise. Am Ende stand aber der Beitritt zur EU – getragen von einer breiten Zustimmung der Bevölkerung.

In diesem Jahr begehen wir 20 Jahre EU-Erweiterung. Die europäische Familie ist größer geworden. Nachbarn wurden zu Freunden. Ich empfinde es als Bereicherung in jeder Hinsicht. Was für ein großes Glück! Und wir sind auch Vorbild. Ich denke da an die angestrebte Erweiterung der EU auf

dem Westbalkan. Die erfolgversprechenden Skizzen und Vorlagen dafür wurden vor zwei Jahrzehnten in Mitteleuropa geschrieben.

Wir überwandens Europas Spaltung und machten die heutige EU, in der Mitteleuropäer selbstbewusst neben West- und Südeuropäern stehen, überhaupt erst möglich. Ein Blick auf die Landkarte und in die Geschichtsbücher zeigt, was manchem im Westen nach jahrzehntelanger Teilung durch den Eisernen Vorhang in Vergessenheit geraten zu sein scheint: Der vermeintliche Osten ist Europas Mitte, Europas alte und neue Mitte.

Hinzu kommt, dass es sich allesamt um stolze Nationen handelt, die dieses freie Mitteleuropa ausmachen. Dem deutschen Soziologen Hans Joas wird das Bonmot zugeschrieben: „Wenn einer von sich sagt, er sei ein Europäer, dann hat er sich damit schon als Deutscher enttarnt.“ Das ist sicher übertrieben. Aber sehen wir wirklich ein europäisches Selbstverständnis? Oder sind es nicht eher unsere Nationen, unsere Länder und Regionen, die uns neben Identität auch einen wirksamen politischen Handlungsrahmen verleihen?

Das heißt wohlgerne nicht, dass im 21. Jahrhundert Kooperation immer nationalen Souveränitätsverzicht meint, ganz im Gegenteil. Besonders in den großen Fragen der Zeit müssen wir uns einig sein, um gemeinsam weiterzukommen. Als Mitteleuropäer sollten wir uns daher unserer Kraft bewusst sein, die wir an dieser Stelle für Europa, für die europäische Union in die Waagschale werfen können.

Ohne jeden Zweifel, meine Damen und Herren, steht die Europäische Union insbesondere für den Erfolg europäischer

Politik. Der dem europäischen Verbund zuzuschreibende Fortschritt in unseren Ländern ist mit Händen greifbar.

Der Mehrwert der EU-Integration ist unbestreitbar. Der wirtschaftliche Nettoeffekt des Binnenmarktes enorm. Hinzu kommen die gar nicht zu beziffernden Vorteile der gefallen Grenzzäune, des kulturellen und menschlichen Austauschs sowie des Friedens und der Versöhnung.

Wohlgleich werden die vielen positiven Seiten oft überdeckt vom Gram auf die Brüsseler „Regulierungswut“. Es gibt unbestritten Bereiche, in denen weniger Europa allen Seiten zugutekäme. Regulatorisches Mikromanagement, übertriebene Ökologisierung oder auch „progressive“ Eingriffe in die kulturellen Wesenskerne der europäischen Völker sind Auswüchse, die der europäischen Sache schaden. Nicht wenige Menschen fühlen sich in unseren Ländern von einer so wahrgenommenen EU bedroht.

Auch der Freistaat Sachsen will Veränderungen in der EU. Es benötigt weniger Bürokratie, mehr Investitionen in Forschung und Infrastruktur sowie die Stärkung der Regionen und Länder bei europäischen Entscheidungsprozessen. In diesem Sinne geht es uns auch um ein Europa, dass sich stärker an Subsidiarität orientiert. Unsere Devise ist: „Wir machen das schon selbst!“ Wir haben unsere eigenen Qualitäten und Erfahrungen, die zentralistischen Lösungsansätzen überlegen sind.

Aber, und das will ich deutlich sagen, wir haben auch Bereiche, in denen wir mehr Europa, mehr europäische Politik

brauchen, um zukunftsfähig zu sein. Da geht es um vernetzte Infrastrukturen, die uns mit unseren Nachbarn verbinden. Es geht um eine nachhaltige und sichere Rohstoff- und Energieversorgung im europäischen Verbund. Es geht um den weiteren Ausbau des erfolgreichen Außenhandels mit den Ländern Mitteleuropas. Nur wenige wissen, dass der deutsche Außenhandelsumsatz mit den mitteleuropäischen Staaten, mit Tschechien, Polen, Ungarn und der Slowakei, jenen mit China oder den Vereinigten Staaten deutlich übersteigt. Rechnen wir Österreich hinzu, dann wird es umso klarer: In Mitteleuropa liegt große Wirtschaftskraft. Mitteleuropa ist ein Motor für Wohlstand. Und es geht nicht zuletzt um äußere Sicherheit. Um eine sichere EU-Außengrenze, geordnete Migration, einen gesicherten Wirtschafts- und Wissenschaftsraum, um wettbewerbsfähige Strukturen im globalen Vergleich sowie um den gemeinsamen Erhalt von Frieden und Freiheit in Europa. Das alles, meine Damen und Herren, funktioniert nur europäisch.

Insbesondere der letzte Punkt, die europäische Friedensordnung, steht gegenwärtig auf dem Spiel. Angegriffen wird sie von einem imperialen Russland, das die freie Ukraine mit einem brutalen Krieg überzieht, das auch die demokratische Verankerung Mitteleuropas in der EU nicht akzeptieren will, das 1989 revidieren will. Dieses Russland stellt heute die größte Gefahr für den Frieden und die Freiheit in Europa dar – besonders für uns Mitteleuropäer. Russlands Krieg ist zugleich der Angriff auf eine regelbasierte Weltordnung, die uns gerade in Europa gewiss schien und der wir vielleicht zu lange naiv nachgegangen sind. Noch handelt Europa in diesen Fragen trotz mancher Schwierigkeiten bemerkenswert geschlossen. Und ich hoffe, es bleibt dabei.



Meine Damen und Herren, wir stehen heute wenige Wochen vor den Wahlen zum Europäischen Parlament und sehen uns vielen äußeren und inneren Herausforderungen gegenüber. Zu all den genannten Punkten existieren in den Ländern Mitteleuropas teils ähnliche, teils recht unterschiedliche Perspektiven, denen die heutige Konferenz nachgehen will. Wir wollen heute sehen und hören, wie Mitteleuropa „tickt“. Wie es denkt, wie es handelt, welche Standpunkte und Interessen es gibt. Ich bin sehr gespannt. Noch einmal ein herzliches Willkommen! Ich wünsche uns allen eine erkenntnisreiche Konferenz! Vielen Dank. «



Videostatement

„Wir alle tragen Mitverantwortung für Europa“

Dr. Othmar Karas

» Sehr geehrter Herr Präsident Dr. Rößler, verehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Forums Mitteleuropa! Als Erster Vizepräsident des Europäischen Parlaments ist es mir eine besondere Ehre, heute – wenn auch virtuell – bei Ihnen zu sein und einige Gedanken an Sie zu richten.

Vom 6. bis 9. Juni wählen wir das Europäische Parlament –

das einzige multinationale Parlament der Welt mit direkt gewählten Mitgliedern und Gesetzgebungskraft. Es geht um nicht weniger als um die politischen Prioritäten und Mehrheiten für die nächsten fünf Jahre.

In einer Zeit, in der die Grundfesten der liberalen Demokratie, die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und die Werte

von Frieden in Freiheit, Solidarität und der soziale Zusammenhalt herausgefordert werden, ist es entscheidender denn je, von unserem Wahlrecht Gebrauch zu machen und klar Position zu beziehen.

Denn bei dieser Wahl geht es nicht nur um unterschiedliche politische Wahlwerber, sondern um eine fundamentale Richtungsentscheidung: Wählen wir den Weg der liberalen Demokratie oder lassen wir autokratische Tendenzen zu? Streben wir ein Europa an, das sich als „Global Player“ behaupten kann, oder ziehen wir uns in Kleinstaaterei und Nationalismus zurück? Entscheiden wir uns für Verantwortungsbewusstsein gegenüber den kommenden Generationen oder geben wir dem Populismus nach? Wollen wir eine Kultur der Ehrlichkeit und des offenen Diskurses oder lassen wir zu, dass Desinformation und „Fake News“ den Ton angeben?

Nicht nur die Politik, sondern die Gesellschaft als Ganzes ist herausgefordert: Wir alle tragen Mitverantwortung. Wir alle sind Europa!

Mitteleuropa spielt in dieser Debatte eine zentrale Rolle. Die Geschichte hat gezeigt, dass die Länder im Herzen des Kontinents, nach Jahrzehnten der Unterdrückung, zu einem lebendigen Zeugnis der Stärke und der Werte der Europäischen Union geworden sind. Sie sind ein Beweis dafür, was alles möglich ist, auf dem Fundament der liberalen Demokratie, mit europäischer Integration. Doch die Entwicklungen in einigen Mitgliedstaaten, die Verletzung von gemeinsamen Recht und Werten, erinnern daran, dass diese Errungenschaften nicht selbstverständlich sind. Sie müssen tagtäglich wiedergewonnen werden.

Ja, ein starkes Mitteleuropa und eine starke Europäische Union bedingen einander. Das eine kann es nicht ohne das andere geben. Daher müssen wir über den nationalen Tellerrand hinausdenken und die Zusammenarbeit stärken. Nur auf dem Boden einer wehrhaften liberalen Demokratie, unter Achtung von Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Meinungs- und Medienfreiheit können wir die Herausforderungen unserer Zeit bewältigen und eine gute Zukunft gestalten.

In diesem Sinne ermutige ich Sie, die heutigen Gespräche und Diskurse als Chance zu begreifen – als Chance dafür, Brücken zu bauen, Verständnis zu fördern und konkrete Lösungen zu erarbeiten.

Die bevorstehenden Europawahlen bieten uns die Möglichkeit, nicht nur Zeugen, sondern Gestalter der Zukunft Europas zu sein. Es liegt in unseren Händen, die Weichen für ein handlungsfähigeres, unabhängigeres und wettbewerbsfähigeres Europa zu stellen. Nehmen wir diese Herausforderung gemeinsam an, mit der Überzeugung, dass das, was uns verbindet, stärker ist als das, was uns trennt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche eine fruchtbare, inspirierende Konferenz. «



Thema I

Mitteleuropäische Erwartungen an die Europäische Union



*Der Neubau des Sächsischen Landtags mit der
barocken Stadtkulisse im Hintergrund*

A photograph of Dr. László Kövér, a man with grey hair, a mustache, and glasses, wearing a dark suit and a tie. He is standing behind a wooden podium with two microphones, speaking. The background is a bright, out-of-focus interior space with green chairs visible.

Impulsreferat

„Gegen die Zerstörung der Europäischen Union“

Dr. László Kövér

» Sehr geehrter Herr Landtagspräsident Dr. Rößler, sehr geehrte Konferenzteilnehmer, vielen Dank für das Wort sowie für die herzliche Gastfreundschaft, ebenso wie für die beherrschende Anfrage, der ich gern nachkomme. Das Thema des heutigen Vormittags ist ungewöhnlich spannend. Wir Mitteleuropäer werden nämlich wesentlich öfter darüber belehrt, welche Erwartungen die Europäische Union uns gegenüber hat, als dass wir gefragt werden würden,

welche Erwartungen wir Mitteleuropäer gegenüber der Europäischen Union haben.

Was verstehen wir unter Europa und was unter Mittel- und Osteuropa? Was verstehen wir unter der Europäischen Union und auf welcher Basis können wir jegliche Erwartungen ihr gegenüber hegen? An wen können diese gerichtet werden und welchen Inhalt haben unsere Erwartungen?

Als Diskussionsgrundlage werde ich mich bemühen, auf diese Fragen eine ungarische und damit eine mögliche mitteleuropäische Antwort zu geben.

Für Europa und dabei für Mitteleuropa gab und gibt es zahlreiche geografische, historische, kulturelle und politische Definitionsversuche und seit Jahrhunderten finden spannende intellektuelle Debatten über Ähnlichkeiten und Unterschiede verschiedener Regionen Europas beziehungsweise über die historischen Beweggründe der Entstehung unterschiedlicher Entwicklungspfade statt. Wir liegen sicher nicht falsch, wenn wir bei der Suche des gemeinsamen Nenners der verschiedenen Ansätze feststellen, dass es sich bei Europa um die verkörperte Wirklichkeit einer primär kulturellen Gemeinschaft, der Cultura Christiana, dem Land der christlichen Kultur, handelt.

Europas Grenzen reichen so weit, wie Kreuze auf den Friedhöfen stehen. Und Mitteleuropa ist der Ort, der von Westen aus als Osten und von Osten aus als Westen gilt – ich für meinen Teil würde mit dieser Definition ohne akademischen Anspruch kurz und prägnant den Kern Europas und damit Mitteleuropa definieren wollen.

Die Definition der Europäischen Union ist einfacher: Den Absichten ihrer Gründungsväter entsprechend, handelt es sich um ein politisches Konzept auf der Grundlage der Zusammenarbeit souveräner europäischer Nationalstaaten, das nach den in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf unserem Kontinent entfachten beiden Weltkriegen sowie

den durch soziale Krisen und verschiedene ideologische Fanatismen entstandenen Diktaturen für sämtliche Nationen Europas Frieden, Demokratie und Wohlstand gewährleisten und stärken sollte.

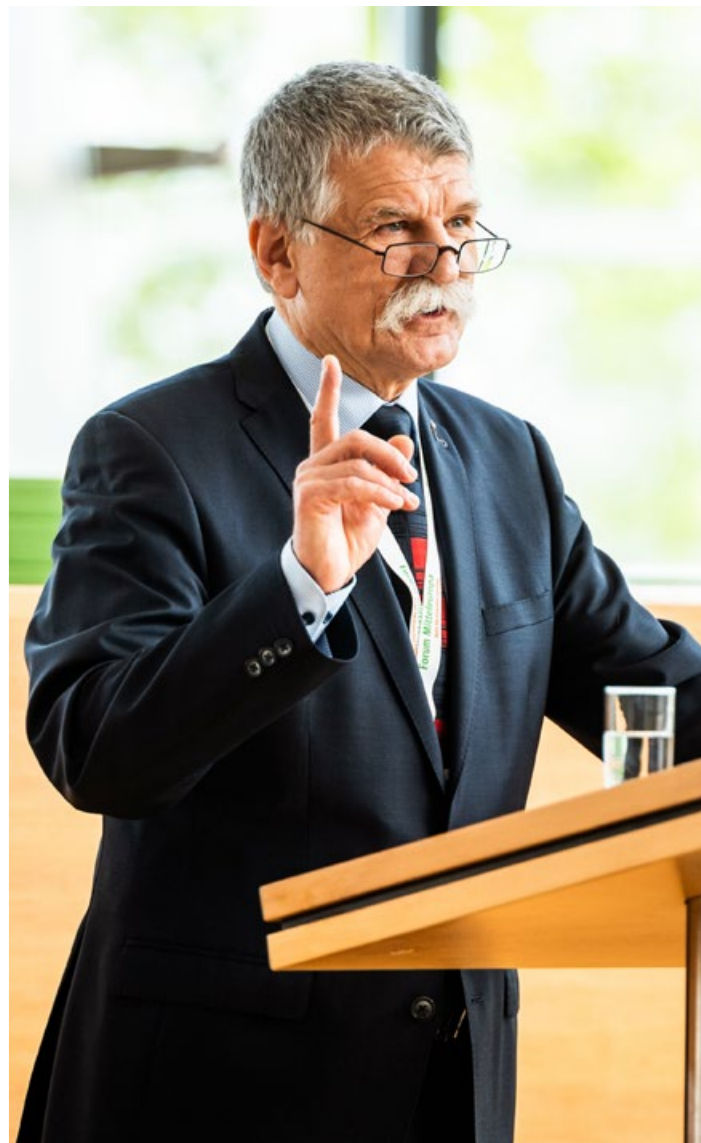
Wie wir jedoch wissen, konnte dieses großartige Konzept für das Europa der Moderne im 20. Jahrhundert aus geopolitischen Gründen nur teilweise realisiert werden: Mittel- und Osteuropa war nach dem Zweiten Weltkrieg genötigt, über mehr als 40 Jahre in Diktatur, Armut und unter externer militärischer Bedrohung zu leben; und zwar dafür, dass der andere Teil Europas in Demokratie, Wohlstand und Sicherheit leben konnte. Aus diesem Grund ist die stärkste Grundlage unserer Erwartungen gegenüber Europa und der Europäischen Union moralischer Natur, meine sehr verehrten Konferenzteilnehmer.

Eine der schwerwiegenden historischen Voraussetzungen für die Entstehung und den Aufstieg der Europäischen Union bestand nämlich darin, dass die Völker Mittel- und Osteuropas – in Folge der Verteilungsabsprachen der Angelsachsen und der Russen – in Knechtschaft zu versinken hatten. Politische Unterdrückung, Plünderung der Wirtschaft, Erniedrigung der Nation und Christenverfolgung wurden sämtlichen hier lebenden Völkern zuteil. Die Polen, die im Weltkrieg mit mehr Soldaten an der Seite der Alliierten gekämpft hatten als die Franzosen, haben das Gleiche als Lohn bekommen, was wir Ungarn als Strafe erhielten. Aber auch wir Ungarn haben eine starke moralische Grundlage, Erwartungen gegenüber der Europäischen Union zu formulieren. Denn während zum Beispiel die Westeuropäer sich der Textfassung der Römischen Verträge von 1957 widmen konnten, die zur Entstehung der

Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft führten, wurde Ungarn, das seine antikommunistische Revolution kämpfte, im November 1956 – mit stiller Hilfe des Westens – von der Sowjetunion mit mehr Panzern angegriffen, als Polen 1939 durch Hitler.

Die Freiheitsbestrebungen unserer tschechischen und slowakischen Schicksalsgenossen wurden von den sowjetischen Soldatenstiefeln 1968 in Grund und Boden getreten; zur gleichen Zeit durfte die westeuropäische Politik die Feinabstimmung des institutionellen Systems der 1967 ins Leben gerufenen Europäischen Gemeinschaften durchführen. Im gleichen Jahr als Griechenland der Europäischen Gemeinschaft beitreten konnte – das war 1981 –, hat in Polen die kommunistische Regierung den Kriegszustand ausgerufen. An diesem kalten Morgen des 13. Dezember wartete ein 19-jähriger wehrpflichtiger Soldat namens Viktor Orbán auf der Ladefläche eines Militärlasters darauf, ob der Befehl kommt, in Folge dessen er zusammen mit seinen Kameraden in Richtung Polen losgeschickt würde – sozusagen im Sinne der internationalistischen Hilfeleistung für das Brudervolk. Und das Unterpfand für die Freiheit Westdeutschlands war die vier Jahrzehnte währende Knechtschaft Ostdeutschlands. Und das ist wiederum das stärkste moralische Argument unserer sächsischen Schicksalsgenossen für ihre Erwartungen gegenüber der Europäischen Union.

Wie alle Angehörigen meiner Generation, einschließlich auch Herrn Landtagspräsidenten Rößler und seiner Gäste, habe auch ich eine klitzekleine persönliche moralische Grundlage, Erwartungen zu formulieren, meine lieben Freunde. Ich wurde Ende 1959 geboren und werde bald



65 Jahre alt. Allerdings kann ich erst seit drei Jahren von mir behaupten, länger in einer Demokratie gelebt zu haben, als in einer Diktatur. Und ohne die Absicht zu verfolgen, mich zu rühmen, kann ich als bloße Tatsache vermitteln, dass ich seit dem März 1988 an der Beseitigung des Kommunismus und des Postkommunismus beteiligt bin ebenso wie an der dazu berufenen nationalen Unternehmung, dass mein Vaterland endlich die historisch verursachten Verluste aufholen kann. Und ich muss feststellen: Es fällt mir schwer zu ertragen, dass uns manche Leute aus Brüssel und aus einigen Hauptstädten erzählen wollen, was Diktatur und was Demokratie sei, Leute, die es unter anderem auch den Opfern unserer Eltern und Großeltern verdanken, nur Demokratie erfahren zu haben.

Selbstverständlich haben unsere Erwartungen auch eine wirtschaftliche und finanzielle Grundlage. Hier geht es im Wesentlichen darum, meine lieben Freunde, dass trotz aller irrtümlicher öffentlicher Glaubenssätze die Länder Mittel- und Osteuropas der 1993 entstandenen Europäischen Union in den vergangenen drei Jahrzehnten wirtschaftlich und finanziell mehr gegeben haben, als sie von ihr erhielten.

Nach 1990 haben nämlich die Länder Mittel- und Osteuropas – vom Baltikum bis zum Balkan – ihre Absatzmärkte, die in etwa 120 Millionen Konsumenten umfassen, dem westlichen Kapital und dabei überwiegend den Unternehmen aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union kostenlos überlassen. Meine lieben Freunde, wieviel ist der kostenlose Zugang zu einem derart großen Markt wert? Welchen Gewinn wirft das über drei Jahrzehnte ab? Das sind keine rhetorischen Fragen, sondern ökonomische,



die einer präzisen Antwort bedürfen. Aber vielleicht liegen wir nicht falsch, wenn wir diesen Betrag mit einem aktuellen Zeitwert in der Größenordnung von zehn Milliarden Euro ansetzen.

Forschungsergebnisse der Weltbank besagen, dass zwischen 1990 und 2015 ungefähr 25 Millionen Arbeitnehmer im Alter von 25 bis 45 Jahren Mittel- und Osteuropa – vom Baltikum bis zum Balkan, einschließlich auch der Ukraine – für den Westen verlassen haben und dabei vor allem in die alten Mitgliedsstaaten gegangen sind. Wissen Sie, wie viel



die Ausbildung dieser 25 Millionen Arbeitnehmer die Staatshaushalte der mittel- und osteuropäischen Staaten insgesamt gekostet hat? Zum aktuellen Zeitwert beläuft sich das selbst nach den bescheidensten Schätzungen auf über 1000 Milliarden Euro. Laut Prognose der Weltbank, die noch vor Ausbruch des Krieges zwischen Russland und der Ukraine entstanden ist, werden bis 2040 ungefähr 20 Millionen zusätzliche Arbeitnehmer Mittel- und Osteuropa größtenteils in die westlichen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union verlassen haben.

Diejenigen Staaten Mitteleuropas, die nach 1990 zu EU-Mitgliedern geworden sind, haben Zugang zu den als Fördermitteln bezeichneten Finanzmitteln der Union erhalten. Zu diesen sogenannten Fördermitteln hat ein polnisches Wirtschaftsforschungsinstitut festgestellt, dass zwischen 2004 und 2015 alle vier Visegrád-Staaten – Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei und Ungarn – weniger Mittel erhalten haben, als ihre EU-Mitgliedschaft wirtschaftliche Vorteile für die alten – also westlichen – Mitgliedsstaaten gebracht hat.

Aus Ungarn führen Unternehmen aus der Europäischen Union jährlich insgesamt mehr Gewinne aus, als die als Fördermittel bezeichneten Gelder aus den Brüsseler Kassen in unser Land kommen – wenn denn überhaupt solche Gelder der EU kommen und nicht zwecks politischer Erpressung zurückgehalten werden. Wenn wir schon bei der politischen Erpressung sind: Vor einigen Jahren formulierte das ein französischer Staatspräsident, François Hollande, der damaligen polnischen Ministerpräsidentin Beata Szydło gegenüber so: „Sie haben Ihre Prinzipien und wir haben unsere Strukturfonds.“

Polnische Wirtschaftsforscher haben nachgerechnet, dass über den steigenden Absatz in den vier Visegrád-Staaten durchschnittlich 80 Prozent der Beiträge westeuropäischer EU-Mitgliedsstaaten wieder in die Volkswirtschaften Westeuropas zurückgeführt werden. Günther Oettinger, der für die Finanzplanung zuständige deutsche EU-Kommissar, hat das 2017 in der Art und Weise formuliert, dass infolge der direkten und indirekten Exporteffekte die Bundesrepublik kein Nettozahler, sondern ein Nettonutznieser der Europäischen Union sei.

Nun, meine lieben Freunde, in Kenntnis dieser Fakten und Daten stellt sich die Frage, wer in Wirklichkeit wen in der Europäischen Union fördert? Manche bezeichnen die Aufzählung dieser Tatsachen, Abläufe und Daten lediglich als „Ökonomie des mitteleuropäischen Unrechtsempfindens“. Für uns ist das aber die mitteleuropäische Wirklichkeit, in der wir leben.

Die Erwartungen Ungarns gegenüber der Europäischen Union sind allerdings bescheidener, als dass wir diese mitteleuropäische Wirklichkeit verändern. Unsere Erwartungen bestehen darin, dass die Europäische Union nicht von einer von der Wirklichkeit und den Interessen der Menschen in Europa abgehobenen politischen Elite zerstört wird. Diese Elite soll die Europäische Union nicht aus einem Friedensprojekt zu einem Kriegsprojekt, nicht aus einem Demokratieprojekt zu einem Diktaturprojekt, nicht aus einem Wohlstandsprojekt zu einem Verarmungsprojekt und nicht aus einer über 2000 Jahre hinweg christlich geprägten Region zu einer christenfeindlichen politischen Kraft machen.

Heutzutage findet nämlich genau das statt. Es findet die Zerstörung der Europäischen Union statt. Heute gibt es in der politischen Elite der EU drei Arten von Politikern: diejenigen, die im externen Auftrag und im Sinne außerhalb Europas gelegener Interessen die Europäische Union bewusst zerstören; zum Zweiten diejenigen, die nicht in der Lage sind, die Zerstörung zu erfassen, deren Mittel zum Zweck sie wurden; und schließlich diejenigen, die sich auf den gesunden Menschenverstand berufen und den Selbstmord der Europäischen Union zu verhindern versuchen.

Wir Mitteleuropäer haben im vergangenen Jahrhundert – von Dresden bis Warschau und von Prag über Bratislava bis Budapest – über 40 Jahre hinweg unter andauernder Bedrohung eines Krieges, in politischen Diktaturen, in Armut, in einem auf das Abwürgen unserer Identität bedachten christen- und nationalfeindlichen Internationalismus gelebt. Daher erfassen wir heutzutage früher und präziser die Gefahr, als es die Westeuropäer tun.

Meine sehr geehrten Freunde, obwohl ich zu Beginn für die Formulierung des Titels der Diskussion gedankt habe, darf ich trotzdem einige klärende Sätze zur Frage anbringen, wer beziehungsweise was genau die Europäische Union ist, an die wir unsere Erwartungen richten können? Selbstverständlich steht die Union in erster Linie für die souveränen und gleichrangigen Mitgliedsstaaten, die ein freiwilliges Bündnis eingegangen sind. Sie haben dabei keinerlei Souveränität auf die Einrichtungen der Union übertragen, sondern diese Institutionen – den Europäischen Rat, die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und den Gerichtshof der Europäischen Union – deshalb aufgestellt, um gewisse, aus der Souveränität der Mitgliedsstaaten stammende Zuständigkeiten, im Zeichen des Grundsatzes der Subsidiarität gemeinsam effizienter ausüben zu können. Daher sind jegliche Bestrebungen, die auf eine Beschneidung der Souveränität der Mitgliedsstaaten abzielen (mittels Ausspielen, Außerrachtlassen, erweiternder Neuinterpretation der Regeln der europäischen Verträge über Zuständigkeiten oder Druck, neuerlich sogar mit offener Erpressung und Drohungen zwecks



Annahme von Änderungen dieser Regeln oder aggressiver Eingriffe in die inneren Angelegenheiten der Mitgliedsstaaten), nicht nur illegitim, sondern bedrohlich für die Funktionsfähigkeit und den Bestand der Union.

„Ein Staat, in dem verschiedene Herrscher um die Macht kämpfen, steht vor dem Untergang. Eine Stadt oder eine Familie, in der man ständig in Zank und Streit lebt, hat keinen Bestand“, steht in der Heiligen Schrift geschrieben (Matthäus: 12.25). Und man kann mit Sicherheit behaupten, dass in der Europäischen Union Konzepte über die Zukunft Europas einander gegenüberstehen, die miteinander nicht vereinbar sind: Soll Europa ein Kontinent der Zuwanderung sein, wie sich einige alte Mitgliedsstaaten bereits auch offiziell zu Zuwanderungsländern erklärt haben, oder soll es die Heimat der europäischen Völker bleiben? Soll es die auf dem gemeinsamen christlichen Fundament aufgebauten nationalen Kulturen schützen und fördern oder ihr Gebiet anderen Kulturen überlassen, die von zugewanderten Massen getragen werden und die nicht mit der mehrere tausend Jahre währenden

europäischen Zivilisation vereinbar sind? Sollen wir das Gegenmittel für die immer offensichtlicheren Misserfolge der Integration in der kulturellen Entwurzelung der alteingesessenen Mehrheit suchen oder aber in der entschiedenen und mit Konsequenzen behafteten Durchsetzung der Anpassungserwartungen gegenüber den bereits hier befindlichen Zuwanderern?

Sollen die in der Regelung der Entscheidungsfindung des Europäischen Rates heute noch existierenden, auf einen Konsens angewiesenen Bereiche eingeschränkt und letzten Endes aufgehoben werden, wobei die Methode der Mehrheitsentscheidung stetig erweitert würde und die kleineren Mitgliedsstaaten ihr Gewicht einbüßen würden und ausgeliefert wären, oder aber garantieren wir, dass selbst die allerkleinsten Mitgliedsstaaten nicht genötigt sind Entscheidungen zu akzeptieren, die eine existenzielle Bedrohung für sie darstellen? Soll das „europäische Interesse“ darin liegen, worin Deutschland, Frankreich und noch einige reichere Länder übereinkommen, oder aber darin, was im gemeinsamen Interesse der 27 Mitgliedsstaaten liegt beziehungsweise darin, was kompromissfähig ist?

Kann denn ein Mitgliedsstaat wider seinen Willen dem sogenannten EU-Recht unterworfen werden oder muss die höchste Rechtsquelle des inneren Lebens eines jeden Mitgliedsstaates nicht die eigene nationale Verfassung sein? Wenn die wichtigste Mission des Gerichtshofes der Europäischen Union – nach der eigenen Definition – darin bestehen sollte, die Interessen der Europäischen Union zu vertreten und seine praktische Arbeit darin besteht, die strittigen Entscheidungen der Europäischen Kommission zu bestätigen, können dann die Gerichte der



Mitgliedsstaaten die Interessen ihres eigenen Staates wahren oder müssen sie ihre eigene Rolle nunmehr lediglich als ausgelagerte Einrichtung der Europäischen Gemeinschaft interpretieren? Ist denn ein Mitgliedsstaat berechtigt, seine eigene, aus einem tausendjährigen historischen Wurzelgeflecht genährte Kultur, seine Traditionen, sein Brauchtum und seine moralische Auffassung zu verteidigen oder muss er sich dem Diktat fremder Ideologien unterwerfen, welche die Gesetze der Natur und den gesunden Menschenverstand verleugnen und das Abnormale als Menschenrecht formulieren?

Kann denn letzten Endes die Europäische Union als freiwilliges Bündnis gleichrangiger und gleichberechtigter souveräner Staaten erhalten bleiben, das offen ist für die Zusammenarbeit mit Partnern in anderen Teilen der Welt, einer Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Respekts und gegenseitiger Vorteile, oder akzeptiert die EU und befördert es sogar, dass sie im Zuge der erneuten künstlichen Aufteilung der Welt in Blöcke zu einem untergeordneten Bestandteil eines transatlantischen Reiches wird?

Kann es ein jeder Mitgliedsstaat als sein Recht betrachten, zu entscheiden, an einem von anderen ausgelösten und aufrechterhaltenen bewaffneten Konflikt beteiligt zu werden oder muss er die Umqualifizierung der Europäischen Union zu einem Kriegsbündnis als für sich verbindlich anerkennen?

Die Reihe von Fragen ließe sich fortsetzen und weiter aufschlüsseln, aber es mag zunächst ausreichend sein,

um zu verdeutlichen, dass wir tatsächlich an einem Scheideweg angekommen sind. Für jede Gemeinschaft – für die Nationen genauso wie für ein Bündnis von Nationen – bildet die Existenz gemeinsam geteilter Evidenzen die Grundlage und sichert ihre Erhaltung. Wenn es innerhalb einer Population aber nicht einmal als selbstverständlich gilt, dass „der Vater ein Mann und die Mutter eine Frau ist“, was kann dann noch einen gemeinsamen Nenner für uns bilden? Zwischen den Überzeugungen, welche die Europäische Union entzweien und die Brüsseler Bürokratie und einen Teil der Mitgliedsstaaten – darunter insbesondere Ungarn – gegeneinander aufbringen, ist kein Kompromiss möglich, weil das eine das andere ausschließt. Krieg oder Frieden? Soll illegale Migration gemanagt oder gestoppt werden? Massenweise Einbürgerung der Bevölkerung fremder Kulturen oder Förderung der Reproduktion der alteingesessenen europäischen Bevölkerung und der Schutz ihrer Kultur? Die Freiheit des Chaos oder die Ordnung der Freiheit?

Meine sehr geehrten Freunde, wer die Geschichte Ungarns von der Gründung unseres eigenen christlichen Staates über die knapp zweieinhalb Jahrhunderte hinweg wahren den aufopferungsvollen Kämpfe gegen die osmanische Eroberung über unsere Freiheitskämpfe als Widerstand gegen die Unterwerfungsversuche des Habsburger-Reiches bis hin zu 1956 kennt, kann keinen Zweifel darüber haben, dass die Menschen in Ungarn alles für die Verteidigung ihrer Freiheit und gegen einen weiteren Versuch der Kolonialisierung tun werden.

Wir, die Bürger Ungarns, Polens, der Tschechischen Republik und der weiteren Länder Mitteleuropas, sind damals nicht

dieser Europäischen Union beigetreten. 2005 war die Europäische Kommission lediglich nur die Hüterin der Verträge. Der politische Diskurs fand mit der Stimme des Respekts statt. Dem Präsidenten der Kommission ist es erst gar nicht in den Sinn gekommen, die Bürger eines vor einer nationalen Wahl stehenden Landes für den Fall zu bedrohen, dass sie nicht die Parteien an die Regierung brächten, die Brüssel genehm seien, wie es Ursula von der Leyen mit diesen Worten getan hat: „Wenn Italien nach den Parlamentswahlen in eine schwierige Lage gerät, haben wir unsere Mittel, wie im Falle Polens und Ungarns.“ Subsidiarität bedeutete einst noch etwas für die Institutionen. Es gab kein System der „Spitzenkandidaten“. Im Europäischen Parlament war es noch nicht gang und gäbe, die Geister der Komintern zu rufen. Die illegale und sogar gewalttätige Überschreitung von Ländergrenzen war noch kein universelles Menschenrecht und die Union hatte noch die Absicht, ein eigenständiger Akteur in der auf Kooperation beruhenden Weltordnung zu werden und nicht der Knecht immer stärkerer und aggressiverer Privatmächte der transatlantischen Region.

Unterschiedliche Konzepte und Ambitionen für die Zukunft der Europäischen Union hat es natürlich auch damals schon gegeben, jedoch beruhte der Status quo auf deren Gleichgewicht. Zu einem der tragischen Konsequenzen des Brexits wurde genau der Verlust dieses Gleichgewichts. Wir Ungarn stehen allerdings nach wie vor auf dem Boden des Status quo. Nichtsdestotrotz haben auch wir unsere Vorstellungen über eine bessere Europäische Union. Für den Fall, dass die Mehrheit den Weg der Entfaltung in einer Revision der Verträge sehen sollte, hat die Ungarische Nationalversammlung – nachdem sie die Lehren aus der misslungenen, von der Kommission



angeregten Konferenz über die Zukunft Europas gezogen hat – die wichtigsten Bestandteile des Standpunktes definiert, den die ungarische Regierung zu vertreten hat.

1. Aus den Verträgen ist die Zielsetzung der „immer engeren Einheit“ zu löschen. Die Integration ist kein Selbstzweck, sondern ein Mittel zum Zweck: das Instrument zur Entfaltung unserer nationalen Freiheit.
2. Die christlichen Wurzeln und die christliche Kultur Europas stellen die Grundlage der europäischen Integration dar. Sie dienen zugleich auch als moralischer Kompass in Zeiten der Unsicherheit. In den Verträgen muss dieser Grundsatz zum Tragen kommen.
3. In den Verträgen ist die politische und ideologische Neutralität der Europäischen Kommission eindeutig festzuhalten.
4. Im Sinne des Grundsatzes der Subsidiarität sind Zuständigkeiten, die über die Institutionen der Europäischen Union ausgeübt werden können, zu überprüfen und in einem ausführlichen Katalog festzuhalten.
5. Europa muss fähig sein, sich selbst zu verteidigen. Die militärischen Fähigkeiten und die als Grundlage dienenden industriellen Kapazitäten müssen gestärkt werden. Als Unterpfand der europäischen Sicherheit muss eine gemeinsame europäische Armee aufgestellt werden.
6. Europa muss die europäischen Generationen der Gegenwart und der Zukunft schützen. Der Umgang mit den demografischen Herausforderungen und die Förderung der Familien müssen in den Verträgen als Zielsetzungen der Europäischen Union zum Tragen kommen.
7. Auf vertraglicher Ebene ist das Recht sämtlicher Völker zu garantieren, entscheiden zu dürfen, mit wem sie in ihrer Heimat zusammenleben wollen.
8. Die Verantwortung für kommende Generationen bedeutet auch, dass wir die finanziellen Belastungen aus unseren Entscheidungen nicht unseren Kindern und Enkelkindern aufbürden dürfen. In den Verträgen ist ein Verbot einer weiteren Schuldenaufnahme der Europäischen Union zu verfügen.
9. Die europäische Demokratie muss aus der Sackgasse geführt werden, in die sie das Europäische Parlament geführt hat. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments sind von den nationalen Parlamenten zu delegieren, um dadurch echte politische Legitimität zu gewährleisten.
10. Es muss ermöglicht werden, dass die nationalen Parlamente unerwünschte europäische Gesetzgebung verhindern können, ebenso dass die Regierungen der Mitgliedsstaaten und auch die nationalen Parlamente Gesetzgebungsverfahren der Europäischen Union initiieren können.
11. In den Verträgen ist den auf dem Gebiet der Europäischen Union lebenden und alteingesessenen nationalen Minderheiten Schutz und Unterstützung zu gewähren.



Die Erfahrungen des vergangenen Jahrzehnts zeigen, dass nur starke und handlungsfähige Mitgliedsstaaten in der Lage sind, ihre Bürger zu schützen. Die Aufgabe der Europäischen Union besteht darin, ihre Mitgliedsstaaten im effektiven Krisenmanagement zu unterstützen.

Selbst wenn also kein Kompromiss zwischen nicht vereinbarten Bestrebungen möglich ist, kann man sich zwischen

den Vertretern dieser Bestrebungen einen Modus Vivendi vorstellen. Dazu ist es lediglich erforderlich, dass die heutigen Anhänger der liberalen Demokratie, die mit einer ähnlichen Ungeduld wie die Vorkämpfer der ehemaligen Volkdemokratien die Demokratie denjenigen verweigern wollen, die sie als „Feinde der Demokratie“ abstempeln, wieder den folgenden Grundsatz des Liberalismus akzeptieren können: „Leben und leben lassen“.

Die uns bevorstehenden Wahlen der Mitgliedsstaaten und die zum Europäischen Parlament können eine Antwort darauf liefern, welche Richtung die Europäische Union in den nächsten Jahren wählt. Ist ein Durchbruch im sich zuspitzenden Wettbewerb der Anhänger des imperialen Gedankens und denen der Souveränität der Mitgliedsstaaten möglich oder aber wird durch die Verstetigung der Pattsituation der dramatische Niedergang Europas fortgesetzt?

Zu Beginn der Veränderung unserer Systeme mögen wir mitunter überzogene und unbegründete Erwartungen im Zusammenhang mit den Folgen des EU-Beitritts gepflegt haben. Wir haben uns auch die Lösung innerer und regionaler Probleme davon erhofft, auf die nur wir – Ungarn, Polen, Tschechen, Mitteleuropäer – die Antwort liefern können. Trotz all ihrer Probleme ist jedoch die Europäische Union, historisch betrachtet, heute immer noch das günstigste internationale Format zur Durchsetzung und Verteidigung nationaler Interessen Ungarns. Wir möchten gern, dass sie das bleibt. Deshalb sind wir die echten Proeuropäer. «

A photograph of Prof. Dr. Jiří Drahoš, an older man with white hair and glasses, wearing a blue suit and a red tie. He is standing behind a wooden podium with a microphone, speaking. A green banner is overlaid on the image.

Impulsreferat

„Herausforderungen und Chancen für Mitteleuropa in der Europäischen Union“

Prof. Dr. Jiří Drahoš

» Sehr geehrter Herr Präsident des Sächsischen Landtags, sehr geehrter Herr Präsident der Ungarischen Nationalversammlung, sehr geehrte Damen und Herren, es ist für mich eine besondere Ehre, auf dem Forum Mitteleuropa sprechen zu dürfen. Ich halte es für eine wichtige Veranstaltung, die seit 2011 zum Aufbau guter nachbarschaftlicher Beziehungen zwischen Freunden in Mitteleuropa beiträgt. Dank seines Vorsitzenden Matthias Rößler ist es gelungen, eine Plattform

zu schaffen, auf der entscheidende Fragen diskutiert werden, die nicht nur für unsere Region, sondern für die gesamte Europäische Union von Bedeutung sind. Besonders in den letzten zwei Jahren, nach dem Beginn der russischen Aggression in der Ukraine, hat sich die Suche nach gemeinsamen Positionen zwischen unseren Ländern in den Bereichen Sicherheit, Energie, aber auch was den Umgang mit Kriegsflüchtlings betrifft, als absolut entscheidend erwiesen.

Das letzte Forum Mitteleuropa, das wir im Mai 2023 im tschechischen Senat ausrichten durften, hatte daher auch die Energiesicherheit zum Thema. Ich freue mich, dass die meisten Staaten Mitteleuropas verstanden haben, dass diese Sicherheit in der Reduzierung der Abhängigkeit von Rohstoffimporten aus Russland besteht und dass sie konkrete Schritte in diese Richtung unternommen haben. Wir befinden uns jetzt in einer Situation, in der wir uns – zumindest, wenn ich für die Tschechische Republik sprechen darf – von der Abhängigkeit von russischem Gas befreit haben und uns daher dem Putin-Regime nicht fügen müssen.

Ich begrüße ausdrücklich auch die Bemühungen des Freistaates Sachsen, Mitteleuropa zu einem Zentrum für Wasserstoffforschung und -produktion zu machen. In diesem Zusammenhang halte ich die Unterzeichnung des Memorandums über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Wasserstoffs zwischen Sachsen und der Tschechischen Republik im Januar dieses Jahres für wichtig. Unter anderem wird damit die Entwicklung des mitteleuropäischen Wasserstoffkorridors unterstützt, der im Grunde genommen eine „Wasserstoffautobahn“ aus der Ukraine über die Slowakei und Tschechien nach Deutschland ist. Dieses Projekt wird nicht nur zur Verbesserung der Energiesicherheit in unserer Region beitragen, sondern auch eine Verbindung unserer Netze mit denen der Ukraine ermöglichen.

Das Thema des diesjährigen Forums bezieht sich ebenfalls auf Sicherheit: Was erwarten wir von der Europäischen Union und was erwartet die EU von uns? Die Länder Mitteleuropas befinden sich in unmittelbarer Nähe des von Russland entfesselten Krieges in der Ukraine. Er hat auch

für uns gravierende Folgen. Seit Februar 2022 haben wir in Mitteleuropa mehr als zweieinhalb Millionen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine empfangen, die überwiegende Mehrheit davon waren Frauen und Kinder. Ebenso bemühen wir uns intensiv, die Ukraine sowohl mit humanitärer als auch mit militärischer Hilfe zu unterstützen. Ich bin daher sehr froh, dass sich bereits 16 Länder, darunter auch Polen und Deutschland, der aktuellen tschechischen Munitionsinitiative für die Ukraine angeschlossen haben. Ich bin fest davon überzeugt, dass sich noch mehr Länder dieser Initiative anschließen werden.

Damit senden wir eine klare Botschaft an das Putin-Regime, dass man einem Aggressor nicht nachgibt. Ich teile daher voll und ganz die Worte des sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer anlässlich des jüngsten Besuchs des tschechischen Präsidenten hier in Dresden: „Es ist notwendig, mit Gewalt gegen diejenigen vorzugehen, die versuchen, ihre Grenzen auf Kosten anderer auszuweiten.“ Ich halte es für sehr wichtig, dass wir diesbezüglich mit unseren polnischen und deutschen Freunden völlig übereinstimmen. Abgesehen davon, dass wir selbst eine unheilvolle Erfahrung mit der Anwesenheit sowjetischer Truppen auf unserem Territorium gemacht haben, lehrt uns die Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, wie verhängnisvoll, naiv und gefährlich die Politik des sogenannten Appeasements ist, ebenso wie die Bevorzugung kurzfristiger politischer Gewinne gegenüber langfristiger Stabilität und Demokratiepflge.

Tatsächlich führt das Putin-Regime nicht nur einen Angriffskrieg gegen die Ukraine, sondern versucht auch, mit seinen hybriden Angriffen die Lage in den einzelnen

Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zu destabilisieren. Deshalb sehe ich angesichts der aktuellen Fälle russischer Einflussnahme auf bestimmte europäische Politiker, einschließlich der direkten finanziellen Unterstützung, den Schutz ihrer Integrität als oberste Priorität vor den bevorstehenden Europawahlen. EU-Kommissarin Věra Jourová hat drei zentrale Bedrohungen für diese Wahl identifiziert: Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen; die Verbreitung von Desinformationsnarrativen, die unser demokratisches System unterwandern und die Unterstützung für die sich verteidigende Ukraine in Frage stellen; und schließlich der Missbrauch Künstlicher Intelligenz, einschließlich von Deep-Fake-Bildern und Videos.

Es ist natürlich sehr schwierig, sich gegen diese hybriden Angriffe (deren Modus Operandi übrigens in der russischen Militärdoktrin gegen den Westen klar beschrieben ist) zu verteidigen. Das heißt aber nicht, dass wir von vornherein aufgeben sollten – ganz im Gegenteil. Was die unmittelbare Reaktion betrifft, so sehe ich eine große Priorität sowohl auf europäischer Ebene als auch für die einzelnen Mitgliedstaaten: Wir müssen jene Experten unterstützen, die sich um den Schutz kritischer Infrastrukturen bemühen. Wir müssen ein Frühwarnsystem einrichten und anschließend koordiniert gegen Desinformation vorgehen. Und wir müssen Technologien unterstützen, die gefälschte Fotos und Videos erkennen. Langfristig muss auf europäischer Ebene mit den Technologieunternehmen, die soziale Netzwerke betreiben, verhandelt werden, damit diese die Verbreitung von Desinformationen wirksamer verhindern. Wechselt man von der europäischen auf die nationale Ebene, so sehe ich einen klaren Schwerpunkt in der Verbesserung der Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft

gegenüber diesen hybriden Bedrohungen, sei es durch Förderung der Medienkompetenz in den Schulen oder eine effizientere Identifizierung von Desinformationen durch die Medien. In Mitteleuropa können wir uns ein Beispiel an unseren nordischen Nachbarn wie Estland und Finnland nehmen, die seit langem russischen hybriden Angriffen ausgesetzt sind und sich dagegen wirksam zur Wehr setzen können.

Wenn wir uns gegen diese hybriden Bedrohungen nicht wehren oder sie herunterspielen, könnten wir uns in einer Situation wiederfinden, in der die Grundlagen unserer demokratischen Freiheiten, die wir in Mitteleuropa nach 1989 errungen haben, in Frage gestellt werden. Ich glaube, wir alle hier im Saal sind uns einig, dass es sich lohnt, für Demokratie und europäische Werte zu kämpfen. Genauso wie es sich lohnt, die Ukraine in ihrem tapferen Widerstand gegen die russische Aggression zu unterstützen.

Wie der damalige tschechische Präsident Václav Havel einst sagte: „Gleichgültigkeit gegenüber anderen und Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal des Ganzen ist genau das, was dem Bösen Tür und Tor öffnet“.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich im zweiten Teil meiner Rede ein ganz anderes, für die Zukunft aller unserer Länder sehr wichtiges Thema ansprechen – die Entwicklung der Halbleiterindustrie in Mitteleuropa. Chips sind heutzutage ein fester Bestandteil unseres Alltags geworden und ihre Bedeutung wird in Zukunft nur noch

wachsen. Ihr Design, ihre Herstellung und Zertifizierung sowie die damit verbundenen Lieferketten gehören zu den zentralen strategischen Branchen der modernen Industrie im 21. Jahrhundert. Ich freue mich sehr, dass die Bedeutung der Halbleiterindustrie in Mitteleuropa ernst genommen wird und dass wir bereits konkrete Ergebnisse sehen können. In Sachsen wird seit den 1990er-Jahren zielgerichtet ein technologisches Umfeld aufgebaut, das sich nach und nach zum wahren Silizium-Herz Europas entwickelt hat. Die geplanten Investitionen von Global Foundries, Infineon und insbesondere der Plan, eine Fabrik der taiwanesischen TSMC zu bauen, sind ein klarer Beweis dafür, dass Sachsen, und damit ganz Mitteleuropa, seine Schwerindustrie erfolgreich in eine auf modernsten Technologien basierende Industrie umwandelt.

Ich sehe diesen Wandel als einen Prozess, an dem sich unsere Länder gemeinsam beteiligen können. Im Mai letzten Jahres wurde die Europäische Allianz der Halbleiterregionen ins Leben gerufen, mit dem Ziel, die europäischen Kapazitäten in der Halbleiter- und Mikroelektronikfertigung zu stärken und die Umsetzung des Chip-Acts zu fördern. Derzeit sind 27 Regionen Mitglied dieser Allianz, darunter auch unsere Südmährische Region. Mir ist bekannt, dass auch andere tschechische Regionen an einer Mitgliedschaft interessiert sind und ich bin fest überzeugt, dass die Zusammenarbeit auf regionaler Ebene eine Reihe von Vorteilen mit sich bringen wird, sei es eine bessere Vernetzung von Forschungseinrichtungen, die Kooperation bei einer nachhaltigeren und umweltfreundlicheren Halbleiterproduktion oder die Koordinierung von gemeinsamen Interessen gegenüber der Europäischen Kommission und anderen EU-Institutionen.





Der zentrale Aspekt unserer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Chipherstellung ist für mich jedoch die Talentförderung und die Ausbildung von Fachkräften. Die Erfahrungen in der Halbleiterindustrie machen deutlich, dass für den erfolgreichen Ausbau der Chipentwicklung und -produktion Tausende von Fachkräften benötigt werden, die hier leider noch nicht zur Verfügung stehen. Daher besteht meines Erachtens eine der großen Herausforderungen für unsere Region im heutigen Europa darin, die Attraktivität von technischen Fachrichtungen insofern zu erhöhen, dass wir in der Lage sind, eine ausreichende Zahl hochwertiger Bewerber für ein Studium an weiterführenden Schulen und Universitäten zu gewinnen. Eine Möglichkeit, dies zu erreichen, besteht darin, kurz- und langfristige Praktika direkt in großen Halbleiterunternehmen anzubieten. Solche Möglichkeiten werden derzeit in Zusammenarbeit mit unseren taiwanesischen Freunden eingeführt und ich bin überzeugt, dass die Zahl der Studierenden mit Erfahrung in der Chipherstellung zunehmen wird.

Ich habe versucht, diese großen Herausforderungen in der Halbleiterindustrie zu nutzen, um zu zeigen, wie wichtig die Zusammenarbeit in der gesamten mitteleuropäischen Region ist. Ob hier in Dresden, im polnischen Breslau oder im mährischen Brunn – die Weiterentwicklung der Chipindustrie wird zu weiteren Investitionen in fortschrittliche Technologien führen, wie zum Beispiel in Künstliche Intelligenz oder in die Technologie zur Herstellung von Wasserstoff. Im Europa der Zukunft werden nur diejenigen bestehen, die sich an die technologischen Entwicklungen anpassen können und die die Notwendigkeit verstanden haben, dass man nicht nur in die Produktion, sondern auch in Forschung, Entwicklung und vor allem in Bildung investieren muss. Damit diese Anstrengungen möglichst effizient sind, müssen wir an einem Strang ziehen.

Meine Damen und Herren, Diskussionsplattformen wie das Forum Mitteleuropa sind der ideale Rahmen, in dem wir unsere gemeinsame Sicherheit und die Widerstandsfähigkeit unserer demokratischen Institutionen stärken und eine zeitgemäße Weiterentwicklung unserer Gesellschaften abstimmen können.

Ich bin fest davon überzeugt, dass eines Tages alle in unserem mitteleuropäischen Raum begreifen werden, dass diese Werte nicht im Osten verortet sind, sondern dass wir hier eine Europäische Union haben, mit all ihren Vorteilen und natürlich auch Problemen, eine Union, in der wir uns optimal entwickeln und zusammenarbeiten können. Lassen Sie mich abschließend an den zeitlosen Leitspruch des Hauses Habsburg erinnern, der die meisten von uns im 19. Jahrhundert vereinte: Viribus unitis – mit vereinten Kräften. «



A photograph of Marek Krzakała, a man with glasses wearing a dark suit and a blue patterned tie, speaking at a wooden podium. There are two microphones in front of him. The background is slightly blurred, showing some greenery and a white structure.

Impulsreferat

„Die Einheit der EU-Länder stärken“

Marek Krzakała

» Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte mich ganz herzlich für die Einladung in das wunderschöne Dresden bedanken. Ich danke ebenfalls für die Gelegenheit, am Forum Mitteleuropa sowie an der heutigen Diskussion über die Perspektiven im Vorfeld der Europawahlen teilzunehmen zu können. Ich grüße Sie herzlich im Namen des Präsidenten des Sejm, Szymon Hołownia, und Michał Kobosko, dem Vorsitzenden des Ausschusses für die Angelegen-

heiten der Europäischen Union, den ich die Ehre habe, hier zu vertreten. Ich danke meinen Vorrednern für ihre einleitenden Worte. Lassen Sie mich noch ein paar Gedanken mit Ihnen teilen, bevor wir mit unserer Diskussion beginnen.

Wenn es um die Zukunft Europas geht, so stand Polen bereits am 15. Oktober 2023 vor einer Entscheidung. Es war die Wahl zwischen Demokratie und Populismus, zwischen

einem klaren Ja zur EU oder einer antieuropäischen und antideutschen Politik, zwischen der Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit und der Achtung des Rechts oder dem Machtmissbrauch und einem autoritären Regime, zwischen der Zusammenarbeit in der EU oder der Destabilisierung der EU. Die Wahlen haben gezeigt, dass die polnische Öffentlichkeit in der Lage war, sich zu mobilisieren, wie die für Polen beeindruckende Wahlbeteiligung von fast 74 Prozent beweist. Diejenigen, die die Wahlen in Polen verfolgt haben, werden sich an die langen Menschenschlangen erinnern, die bis spät in die Nacht vor den Wahllokalen standen, um die Rückkehr der Demokratie zu gewährleisten. Die große Mehrheit unserer Gesellschaft hat erleichtert aufgeatmet. Sie wählte eine Koalitionsregierung unter der Leitung von Ministerpräsident Donald Tusk.

Die vorherige Regierung hat uns unter dem Vorwand der Verteidigung der Souveränität mit unseren EU-Partnern zerstritten, unser Justizsystem zerschlagen und EU-Mittel blockiert, die die EU-Länder nach der Pandemie hätten nutzen können. Vor zwei Tagen hatten wir Kommunalwahlen. Die Regierung unter der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) hat das Subsidiaritätsprinzip in den Kommunalverwaltungen zerstört und ihnen die Möglichkeit der Selbstbestimmung weggenommen. Die Kandidaten der derzeitigen Regierungskoalition haben auch diese Wahlen gewonnen, was zeigt, dass das Vertrauen in die neue Regierung nicht schwindet.

Ohne den Vertreter Ungarns zu beleidigen, möchte ich sagen, dass wir erleichtert sind, dass es dem PiS-Vorsitzenden, Jarosław Kaczyński, nicht gelungen ist, ein „Budapest an der Weichsel“ einzuführen, wie er oft betont hat, und ein

autoritäres Regime zu schaffen, das die Errungenschaften von 20 Jahren polnischer Präsenz in der EU zerstört. Es ist ihm auch nicht gelungen, die Polen von der Europäischen Union abzubringen, die in Polen mit 82 Prozent eine der höchsten Zustimmungsraten in Europa hat.

Die Bilanz unserer Mitgliedschaft in der EU, deren 20. Jahrestag wir am 1. Mai feiern werden, ist positiv, trotz acht Jahren populistischer, antidemokratischer und EU-feindlicher Herrschaft der Partei Recht und Gerechtigkeit. Polen konnte von der Kohäsionspolitik profitieren und einen Zivilisationssprung vollziehen, der zwar nicht so groß ist, weil diese Entwicklung acht Jahre lang von der vorangegangenen populistischen und antiwestlichen Regierung gebremst wurde, aber es sind bedeutende Fortschritte. Unser BIP ist in den 20 Jahren, in denen wir in der Union sind, von 46 Prozent auf fast 80 Prozent des EU-Durchschnitts gestiegen.

Die derzeitige Regierung von Donald Tusk hat begonnen, mit den Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten und will die künftige Gestaltung der EU beeinflussen. Und die Herausforderungen sind vielfältig.

Natürlich kann jede Debatte darüber, welche Art von Union wir wollen und welche Schwerpunkte wir setzen wollen, nicht losgelöst von der geopolitischen Lage und dem Krieg in der Ukraine geführt werden.

Wir können über den Haushalt, die EU-Erweiterung oder Vorschläge für Vertragsänderungen sprechen, aber wir

müssen uns bewusst sein, dass die russische Aggression gegen die Ukraine die Diskussion über die Zukunft Europas dramatisch verändert hat.

In Polen sind sich mit Ausnahme der Partei „Konföderation“, die von acht Prozent der Menschen unterstützt wird, alle politischen Kräfte einig, dass Russland mit dem Führen eines brutalen Krieges ein internationales Verbrechen begeht und nicht nur das europäische System demokratischer Werte untergräbt, sondern auch die Grundlagen der internationalen Sicherheit zerstört. In diesem Krieg ist Russland der Aggressor und die Ukraine das Opfer. Das Verhalten Russlands bestätigt, dass es eine Bedrohung für die Sicherheit und Stabilität in der Region darstellt.

In diesem Kontext ist eine militärische Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern notwendig. Die Ergebnisse der kommenden US-Wahlen sind immer noch ein großes Fragezeichen. Die Union muss sich daher um ihre eigene Sicherheit kümmern. Die militärische Zusammenarbeit sollte auf der gegenseitigen Ergänzung der Fähigkeiten der jeweiligen Streitkräfte beruhen. Die Stärkung der Ostflanke sollte ein entscheidendes Ziel werden. Wir werden bessere Ergebnisse erzielen, wenn wir bei den Modernisierungsprogrammen für die Streitkräfte und die Verteidigungsindustrie zusammenarbeiten. Hier bietet es sich an, auch den Austausch von Militärpersonal, die gemeinsame Ausbildung und den Erfahrungsaustausch zu intensivieren.



Entscheidend ist jedoch, die militärische Unterstützung für die Ukraine konsequent zu stärken und zu intensivieren. Wie soll sich die Ukraine ohne ausreichende militärische Unterstützung verteidigen? Die Union muss ihre Kriegsbereitschaft unter Beweis stellen und die Mittel für die Verteidigungspolitik aufstocken, nach dem Grundsatz: „Willst du Frieden, so bereite dich auf den Krieg vor“. Es mag uns gefallen oder nicht, aber dies wird der Europäischen Union durch Putins kranke Politik und durch seine kranken Ambitionen aufgezwungen.

Früher erfüllten Atomwaffen die Aufgabe, die Welt vor Kriegen zu bewahren, gerade weil man nicht davon ausging, dass sie jemals eingesetzt würden. Die entscheidende Frage ist, ob Putin dies versteht und wie viel er tun wird, um an der Macht zu bleiben? Ist das Umfeld seiner Person in der Lage, ihn zu stoppen? Vorerst will Putin die Einheit der EU zerschlagen. Wenn wir also am Vorabend der Europawahlen über Herausforderungen und Perspektiven sprechen, müssen wir den Schwerpunkt auf die Einheit der EU-Länder legen. Wer mit Putin flirtet und ihn begünstigt, unterstützt das Böse und ist selbst eine Gefahr für die Union. Wir müssen dies in unserem Kreis der Partnerländer laut und deutlich zum Ausdruck bringen.

Mit dem Bösen gibt es keine Kompromisse. Und wenn es eine Rückkehr zu Verhandlungen gibt, muss die Ukraine selbst entscheiden, was sie akzeptieren kann und was nicht. Es wurde schon zu viel unschuldiges Blut vergossen. Die Ukraine zahlt den Preis für den Maidan und für ihren Wunsch, zur Gemeinschaft der EU-Länder zu gehören. Es lohnt sich, die Kritiker der Union daran zu erinnern.

Heute bedauern die Briten, dass sie nicht zur europäischen Gemeinschaft gehören, die immer noch den Binnenmarkt und die vier Freiheiten des Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehrs in der gesamten EU genießt. Die Aufrechterhaltung der Einheit mit aller Konsequenz sollte eine Schlüsselstrategie gegen die russische Aggression sein.

Für meine Generation – ich habe 1986 mein Abitur gemacht – wurde 1989 der Traum von einem freien und solidarischen Polen wahr. Damals war die polnische Gesellschaft geeint. Wir hatten vier Ziele: die Einführung einer auf den Grundsätzen der freien Marktwirtschaft basierenden Wirtschaft, die Einführung der Rechtsstaatlichkeit nach dem Vorbild der westlichen Länder, den Beitritt zur NATO, um sich von Russland zu lösen, und den Beitritt zur Europäischen Union. Es ist uns gelungen, diese Ziele zu erreichen.

Aber nichts ist ein für alle Mal gegeben. Jeden Tag müssen wir uns für unser gemeinsames Haus Europa, für Frieden, Sicherheit und Wohlstand einsetzen.

Ich glaube fest daran, dass es, wie ein polnischer Sänger einst sang, eine Legende meiner Jugend, Czesław Niemen, mehr Menschen guten Willens gibt und dass sie es sind, die diese seltsame Welt in Ordnung bringen werden. «



Podiumsdiskussion



*Der Sächsische Landtag
in seiner Verbindung aus
Alt- und Neubau*

Podiumsdiskussion

Gerald Schubert
(Moderator)

Prof. Dr. Jiří Drahoš

Marek Krzakała



→ Gerald Schubert (Moderator):

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste, ich darf mich kurz vorstellen: Mein Name ist Gerald Schubert, ich bin Redakteur der österreichischen Tageszeitung Der Standard und darf zum wiederholten Mal das Forum Mitteleuropa moderieren. Eines der Grundprinzipien des Forums Mitteleuropa ist es, mitteleuropäische Antworten auf europäische Fragen zu suchen. Das wollen wir auch heute wieder tun.

Wir befinden uns in einem Wahljahr. Im Juni steht die Wahl zum Europäischen Parlament bevor und seit der

letzten Wahl zum EU-Parlament im Jahr 2019 hat sich doch einiges getan, was für das Zusammenleben in Mitteleuropa und auch für das Verhältnis zwischen Mitteleuropa und den zentralen Institutionen der Europäischen Union von Bedeutung ist. Dazu zählen unter anderem die Covid-Pandemie, die innerhalb Mitteleuropas für massive Irritationen gesorgt hat, weil plötzlich Grenzen gesperrt waren. Daran war man gar nicht mehr gewöhnt. Es waren zu allem Überfluss auch noch alte Grenzen, von denen man froh war, dass sie wieder offen waren nach den langen Jahren des Eisernen Vorhangs.



Dr. László Kövér



Zum anderen spielt der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine eine entscheidende Rolle. Auch hier ist Mitteleuropa in einer sehr besonderen Situation, nicht nur geografisch, sondern natürlich auch geopolitisch und ebenfalls historisch. Da gibt es auch ganz andere Narrative gegenüber Russland, als es zum Beispiel in vielen Teilen Deutschlands, Frankreichs oder Österreichs der Fall ist. Die Erfahrungen mit Russland sind ganz andere. Wir haben am heutigen Vormittag drei Länder vertreten, die auch wieder ihre Spezifika haben. In Polen gibt es eine neue Regierung. Ungarn wird in der zweiten Jahreshälfte die europäische Ratspräsidentschaft

übernehmen. Und Tschechien ist vielleicht auch deshalb hervorzuheben, weil es einen sehr prononcierten Staatspräsidenten hat. Zur Einordnung unseres Panels möchte ich noch betonen, dass alle drei Teilnehmer auch offiziell für ihre Länder sprechen können, weil sie allesamt aus dem Regierungslager kommen.

Vor dem Hintergrund des bisher Gesagten und als Mitteleuropäer – wie haben Sie denn die letzten Jahre erlebt, Herr Drahoš? Welche Rolle soll Mitteleuropa spielen, auch im Zusammenhang mit der Pandemie und den völlig neuen geopolitischen Voraussetzungen durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine? Sind mehr die nationalen oder die internationalen Antworten gefragt?

→ Prof. Dr. Jiří Drahoš:

Es ist sicherlich richtig, dass sich die Situation verändert hat, und zwar nicht nur in Mitteleuropa – zunächst einmal durch die Corona-Pandemie, wie bereits erwähnt. Aus meiner Sicht war diese Zeit für uns alle sehr kompliziert, weil die grenzüberschreitenden Beziehungen und die regionalen Kontakte erheblich reduziert wurden. All dies wird jedoch derzeit vollkommen von der neuen geopolitischen Lage und der bereits erwähnten Aggression Russlands gegen die Ukraine überlagert. Wir können nicht zu dem zurückkehren, was vor der Corona-Krise war. Natürlich hat Russland die Krim schon 2014 annektiert. Leider nahm das die demokratische Gemeinschaft damals nicht ernst genug. Das Ergebnis ist die bereits erwähnte Aggression gegen die Ukraine. Sie haben erwähnt, dass wir hier drei mitteleuropäische Länder vertreten, die mit Russland beziehungsweise

seinem Vorgänger, der Sowjetunion, Erfahrungen haben. Das stimmt. Und ich bin sehr erstaunt, wie es sich in einigen Ländern verhält. Präsident Kővér hat darüber gesprochen und ich würde sagen, zumindest aus dem Kontext seiner Rede heraus, dass Ungarn aus der Zeit vor 1989 keine großen Lehren gezogen hat.

Wir haben die Erfahrung mit der Sowjetunion, mit diesem totalitären Regime. Jetzt gibt es plötzlich – und das gilt auch für die Tschechische Republik – eine Gruppe von Menschen, die den traditionellen Expansionsdrang der Sowjetunion, beziehungsweise des heutigen Russlands, vergessen zu haben scheint. Die nicht sieht oder nicht sehen will, worauf die derzeitige geopolitische Situation mit der aggressiven Politik Russlands hinausläuft oder hinauslaufen könnte. Das betrifft bei weitem nicht nur die anderen Länder. Ich schaue hier kritisch auf die Regierungschefs. Es freut mich sehr, dass sich die Situation in Polen in Richtung einer stärkeren Demokratisierung und einer proeuropäischen Orientierung entwickelt hat. In Ungarn sehe ich diese Ausrichtung leider noch nicht, aber natürlich respektiere ich die ungarische Demokratie. Wir haben in der Tschechischen Republik auch Menschen aus meiner Generation, die sich gerne daran erinnern, wie einfach es eigentlich unter dem früheren Regime war. Sie haben all die schlimmen Dinge vergessen und erinnern sich nur noch an die lichten Momente nach dem Motto: „Wir waren alle jung und eigentlich lief alles ganz gut.“ Aber wir wissen doch sehr gut, und ich bin ein Zeuge dieser Zeit, wie es unter dem früheren Regime war.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass die verschiedenen EU-Länder anfangs unterschiedliche



Einstellungen zur russischen Aggression in der Ukraine hatten. Ich bin froh, dass Deutschland, Frankreich und andere Länder westlich unserer Grenze zu der Auffassung gelangt sind, dass man Russland nicht trauen kann. Und vielleicht haben sie dabei auch die Erfahrungen genutzt, die wir bereits hatten und die wir immer wieder in die EU und die Europäische Kommission eingebracht haben.

Wenn ich einen Diktator wie Putin sagen höre, er sei doch nur an der Ukraine interessiert und dass die baltischen Republiken oder die Slowakei, die Tschechische

Republik, Polen und so weiter ihn überhaupt nicht interessierten, dann weiß ich nicht, wer von Ihnen diesem Mann auch nur ein einziges Wort glauben kann. Also ja, die geopolitische Lage hat sich sehr verändert und selbst die mitteleuropäischen Länder, sogar die ehemaligen Satelliten der Sowjetunion, wie man uns früher nannte, sehen die Situation unterschiedlich. Einige offizielle Positionen stimmen mich dabei sehr besorgt.

→ **Gerald Schubert (Moderator):**

Es ist schon auffällig, dass in Mittel- und Osteuropa Staaten, die selbst unter sowjetischer Okkupation, unter der Vorherrschaft Russlands gelebt haben, doch so unterschiedliche Reaktionen gegenüber Putin zeigen können. In Polen gab es vor Kurzem einen Regierungswechsel, aber auch die vorhergehende Regierung war gegenüber Putin, das muss man zugestehen, eindeutig kritisch. Aber zu Ungarn, weil es direkt angesprochen wurde: László Kövér, wie ist das bei Ihnen, wie weit fließt denn die Erinnerung zum Beispiel an 1956 ein in die heutige Haltung gegenüber Russland? Verstehen Sie die Kritik aus anderen Ländern, dass Viktor Orbán Putin zu sehr entgegenkommt?

→ **Dr. László Kövér:**

Meine Vorredner sind auf die innenpolitische Lage in ihren jeweiligen Ländern eingegangen, daher möchte ich mir an dieser Stelle einen kurzen Rückblick auf das Jahr 2006 erlauben, in dem das 50-jährige Jubiläum unserer Revolution von 1956 gefeiert wurde. Die Polizisten der postkommunistisch-liberalen Regierungskoalition ließen damals eine Attacke der berittenen Polizei und einen Hagel von Gummigeschossen auf die



Demonstranten niedergehen, die gegen die Regierung protestierten. Sie haben sie vorsätzlich auch gegen eine feiernde Menge der Anhänger der Fidesz getrieben und damit die Attacken auch gegen sie geführt. Dutzende von feiernden Menschen, darunter Touristen, wurden blutig geschlagen; Hunderte junge Menschen eingesperrt, die mitunter nur deshalb in ein provisorisches Auffanglager auf dem Hof des Ungarischen Rundfunks geraten waren, weil sie sich zur falschen Zeit am falschen Ort befanden und sich weder an der Demonstration, noch an den Feierlichkeiten beteiligt hatten. Damals hielt die Europäische Union es nicht

für nötig, Beanstandungen dieser schrecklichen Taten hinsichtlich der Menschenrechte oder der Rechtsstaatlichkeit zu äußern. Und es hat niemanden interessiert, dass diejenigen an der Regierung waren, deren Ministerpräsident sich damals als persönlicher Freund Putins in den Medien inszeniert hat. Er hat ihm einen Welpen geschenkt und ihn in seine Privatwohnung eingeladen.

Außenstehende müssen uns nicht erklären, was es heißt, gegen die Russen zu revoltieren, weil wir das selbst erlebt haben. Wir haben aus unserer Geschichte Schlussfolgerungen gezogen – und das nicht nur

aus der Aggression der Russen und 40 Jahren Besatzung, sondern auch aus der entsprechenden Reaktion des Westens darauf. Schlussfolgerungen daraus, dass wir – ähnlich der Situation, als wir uns zwischen dem Westen und dem Osmanischen Reich eingepfercht wiederfanden oder als die Mongolen Ungarn überrannten – auch in diesem Fall keine Unterstützung erhielten. Und die Schlussfolgerung ist, dass wir dort zu leben haben, wo wir sind und dass Russland nicht von der Landkarte verschwinden wird. Russland wird niemals eine liberale Demokratie im europäischen Sinne nach dem Geschmack von Herrn Karas werden.



Wer die zivilisatorischen Determinanten in der Struktur der politischen Institutionen unberücksichtigt lässt und den kulturellen Prägungen keine Bedeutung beimisst, ist blind und darf keine politische Laufbahn einschlagen. Wir haben also die Konsequenz gezogen, dass man mit Russland zusammenleben muss und man zur Kenntnis nehmen muss, dass Russland so ist, wie es ist. Es unterscheidet sich von uns, wie es auch die überwiegende Mehrheit der Welt tut. Man muss mit jedem zusammenleben können, wie es die Möglichkeiten, die Kompromisse, die gegenseitigen Vorteile und der gegenseitige Respekt zulassen.

In unserer Regierungszeit von 1998 bis 2002, in der Zeit des zweiten Krieges im ehemaligen Jugoslawien, als wir uns mit unserem Grenzverlauf nahe der Frontlinie wiederfanden, lief ein Teil der russischen Hilfskonvois über das Staatsgebiet Ungarns. Nominell handelte es sich dabei um zivile Hilfslieferungen. In manchen Fällen haben wir die russischen Konvois auf ungarischem Gebiet angehalten und wieder zurückgeschickt. Aber ich kann mich nicht erinnern, dass Russland je die Lieferung von Energieträgern nach Ungarn auch nur um ein einziges Molekül reduziert hätte. Ich kann mich auch nicht an eine einzige Drohung erinnern. Mag sein, dass Tschechien und die weiteren Länder Westeuropas solche negativen Erfahrungen gemacht haben, aber wir nicht.

Aber wenn wir schon dabei sind, warum befürchten die Vereinigten Staaten nicht, dass Russland urplötzlich die Uranlieferungen an amerikanische Kernkraftwerke einstellt? Seit dem Ausbruch des Konflikts haben die Käufe von Uran aus Russland durch Amerika zugenommen.

Wenn wir übrigens die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union einzeln durchgehen würden und beispielsweise zu Estland kämen, würde man feststellen, dass die Handelsbeziehungen der Länder mit der lautesten russlandfeindlichen Rhetorik nicht zurückgegangen, sondern gestiegen sind, weil ihre Unternehmen die Sanktionen als Chance nutzen und sich daran bereichern. Was in der europäischen Politik stattfindet, ist bloße Heuchelei, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Die russische Bedrohung unterschätze ich nicht, aber man sollte sich auch Gedanken machen, was denn Putin bewegt haben mag, den Krieg zu beginnen – abgesehen vom Wahnsinn, den jeder als Grund auszumachen scheint. Hitler und Stalin hat man damals auch als wahnsinnig eingestuft und heute findet sich gerade Putin in dieser Kategorie wieder. Wenn wir keine peinlichen Fragen beantworten wollen, dann reicht es, den Gegner aus den Reihen der diskussionsfähigen Menschen auszuschließen. Was mag aber Putin bewogen haben, diesen für ihn offensichtlich riskanten und mit Opfern verbundenen Schritt zu gehen? Da braucht man auch nicht raten, es reicht, seine Äußerungen zu lesen, die er lange vor Ausbruch des Krieges von sich gegeben hat.

Wir glauben, dass Europa verlieren wird, wenn Mitteleuropa zur östlichen Peripherie eines transatlantischen Reiches wird. Wir haben 40 Jahre lang an der westlichen Peripherie eines sozialistischen Sowjetreiches, auf der östlichen Seite des Eisernen Vorhangs gelebt und wir wollen nicht an der östlichen Peripherie eines transatlantischen Reiches, an der westlichen Seite eines neuen Eisernen Vorhangs leben. Das wollen wir nicht. Wir

haben es ausprobiert und es ist nicht gut, es fühlt sich nicht gut an. Das ist alles und da sollte man auch keine weiteren Interpretationen unserer Politik vornehmen.

Wir bekennen uns zu unserer Meinung, haben den Mut, dafür einzustehen und werden deswegen als Gehilfen Putins oder Verbündete des Satans und des Bösen abgestempelt. Interessanterweise hat sich drei Jahrzehnte lang niemand am fünfeckigen roten Stern an der Turmspitze des Kremls gestört, der bis heute dort zu sehen ist. Mich zum Beispiel stört er. Die Oberhäupter westeuropäischer Staaten, ehemalige Kanzler und Präsidenten, wie auch Ministerpräsidenten, haben sich interessanterweise lange Zeit nicht daran gestört. Putin war jedoch damals schon genau der gleiche Mensch. Sein System war ganz genauso demokratisch wie heute, allerdings ist das eine Zeitlang niemandem aufgefallen. Jemand hat dann auf einmal unsere Aufmerksamkeit darauf gelenkt und dieser jemand sitzt nicht in Europa, sondern in Übersee. Es wäre gut, darüber zu sprechen, aber ich verstehe, dass es einfacher ist, diejenigen aus dem moralischen Bereich auszugrenzen, die anderer Meinung sind. Ich möchte Sie daran erinnern, dass das, was jetzt stattfindet, die Fortsetzung des Zweiten Weltkrieges ist, der nicht abgeschlossen werden konnte. Es ist deshalb nicht gelungen, weil die Westmächte – um bei dieser Rhetorik zu bleiben – sich dazu entschlossen haben, den Satan mit dem Beelzebub auszutreiben. Den Satan der Nazis haben sie mit dem Beelzebub der Bolschewiken besiegt und mit ihm einen Kompromiss zum Nachteil Mitteleuropas geschlossen. Jetzt haben wir die entsprechenden Konsequenzen auszubaden.

→ Gerald Schubert (Moderator):

Marek Krzakała, Sie haben den Krieg gegen die Ukraine in Ihrem Eingangsstatement schon ein wenig analysiert. Auch die Vorgängerregierung in Polen, die Regierung der nationalkonservativen PiS, hat sich immer als glaubwürdiger Partner der Ukraine präsentiert. Vielleicht war es am Ende des Wahlkampfs ein bisschen brüchig, aber insgesamt ist in Polen die Einigkeit quer durch die politischen Lager schon relativ groß. Was läuft in Polen so ganz anders als in Ungarn?



→ Marek Krzakała:

Gerade die Außenpolitik und konkret die Situation in der Ukraine verbindet alle Kräfte in Polen – abgesehen von der Konfederacja, die bei knapp acht Prozent liegt. Von Anfang an waren wir uns der Lage im Osten sehr bewusst. Wie bereits erwähnt, hatte in meiner Schulzeit

Mitte der 1980er-Jahre keiner einen Zweifel daran, dass das Böse aus dem Osten kommt. Und als später, nach der Wende, nach 1989 klar war, dass wir zur EU, zur NATO gehören können, ging für meine Generation wirklich ein Traum in Erfüllung. Ich würde nicht sagen, dass es schlecht war, mit Russland zu verhandeln, denn man muss immer alles tun, um Diplomatie zu ermöglichen. Aber die Diplomatie hat in diesem Fall versagt und jetzt haben wir keinen Zweifel mehr daran, dass Putin keinen Schritt mehr zurück macht. Die Ukraine kämpft momentan für europäische Werte. Sie will zur Europäischen Union gehören. Wenn sie verliert, dann sind als nächstes andere Länder dran.

Nun ist Polen ein Nachbarland der Ukraine und wir spüren die Gefahr. Wir geraten nicht in Panik und wir wissen nicht, was Putin vorhat, aber wir müssen damit rechnen, dass er einfach weitergeht. Auch die Partei von Recht und Gerechtigkeit war sich der ernsten Lage bewusst, was letztlich auch zu Meinungsverschiedenheiten in der Visegrád-Gruppe führte. Ich weiß nur eines: Wenn sich die europäischen Länder nicht einigen, dann wird das für Putin eine Waffe gegen die Europäische Union sein. Er versteht nur das Gesetz der Stärke. Polen hat 38 Millionen Einwohner und steht meines Wissens nach auf Platz 22 im internationalen BIP-Vergleich. Wir kennen unsere Möglichkeiten und wir sehen unsere Chance nur als Teil der Strukturen von NATO und EU. Ich kann nur appellieren, dass man einfach alles dafür tut, der Ukraine zu helfen.

→ **Gerald Schubert (Moderator):**

Sie haben Visegrád angesprochen. Visegrád hat als Zusammenschluss der Länder Tschechien, Slowakei,

Polen und Ungarn doch eine Zeit lang ein relativ großes Gewicht in Europa auf die Waagschale gebracht – vor allem in der Migrationskrise 2015. Hier herrschte doch eine sehr einhellige Meinung darüber, dass man keine Quoten zur Aufteilung von Flüchtlingen in Europa und eine restriktivere Flüchtlingspolitik verfolgen will. Dennoch ist Visegrád trotz aller Einigkeit in vielen Fragen kein monolithischer Block. Es gibt ganz unterschiedliche Strömungen. In der Slowakei wird zum Beispiel mit dem Euro bezahlt, in den anderen drei Ländern nicht. Und der wahrscheinlich größte potenzielle Zankapfel in der Visegrád-Gruppe ist die Politik gegenüber Russland. Das sieht man jetzt sehr deutlich zwischen Polen und Ungarn. Wo steht Visegrád jetzt? Sind die Visegrád-Länder noch ein wichtiger Faktor in Mitteleuropa oder ist Visegrád eher ein Auslaufmodell?

→ **Marek Krzakała:**

Es lohnt sich aus der Sicht jedes Staates, jedes Landes, verschiedene Instrumente zu nutzen, um eigene Interessen durchzusetzen. Das ist selbstverständlich und klar. Aber in der Demokratie ist es auch wichtig, dass wir nach Kompromissen suchen. Sie haben die Migrationskrise erwähnt. 2015 gab es in Polen einen Regierungswechsel und die Visegrád-Gruppe sollte das Weimarer Dreieck ergänzen. Das haben der Außenminister und der Ministerpräsident deutlich gesagt: Das Weimarer Dreieck brauchen wir nicht mehr, Visegrád soll jetzt die Führung übernehmen. Nun hat gerade das Thema Krieg in der Ukraine dazu geführt, dass unsere Wege auseinandergegangen sind. Aber ich würde sagen, wir müssen nach jeder Möglichkeit suchen, in bestimmten Bereichen zusammenzuarbeiten. Im Bereich der

Verteidigungspolitik versuchen wir jetzt gerade, mit Ländern aus dem Norden zu kooperieren. Denn auch diese spüren die Gefahr aus dem Osten.

Aber ich wollte kurz noch zum Thema Migration etwas sagen, zum Jahr 2015 und den Worten meines Vorredners. Ich wünschte mir natürlich auch, dass weniger Migranten nach Europa kommen. Aber Europa ist immer sehr „in“ für Länder, die außerhalb Europas liegen. Wir als Mitglieder der Europäischen Union kritisieren diese sehr oft, aber diejenigen, die nicht Teil der EU sind, streben danach, gerade hier zu leben. Laut Schätzungen sollen in den nächsten Jahren zwischen 60 und 120 Millionen Menschen nach Europa kommen. Die Frage ist: Sollen wir wieder eine Mauer bauen? Sollen wir auf die Menschen schießen? Oder sollen wir nach Lösungen suchen, die Migranten einfach bei uns zu assoziieren? Dabei gibt es in der Debatte einen riesigen Unterschied zwischen Migranten und Flüchtlingen. Gerade die populistischen Parteien nutzen das sehr oft. Der Flüchtling versucht, sein Leben zu retten und befindet sich auf der Flucht wegen eines Krieges oder einer Lebensgefahr. Diejenigen, die als Flüchtlingen definiert werden, die bleiben ein paar Jahre, aber dann sollen sie auch zurück. Und das ist ein Problem, das nicht von Polen, von Ungarn, von Tschechien oder von Deutschland alleine gelöst werden kann. Da muss die Europäische Union nach gemeinsamen Lösungen suchen. Ob es uns gefällt oder nicht, aber die Zahl der Flüchtlinge oder der Migranten wird weiter steigen. Wir sehen das gerade jetzt am Beispiel der Ukraine. Wer hat damit gerechnet, dass so viele Menschen aus dem Osten nach Europa kommen? Sollen wir den Menschen nicht helfen? Die Hilfe

in Polen war wirklich sehr spontan. Die Regierung hat geholfen, aber ohne die Zivilgesellschaft, ohne die Hilfe der einzelnen Menschen, wäre es unmöglich gewesen, so viele Menschen zu unterstützen.

→ **Gerald Schubert (Moderator):**

László Kövér, Sie wollten reagieren und ohnehin wollte ich Sie noch fragen: Was hat die Visegrád-Gruppe aus ungarischer Sicht für eine Bedeutung?

→ **Dr. László Kövér:**

Im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit der vier Visegrád-Staaten gibt es ein kleines Missverständnis. In dieser engen Zusammenarbeit – die interessanterweise zwischen Ministerpräsidenten entstanden ist, die vier unterschiedlichen europäischen Parteifamilien angehören – hat man es geschafft, gemeinsame Interessen zu finden. Die Zusammenarbeit der vier Visegrád-Staaten, die seit über 30 Jahren existiert, könnte auch ein gutes Modell für Europa werden, weil wir hier diejenigen Fragen thematisieren, bei denen wir gemeinsame Interessen verfolgen. Diejenigen Angelegenheiten wiederum, bei denen unsere Meinungen verschieden sind – zum Beispiel die Frage der Beneš-Dekrete zwischen der Slowakei und Ungarn oder die Problematik der nationalen Minderheiten – werden nicht thematisiert. Wir haben nicht nach den Punkten gesucht, in denen wir nicht zusammenarbeiten können, sondern nach den Punkten, in denen sich gemeinsame Interessen definieren lassen. Es ist wiederum eine andere Frage, dass die Krisen, die Europa im vergangenen Jahrzehnt vor eine Prüfung gestellt haben, dieser Zusammenarbeit ein gemeinsames ideologisches Bindemittel gegeben haben, das

nicht durch einen gemeinsamen Nenner zwischen dem Liberalismus und der Sozialdemokratie und dem Konservativen ermöglicht wurde, sondern durch das Festhalten an der Souveränität und dem Widerstand gegen imperiale Bestrebungen. Meiner Meinung nach ist das der Kern Mitteleuropas.

Um auf die Migration einzugehen: Das ist eine der wichtigsten gemeinsamen Fragestellungen. Ich saß im März 2015 bei einem Treffen der Parlamentspräsidenten der Europäischen Union in Rom, als die Flut von Migranten uns erreichte. Wir hatten die Statistiken der zwei zurückliegenden Monate in der Hand. Ich habe mir die Freiheit genommen, darauf hinzuweisen, dass es sich hier aber nicht um Flüchtlinge handelt, weil 80 Prozent der 30.000 bis 40.000 Menschen, die die Grenzen Ungarns illegal überschreiten, Albaner sind. Und wovor sollten sie denn flüchten? Die sozialistische Parlamentspräsidentin Italiens hat damals jegliche Regeln der Höflichkeit und der Diplomatie abgelegt und mich angefahren, dass wir hier in Europa nicht über illegale Migranten, sondern über Flüchtlinge sprechen würden. „Ja?“, sagte ich, „dann lag ich falsch, tut mir leid.“

Daher ist es eine hervorragende Idee, endlich zwischen illegalen Migranten und Flüchtlingen zu differenzieren. Nun aber hat die Europäische Union das zehn Jahre lang vorsätzlich nicht getan. Obwohl Herr Soros schon am Anfang gesagt hat, dass sich seiner Meinung nach jährlich eine Million Migranten niederlassen sollten und dass er bereit sei, das zu finanzieren. Jetzt kommen seit zehn Jahren praktisch just eine Million Migranten in die Europäische Union und wir können sie nicht

zurückschicken – unter anderem deshalb nicht, weil das von der europäischen Linken besetzte europäische Justizsystem, von Italien über Deutschland bis Großbritannien, unter Berufung auf die Menschenrechte der Migranten dies praktisch verhindert. Wer einmal illegal in die Europäische Union kommt, bleibt auch hier. Wir sollten keine Illusionen hegen, denn wir können machen, was wir wollen – das bleibt so.

Mitteleuropa sollte aber nicht gezwungen werden, anderen in dieser Zerstörung des eigenen Schicksals zu folgen. Wir möchten nicht gezwungen sein, die Konsequenzen der Fehler westeuropäischer Länder zu tragen. Wir wollen keine Migranten aufnehmen, die es illegal nach Frankreich, Deutschland oder Italien geschafft haben. Ein Flüchtling gilt dort als Flüchtling, wo er den Boden des ersten sicheren Landes betritt, in allen anderen Ländern ist er oder sie bereits ein Migrant. Diese Flüchtlinge kommen nicht generell in die Europäische Union, meine sehr verehrten Damen und Herren, sondern sie wollen konkret in die reichen Mitgliedsstaaten der EU gelangen: nach Deutschland, Schweden, Frankreich. Sie denken gar nicht daran, in Ungarn zu bleiben. Wir könnten sie seelenruhig durchlassen nach dem Motto: „Geht in Gottes Namen, hier kommt ihr rein, da geht es wieder raus und wir helfen sogar bei der Durchreise, da braucht man den Schleppern keine Tausende von Euro zu bezahlen; wir bringen euch umsonst bis nach Wien oder nach Berlin.“ Das könnten wir tun – wir denken nur, dass das eine tödliche Gefahr für Europa wäre. Das führt zu sozialen und kulturellen Konflikten, zu Parallelgesellschaften, zu No-Go-Areas, von der Kriminalität ganz zu schweigen.

Es sei uns bitte die grundlegende Freiheit erlaubt, dass wir selbst entscheiden, wie wir leben möchten.

→ **Gerald Schubert (Moderator):**

Jiří Drahoš, wie sehen Sie denn die Rolle von Visegrád? Und dann gibt es ja auch noch andere Gruppen. Das Weimarer Dreieck wurde angesprochen, da ist Tschechien nicht dabei, aber es gibt zum Beispiel das Austerlitz-Format zwischen Tschechien, der Slowakei und Österreich. Sind diese Formate alle ergänzend füreinander gut oder gibt es da auch Konkurrenzsituationen? Ist das Austerlitz-Format jetzt vielleicht plötzlich wichtiger, weil Visegrád vor allem an der Russlandpolitik zu scheitern droht? Wie schätzen Sie das ein? Und vielleicht wollen Sie darüber hinaus auch noch etwas zum Thema Migration sagen?

→ **Prof. Dr. Jiří Drahoš:**

Ich bin ein wenig überrascht, wie weit Herr Präsident Kövér thematisch gekommen ist – von der Visegrád-Gruppe bis hin zur Migration. Ich möchte jetzt nicht mehr auf die Migration zurückkommen. Vielleicht fasse ich es einfach in zwei Sätzen zusammen. Natürlich haben auch die Europäische Union und die EU-Mitgliedsstaaten aus der Migration und der Migrationswelle Lehren gezogen. Und auch Deutschland hat begriffen, dass der berühmte Satz von Bundeskanzlerin Angela Merkel „Wir schaffen das“ nicht als absolute Wahrheit zu betrachten ist.

Die Situation ändert sich ständig, und die EU muss auf die Veränderungen reagieren. Genauso müssen natürlich auch die Visegrád-Länder reagieren, was sie auch

tun. Ich stimme mit Herrn Kövér überein, dass sich die Prioritäten der V4 in den letzten 30 Jahren verändert haben. Natürlich waren sie in den 1990er-Jahren deutlich anders als zur Zeit der Migrationskrise oder der Corona-Krise und natürlich sind sie auch jetzt anders, in der Zeit der russischen Aggression in der Ukraine. Das ist also nichts Neues. Die Welt verändert sich und Institutionen, zu denen ich auch die EU zähle, die auf diese Veränderungen nicht reagieren, werden nicht gut abschneiden. Aber ich glaube nicht, dass Europa und die EU nicht in der Lage wären zu reagieren.

Zur Frage „V4 versus Austerlitz-Format versus Weimarer Format“: Für mich spielt nach wie vor die Europäische Union die entscheidende Rolle und dann natürlich die Zusammenarbeit im Rahmen der Regionen. Das heißt, für bestimmte Aspekte der politischen, der wirtschaftlichen, der soziologischen Debatte gibt es zum Beispiel mehr Raum in einem Format, das auch Österreich oder Sachsen einschließt, die uns nicht weniger nahestehen. Auf der anderen Seite gibt es Dinge, die wir zwar innerhalb der V4 sehr wohl besprechen können. Aber wie wir sehen, verstehen wir uns momentan in der V4 nicht so ganz. Ich würde also eine solche Gruppierung nicht als etwas ansehen, was für alle Zeiten und für alle Gelegenheiten das Beste ist. Ich plädiere dafür, dass wir nach Bedarf miteinander reden, aber dennoch nicht vergessen, dass wir Bestandteil der EU sind. Ich hoffe, dass wir auch auf das zu sprechen kommen, was wir gerne ändern würden, was wir uns von der Europäischen Union wünschen. Ich habe das Gefühl, dass wir hier schon ziemlich viel Zeit damit verbracht haben, bis in die 1950er-Jahre zurückzublicken. Ich würde aber lieber nach vorne schauen.



→ **Gerald Schubert (Moderator):**

Jiří Drahoš, vor wenigen Tagen gab es in der Slowakei die Stichwahl um das Präsidentenamt, die der liberalbürgerliche Kandidat Ivan Korčok überraschend klar gegen Peter Pellegrini, den bisherigen Parlamentspräsidenten, verloren hat. Sie selbst haben es in Tschechien im Jahr 2018 auch in die Stichwahl um das Präsidentenamt geschafft. Gewonnen hat damals Miloš Zeman, der wie Pellegrini ebenfalls als linkspopulistischer Politiker gilt. Sie haben damals allerdings deutlich besser abgeschnitten. Haben Sie sich ein bisschen erinnert gefühlt

an diese Zeit? Und vor allem möchte ich daran eine größere Frage anknüpfen. Othmar Karas hat es in seinem Statement gesagt: Bei der Wahl zum Europäischen Parlament stehen zwei Lager gegeneinander. Ähnlich hat es László Kövér formuliert, wenngleich aus einer anderen Perspektive. Interessanterweise kommen bei diesen Lagerdefinitionen die Begriffe links und rechts nicht mehr vor. Aber worum geht es dann? Geht es um liberal gegen autokratisch, um nationalistisch gegen paneuropäisch? Wie schätzen Sie denn diese neue Ordnung der Lager ein?

→ Prof. Dr. Jiří Drahoš:

Niemand von uns weiß, wie die Europawahlen ausgehen werden. Der Wahlkampf ist in vollem Gange und die Europawahl liegt noch vor uns. Einen Kommentar zum Ausgang kann ich jetzt noch nicht treffen, ich bin kein Wahrsager. Sie haben erwähnt, dass ich Erfahrungen mit der Präsidentschaftswahl 2018 in meinem Land habe. Ja, es war sehr viel knapper als in der Slowakei. Ich habe Herrn Korčok die Daumen gedrückt, aber mir war klar, dass er es nicht leicht haben würde, auch wenn er die erste Runde gewonnen hatte. Am Ende war wahrscheinlich der Anstieg der Wahlbeteiligung um fast 10 Prozent entscheidend. Das war aus meiner Sicht der entscheidende Faktor, aber ich bin kein Politikwissenschaftler. Übrigens, bei jener Wahl 2018, als Miloš Zeman relativ knapp gewonnen hat, hat er es auch geschafft, die Wahlbeteiligung im zweiten Wahlgang anzuheben. Und genau wie in der Slowakei drohte man damals mit Migration, nach dem Motto: „Drahoš wird eine Million Migranten hierherbringen“. Jetzt musste Korčok sich anhören, dass er Krieg will, dass er die Slowakei in den Krieg hineinziehen wird, dass er keinen Frieden will und so weiter. Wenn man sich die einfache Statistik der Wahlergebnisse in der Slowakei ansieht, so sieht man, dass viele Slowaken ungarischer Nationalität durchaus im Sinne der ungarischen Medien gewählt haben, die die Ansichten von Ministerpräsident Orbán verkünden. Das Ergebnis war also weniger knapp, aber die 10 Prozent, die der zweite Wahlgang an zusätzlichen Stimmen brachte, schlugen sich eindeutig gegen Korčok nieder. Es waren einfach die Ruthenen, die Ungarn und vielleicht auch viele weitere Slowaken, die von den – meiner Meinung nach

unfairen – Argumenten, was eine Korčok-Präsidentschaft bedeuten würde, abgeschreckt wurden. Nun hat Herr Fico nach den Parlamentswahlen eine relativ unerschütterliche Position in der Slowakei.

→ Gerald Schubert:

Herzlichen Dank, damit gehen wir in die Publikumsdebatte.



→ Publikumsbeitrag (Dr. Thomas Kunze):

Mein Name ist Thomas Kunze, ich vertrete die Konrad-Adenauer-Stiftung. Ich leite eines unserer Büros auf dem Balkan, in Albanien, betreue gleichzeitig unsere

Russlandarbeit und war lange Zeit Vertreter in Moskau. Meine Fragen betreffen deshalb auch zwei Bereiche – den Balkan und das Thema Russland. Zum Thema Balkan: Präsident Kövér hat hervorragend herausgearbeitet, wie derzeit in den Regierungen und auch Gesellschaften die Stimmungslage hinsichtlich einer weiteren EU-Integration auf der einen Seite und dem Rückbau der EU, der Begrenzung auf das Wesentliche und dem Subsidiaritätsprinzip auf der anderen Seite ist. Wir stehen bald vor der Aufnahme der Westbalkanstaaten. Wie wird sich das Gewicht Ihrer Meinung nach durch den Beitritt der Westbalkanstaaten ändern? In welche Richtung wird sich das verlagern?

Meine Fragen zum Thema Russland gehen vor allen Dingen an Sie, verehrter Herr Vizepräsident Drahoš, auch an Sie, Herr Abgeordneter Krzakała. Herr Drahoš, Sie sagten, dass all das, was mit der Appeasementpolitik der 1930er-Jahre verbunden ist, sich auf keinen Fall wiederholen darf. Hier stellt sich für mich die Frage: Schränken wir uns nicht intellektuell ein, wenn es um die Suche nach Lösungen geht, wenn wir das Thema Appeasement der 1930er-Jahre verallgemeinern? Es gibt in der Weltgeschichte eine Vielzahl von erfolgreichen Befriedungsversuchen. Die zweite Frage, verehrter Herr Krzakała, geht an Sie. Es ist richtig, dass wir nicht wissen, was in Putins Kopf oder in den Köpfen der führenden Russen vor sich geht. Ist daher angesichts der Situation in Europa dieser totale Boykott, den wir uns in Bezug auf eine Kommunikation mit Russland auferlegt haben, dann nicht kontraproduktiv? Geht es nicht auch darum, zu erfahren, was in diesen Köpfen vorgeht? Vielen Dank!



→ **Publikumsbeitrag (Norbert Mayer):**

Mein Name ist Norbert Mayer, ich bin Mitglied des Sächsischen Landtags. Ich bin in Dresden, dieser wunderschönen Stadt aufgewachsen. In meiner Kindheit war alles, was Sie hier sehen, noch kriegszerstört. 1968 habe ich den 21. August in Liberec erlebt, als die sowjetischen Panzer dort einmarschiert sind. Ich kann die Befindlichkeiten damit sehr gut nachvollziehen. Meine Lehre ist: Krieg ist Zerstörung, ist Elend für alle Menschen. Es kommen viele Menschen auf beiden Seiten ums Leben, verlieren ihr Eigentum, verlieren ihre Wohnungen. Das ist kein Zustand, den ich mir wünsche. Nun stellt sich die Frage: 1968 war dieser Einmarsch

und trotzdem haben Willy Brandt und andere in Europa, in Westeuropa, den Helsinki-Prozess angestoßen. Sie haben gesagt, sie müssen mit der Sowjetunion, die gerade in der Tschechoslowakei einmarschiert ist, sprechen, und sie müssen einen Interessenausgleich, einen Friedens- und Entspannungsprozess in Gang bringen. Das hat dazu geführt, dass es dann 1989 zur friedlichen Revolution in Mitteleuropa gekommen ist. Ich war damals auf der Straße. Es gab da die große Sehnsucht nach Freiheit, weg von der Bevormundung, die wir in der DDR erlebt haben. Und deswegen bin ich heute nah an der Position des ungarischen Vertreters und der ungarischen Regierung, weil wir zum einen sehr deutlich die Bevormundung durch Europa und zum anderen die Bedrohung durch den Krieg spüren. Dieser rückt immer näher und erschöpft immer mehr auch unsere eigenen materiellen Ressourcen. Die Frage ist: Wie stellen sich die polnischen und tschechischen Vertreter die weitere Zukunft vor, wenn man diesen Krieg einfach weiterführt? Wollen Sie die Russen bis in den Pazifik treiben oder wie soll das enden? Welche Zukunftsperspektive haben Sie, um wieder mit den Nachbarn, die wir haben, die nicht weggehen, zu sprechen? Wie lange sollen Menschen quasi geopfert werden? Das ist für mich ein wesentlicher Punkt. Danke.

→ **Publikumsbeitrag (Dr. Bence Bauer):**

Mein Name ist Bence Bauer, ich bin der Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit am Matthias Corvinus Collegium in Budapest. Zunächst vielen Dank auch im Namen unserer Delegation an Herrn Parlamentspräsidenten Rößler, dass wir hier sein dürfen. Ich habe zwei konkrete Anliegen.

Mein erstes Anliegen richtet sich an den Moderator dieses Panels. Wir haben von Parlamentspräsident Kövér Ideen und Vorschläge zur Zukunft der Europäischen Union gehört. Diese sollten meiner Ansicht nach hier auch diskutiert werden, denn sie sind ja durchaus diskussionswürdig. Dazu vermisse ich ein wenig die Beiträge der beiden anderen Teilnehmer.

Meine zweite Frage geht konkret an den Vertreter Tschechiens und an den Vertreter Polens. Sie bezieht sich auf die gegenwärtige Politik der Europäischen Union und auch Ihrer Länder hinsichtlich des russischen Kriegs



gegen die Ukraine. Was macht Sie denn eigentlich so sicher, dass mehr Waffenlieferungen automatisch zum Sieg der Ukraine führen? Was macht Sie insbesondere so sicher mit Bezug auf die finanziellen Kosten, die Europa wahrscheinlich alleine trägt? In dieser Frage sind die USA ja wahrscheinlich außen vor. Wie ist das nachhaltig zu gestalten? Und ist nach zwei Jahren die Frage erlaubt, ob diese Politik zum Erfolg geführt hat – ja oder nein? Vielen herzlichen Dank.

→ **Publikumsbeitrag (Prof. Dr. Matthias Theodor Vogt):**

Mein Name ist Matthias Theodor Vogt, ich leite das Institut für kulturelle Infrastruktur Sachsen. Seit 2011 bin ich hier zu Gast und ich freue mich, dass wir Jahr für Jahr eine komplexe Veranstaltung erleben dürfen mit sachgerechten Informationen und ganz unterschiedlichen Narrativen. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken. An die Referenten habe ich drei Fragen.

Zum Ersten: Wir reden viel über Migration, aber die wichtigste Migration in Mitteleuropa, die haben Sie nicht thematisiert. Wir haben nämlich ein massives Problem der Landflucht und ich will daran erinnern, dass zurzeit 70 Prozent der Sachsen in Gemeinden mit weniger als 100.000 Einwohnern leben. Das gilt auch für Gesamtdeutschland und viele andere Länder. Diese Migration ist von Ihnen nicht thematisiert worden, was schade ist.

Zum Zweiten: Sachsen war 1994 Europameister bei der geringen Fertilität, also der niedrigen Geburtenrate. Diese lag vor 30 Jahren bei einem Wert von 0,8. In der Zwischenzeit ist China dort auch angekommen, Südkorea ebenso. Wir liegen zurzeit bei einem Wert von 1,5



und damit deutlich unterhalb der Nettofortpflanzungsrate bei gleichzeitig starker Alterung. Auch das wurde heute nicht diskutiert, obwohl es ein massives Problem speziell in Mitteleuropa darstellt. Schauen Sie auf die aktuelle Bertelsmann-Studie, da ist Ostdeutschland rot und Süddeutschland ist grün. Auch das gilt es also zu bedenken.

Und zum Dritten: Herr Präsident Kövér, Sie haben sehr interessant zur Frage der Ausbildungskosten gesprochen. Ich erinnere daran, dass zu DDR-Zeiten ein wesentlicher Teil der Ärzte, die in der DDR für viel Geld ausgebildet wurden, direkt nach der Approbation in

den Westen gingen. In der Wirtschaft reden wir von Opportunitätskosten. Sie haben die Zahl genannt. Bei uns in Görlitz kommen 40 Prozent der Ärzte am Klinikum aus Tschechien, Ungarn, Griechenland und so weiter. Deren Heimatländer haben die Ausbildungskosten bezahlt. Wir tun nichts für die Stärkung von deren Gesundheitssystemen. Ist das eigentlich – und wir sind Mitglieder einer Partei, die CDU heißt – mit christlichen Werten vereinbar? Ist es gerecht, dass wir für die Rohstoffe fast nichts bei den Heimatländern lassen? Das wären meine drei Fragen, eventuell auch für eine künftige vertiefte Behandlung. Ich danke Ihnen.

→ Gerald Schubert (Moderator):

Vielen Dank. Ich würde noch eine Wortmeldung zulassen bevor wir die Fragerunde abschließen.

→ Publikumsbeitrag (Ulrich Lupart):

Mein Name ist Ulrich Lupart, ich bin Mitglied des Sächsischen Landtags. Ich habe das große Glück gehabt, an drei Veranstaltungen des Formats teilnehmen zu dürfen – in Litauen, in Prag und jetzt hier und heute – und ich habe immer die gleiche Frage gestellt: Haben Sie schon mal von dem Slogan „Frieden schaffen ohne Waffen“ gehört? Wo soll es hinführen, wenn wir weiter aufrüsten auf jeder Seite? Kann es auch in einem Dritten Weltkrieg enden? Das wäre sehr gefährlich, weshalb man schnell in Verhandlungen eintreten sollte. Dabei sollte die andere Seite möglichst wenig das Gesicht verlieren. Und deshalb frage ich: Wo soll die Europäische Union perspektivisch hingehen? Ich stehe für ein Europa der Vaterländer. Und Sie stehen ja bestimmt für einen Zentralstaat Europa, den ich nicht möchte. Danke.

→ Gerald Schubert (Moderator):

Wenn ich es etwa zusammenfassen darf, erkenne ich jetzt mehrere Themenbereiche. Am häufigsten thematisiert wurden die Punkte „Krieg oder Frieden“ und „Appeasementpolitik – ja oder nein“. Es ist ein spannungsgeladenes Thema, das sich zwischen geopolitischen Interessen und der Sehnsucht nach Frieden, die wir natürlich alle teilen, auftut. Ich glaube, das wäre ein wichtiger Punkt für unsere Schlussrunde. Zudem ging es noch einmal um das Thema Migration. Es ist nicht nur die Migration, über die wir hier bereits gesprochen haben, sondern es ist auch die Binnenmigration in den Staaten, die Landflucht, die auch für völlig neue



politische Landkarten in den einzelnen Ländern sorgt. Außerdem geht es um die Abwanderung von Fachkräften, die Zuwanderung aus anderen Ländern. Und der Westbalkan war auch noch ein interessanter Punkt. Der ist auf seine Art natürlich auch Mitteleuropa, vor allem, wenn man auf die Karte der Mitgliedsländer der Europäischen Union schaut. Wie es der österreichische Außenminister Alexander Schallenberg unlängst gesagt hat, ist der Westbalkan ja nicht der Hinterhof der EU, sondern eigentlich der Innenhof. László Kövér, möchten Sie beginnen?

→ **Dr. László Kövér:**

Wenn Sie erlauben, möchte ich die Beantwortung mit dem letzten Thema beginnen. Wir gehören zusammen mit den Ländern Mitteleuropas, einschließlich Österreichs, zu den konsequentesten Befürwortern der Erweiterung der Europäischen Union im Bereich des westlichen Balkans. Wenn die EU den westlichen Balkan nicht integriert, verzichtet sie nicht nur auf zusätzliche Ressourcen, sondern belässt eine regionale Instabilität in der unmittelbaren Nachbarschaft ohne Kontrolle und das ist im Laufe der Geschichte noch nie gut ausgegangen. Somit ist die Erweiterung der Europäischen Union in dieser Region auch eine Sicherheitsfrage.

Wenn wir uns anschauen, warum sich dieser Prozess trotzdem so lange hinzieht, lassen sich zwei Schlussfolgerungen ziehen. Zum einen manifestiert sich darin die Geringschätzung der westeuropäischen Länder den Ländern dieser Region gegenüber, mit ihren im Vergleich kleinen Einwohnerzahlen. Der andere Grund ist aber noch wichtiger: Der Beitritt dieser Länder wird deshalb

bis zum heutigen Tage verzögert, weil man zuerst die institutionelle Reform umsetzen möchte, welche die Entscheidungsfindung im Konsens aufhebt. Damit soll es also keine 27 plus 6 gleichrangigen Mitglieder der Europäischen Union geben, sondern mit der Umstellung der Entscheidungsfindung auf das Mehrheitsprinzip soll der zusammengeführte Wille Deutschlands und Frankreichs durchgesetzt werden – und gegebenenfalls können wir noch die Benelux-Staaten und Skandinavien mit dazu nehmen. Es würde nie und in keiner Frage eine blockierende Minderheit geben, welche die Interessen dieser kleinen Staaten durchsetzen könnte. Sie würden immer überstimmt werden. Sollte die Mehrheit auf der Kippe stehen, würde man sich sachte mit ihnen unterhalten, dies oder jenes versprechen oder ihnen drohen und sie erpressen, wie auch wir Drohungen erhielten. Das ist keine hypothetische Angelegenheit, sondern existierende Praxis. Das ist aktuell unsere historische Wirklichkeit.

Wir möchten die Länder des westlichen Balkans so schnell wie möglich in den Reihen der Europäischen Union wissen, weil wir möglichst viele Verbündete haben wollen, die die historischen und kulturellen Traditionen Europas bewahren möchten und sich eine Zusammenarbeit gleichrangiger, gleichberechtigter souveräner Länder in der EU wünschen. Es ist unwahrscheinlich, dass Montenegro, dessen gesamte staatliche Existenz sich bis zurück ins Mittelalter um den Unabhängigkeitskampf dreht, beitreten möchte, damit Brüssel vorgeben kann, wie die Montenegriner zu leben hätten und was in den Schulen über LGBTQ zu unterrichten sei. Können Sie sich vorstellen, wie eine Gesellschaft auf dem Balkan,

die wesentlich konservativer ist als in Ungarn, auf diese Fragen reagiert? Das muss geklärt werden, bevor diese Länder aufgenommen werden – so viel zum Balkan.

Um noch einmal auf das Thema Brain Drain zurückzukommen: Nach unserer Auffassung ist unsere Existenz, unsere Mitgliedschaft in der Europäischen Union keine Gefälligkeit, die uns gewährt wurde. Wir betrachten die Mitgliedschaft vielmehr als historische Genugtuung und als Zeichen der historischen Gerechtigkeit. Gerechtigkeit dafür, dass es nicht gelungen ist, Europa nach dem Zweiten Weltkrieg von jeglichen Diktaturen zu befreien, sondern dass die Mitteleuropäer aus einer Diktatur in eine andere gestoßen wurden.

1945 fanden von Polen bis Rumänien in sämtlichen Ländern Wahlen statt. Die Kommunisten erhielten in Ungarn 17 Prozent und die bürgerliche Rechte 57 Prozent. 1947 hat sich – trotz heftiger Betrugsfälle seitens der Kommunisten – in etwa die gleiche Situation ergeben, aber diese Partei mit 57 Prozent wurde aufgespalten. Das haben die Kommunisten als „Salamitaktik“ bezeichnet. Im Falle einer tatsächlichen demokratischen Entscheidungsfindung, zu der die Gesellschaften Mitteleuropas 1945 bereit waren, hätte es überall bürgerliche Demokratien gegeben – im Gegensatz zu Griechenland, Italien und eventuell Frankreich. In Griechenland hätten ganz offensichtlich die kommunistischen Partisanen gesiegt und es hätte eine kommunistische Diktatur gegeben. In Italien hätten wahrscheinlich bei den ersten ein bis zwei Wahlen – mit einer starken kommunistischen Partisanenarmee im Rücken – die Kommunisten gewonnen, in Frankreich ebenso. Wenn Sie

mir nicht glauben, darf ich Ihnen einen Satz aus einem aktuellen Interview von George Tenet, dem ehemaligen Chef der CIA, nahelegen. Der antwortete auf die Frage, ob die Russen sich in die Wahlen eingemischt hätten, ein wenig ironisch, dass dies üblicherweise so in der Welt wäre und sie selbst zum Beispiel 1945 in Frankreich und Italien auch eingegriffen hätten – nur auf der guten Seite. Die Einschätzung, welche Seite die gute ist, hängt vom jeweiligen Standpunkt ab. Es ist letztlich nicht das eingetreten, was sich die Völker im Osten oder Westen gewünscht hätten. Und jetzt betrachtet man uns wie ein rückständiges Völkchen, dem die Demokratie beigebracht werden muss, nach dem Motto: „Sie haben davon keine Ahnung, aber das macht nichts. Sie werden schon hineinwachsen. Sie brauchen nur auf uns Liberale zu hören und wir werden es ihnen sagen, wie man auf demokratische Weise zu leben hat.“

Zum Thema Brain Drain gehört es dazu, dass wir akzeptieren und anerkennen, dass die Europäische Union keine Wohlfahrtsinstitution ist. Bei der demokratischen Durchsetzung nationaler Interessen schneiden hier selbst im Kompromissfall nicht alle gleich gut ab – manche verlieren weniger, manche gewinnen mehr. Mit den in die alten Mitgliedsstaaten abgewanderten hochqualifizierten Arbeitskräften haben alle neuen mitteleuropäischen Mitgliedsstaaten die westeuropäischen Volkswirtschaften praktisch mit Milliarden von Euro finanziert. Das wird auch der westliche Balkan tun oder tut es bereits heute, vor seinem Beitritt. Warum wurde kein einziges Mal die Möglichkeit diskutiert, den Aufholprozess dieser Länder in Sachen Personalressourcen über den Strukturfonds zu fördern? Mit den für

uns vorgesehenen Geldern hätten wir den Lohn unserer Ärzte erhöhen können, damit sie nicht nach Österreich, Deutschland, Norwegen und Irland gehen, weil sie dort mit einem Bereitschaftsdienst am Wochenende das gleiche Geld bekommen, das sie bei uns mit der harten Arbeit von einem ganzen Monat verdienen. Warum

wurde das in 20 Jahren kein einziges Mal angesprochen? Nun, deshalb nicht, weil das nicht im Interesse derjenigen Länder ist, die sich als opferbereit darstellen und ihre eigenen Einzahlungen quasi als Gnadengeschenk betrachten. Wir nehmen das zur Kenntnis und beanstanden das auch nicht, das Geschäft ist eben so.



Wir schneiden auch gut ab – an mancher Stelle mehr, an anderer Stelle weniger. Aber noch schlechter als jetzt wollen wir nicht mehr abschneiden. Und wir wollen nicht, dass jetzt auch noch unsere Lebensweise in Frage gestellt und uns gesagt wird, zu welcher moralischen Auffassung wir uns bekennen sollen, vor wem wir Angst haben sollen und vor wem nicht.

Und damit sind wir bei der Frage des Krieges angelangt. Bei jedem Krieg können juristische, historische, soziologische oder moralische Aspekte betrachtet werden. Wenn sich auf dem Schulhof zwei Kinder prügeln, dann wird sicherlich derjenige vor den Lehrern und Eltern den Kürzeren ziehen, der zuerst zugeschlagen hat – und so ähnlich verhält es sich auch mit dem Krieg. Nicht, dass jemand denkt, missversteht oder gar fehlinterpretieren will, dass der ungarische Standpunkt russlandfreundlich sei. Wir haben die Aggression Russlands genauso verurteilt und das Recht der Ukraine auf territoriale Integrität erklärt, wie jeder andere Mitgliedsstaat der Europäischen Union. Wir haben auch nicht versucht, Erklärungen oder Ausflüchte für Russland zu finden. Das tue ich auch jetzt nicht. Aber dieser Krieg hat seine Vorgeschichte gehabt.

Es gab ein Abkommen von Minsk und dann gestehen der französische Präsident und die deutsche Bundeskanzlerin im Nachhinein ein, dass sie es – obwohl sie es unterzeichnet haben – selbst nicht ernst genommen haben und dass es nur dafür gut gewesen sei, die Ukraine gegen Russland bewaffnen zu können. Ich habe weder den einen noch die andere bevollmächtigt, im Namen der Europäischen Union, das heißt auch in meinem

Namen, irgendwelche Erklärungen von Minsk zu unterstützen. Aber wenn sie es schon getan haben – von welcher Einstellung mag es zeugen, einer Atommacht auch noch mitten ins Gesicht zu sagen, dass man sie eh nie ernst genommen hat?

Der tote Indianer sei ein guter Indianer, hat man im Wilden Westen schon gesagt. Und ein schwaches Russland sei ein gutes Russland – für diejenigen, die die unermesslichen Schätze, die es dort gibt, vereinnahmen wollen. Und die Russen mögen das nicht. Ich will sie damit nicht entlasten, aber wenn wir nicht verstehen, was unsere Feinde motiviert, dann werden wir sie nicht nur nicht besiegen können, sondern wir werden uns noch nicht einmal erfolgreich gegen sie verteidigen können. Wir sagen, wir wüssten nicht, was im Kopf von Putin vor sich gehe. Doch, wir wissen es. Es ist nicht so schwer herauszufinden. Wir sollten vielleicht versuchen, einen Schritt zurückzutreten, anstatt unsere Gesellschaften mit immer lauterer Rhetorik in eine Kriegspsychose zu treiben.

Hier wurde – wie ich hoffe als Lob für die Demokratie in der Slowakei – gesagt, dass die Wahlbeteiligung in der Slowakei um 10 Prozent zugenommen hat. Nun, wenn das damit im Zusammenhang steht, dass die Slowaken den Krieg zur wichtigsten Frage im Wahlkampf gemacht haben, dann folgt daraus nur eindeutig, dass die Slowaken sich an diesem Krieg in keiner Form beteiligen wollen. Ist es nicht das, was man als Demokratie bezeichnet? Sie haben einen Präsidenten, der ihnen das versprochen hat. Wer trägt denn jetzt die Schuld? Ist es Pellegrini oder sind die Slowaken nicht reif genug? Aber

dass man nicht reif genug sei, dass man ideologisch noch nicht auf dem richtigen Stand sei, habe ich schon in den 1980er-Jahren gehört. Ein sowjetischer Armeeoffizier sagte mir das, als er nicht damit einverstanden war, was ich über Ungarn und den Sozialismus dachte. Das war ein Gespräch gewesen, kein Verhör, damit das niemand falsch versteht.

Man kann also auch diesen Ansatz in der Frage von Krieg und Frieden wählen. Und dass wiederum Präsident Macron die Vision von einem Krieg, von einer Beteiligung der Länder Europas am Krieg pflegt, verbitte ich mir als

glücklicher Vater und Großvater. Herr Macron mag dann die Vision von einem Krieg pflegen, wenn er seine eigenen Kinder in den Krieg schickt. Ihm ist es auch nicht wichtig, dass die alteingesessenen Einwohner Europas zumindest so viele Kinder bekommen, dass wir nicht weniger werden und nicht auf unserem eigenen Erdteil aussterben. Man sollte sich vielleicht zuvor damit beschäftigen. Mich stören dabei der Zynismus und die Heuchelei.

Fakt ist, dass man ab dem Beginn der 1980er-Jahre – auch dank der polnischen Solidarność, die die Atmosphäre in Mitteleuropa oder zumindest auf jeden Fall in Ungarn wesentlich freier gemacht hat – keine Angst mehr vor den Kommunisten haben musste. Wir wurden nicht mehr ins Gefängnis verschleppt, wir wurden nicht vom Arbeitsplatz oder von der Universität gefeuert, wenn wir etwas gesagt haben, was eventuell von der Geheimpolizei den Chefs gemeldet wurde. Im Gegensatz zur Behauptung, dass es keine Freiheit der Medien in Ungarn gäbe, gibt es Zugangsmöglichkeiten zu jeweils etwa 50 Prozent regierungsfreundlichen beziehungsweise regierungskritischen Medien. Wenn ich Ihnen jetzt persönliche Bemerkungen über den Ministerpräsidenten aus einigen oppositionellen Portalen zitieren würde, würde das wahrscheinlich teilweise die Grenzen Ihres Geschmacks überschreiten – das nur als Anmerkung. Aber in Ungarn soll es angeblich keine Medienfreiheit geben. Dort jedoch, wo es unterschiedlich etikettierte Blätter gibt – liberale, linke und konservative –, die aber alle von völlig identisch (nämlich „grün“) denkenden und mit der entsprechenden Partei sympathisierenden Redakteuren erstellt werden, dort soll es



sehr wohl Medienfreiheit geben. Aber auch so etwas haben wir schon einmal gesehen. In Ungarn hat es auch in den 1980er-Jahren mehrere Zeitungen gegeben und in allen stand dasselbe. Aus ungarischer Sicht steht es so um die Lage der Pressefreiheit in Europa.

Wir bitten nicht darum, dass unsere Perspektive akzeptiert wird, sondern nur darum, dass wir nicht bewertet werden. Wir haben niemals ein Land mit einer Wertung versehen – weder die Politik Polens, noch die der Tschechischen Republik, noch die von Österreich. Vor einigen Jahren griff die Mode um sich, Politiker eines anderen Landes in der persönlichen Integrität zu verletzen. In erster Linie sind wir dabei die Leidtragenden – und das nur deshalb, weil man es bisher nicht geschafft hat, uns zu stürzen. In anderen Ländern hatte man da ein wenig mehr Erfolg. Jetzt hat sich Herr Fico uns angeschlossen. Mit Herrn Fico hatten oder haben wir unglaublich viele Streitigkeiten und Diskussionen geführt. Gelinde gesagt, haben wir uns nicht gemocht. Aber es scheint, dass die Geschichte zwei staatsbildende Völker Ungarns – gar nicht so sehr aus der Not heraus, sondern vielleicht aus Überzeugung – einander näherbringen kann.

→ **Gerald Schubert (Moderator):**

Vielen Dank. Herr Kövér hat auf den Stuhl geklopft und hat auf die grüne Farbe gezeigt. Herr Krząkała, Sie sind kein Grüner, haben aber trotzdem andere Ansichten?

→ **Marek Krząkała:**

Kurz und bündig, um die Fragen zu beantworten, komme ich zuerst zum Thema Balkan. Also das Gesetz hat



sich in der Europäischen Union nicht geändert. Laut Kopenhagener Kriterien aus dem Jahre 1993 und laut Lissabonner Vertrag dürfen diejenigen, die die Kriterien erfüllen, zur Europäischen Union gehören. Ähnlich ist es mit den Balkanländern. Polen übernimmt am 1. Januar 2025 die Ratspräsidentschaft in der EU und wir werden diese Länder im Rahmen der geltenden Regelungen unterstützen. Natürlich müssen die Länder die Kriterien erfüllen und wir dürfen nicht den Fehler begehen, jemanden in die EU aufzunehmen, der nicht ausreichend

vorbereitet ist. Es gibt einige Probleme, die wir jetzt vielleicht nicht lösen, aber da geht es sicher um Agrar- und Kohäsionspolitik. Man schätzt, dass die EU-Länder um die zwölf Prozent ihrer Gelder verlieren. Wir müssen also wissen, wie der europäische Haushalt aufgeteilt wird. Hätten die Westländer aber vor 20 Jahren Angst gehabt, dass die neuen Länder eine Gefahr für die Europäische Union darstellen, wäre unter anderem Polen nicht in der EU. Deshalb sage ich: Doch, die Erweiterung kann zu Wohlstand und Sicherheit beitragen. Aber die Voraussetzung ist, dass die Kriterien klar erfüllt sind.

Was die Russlandpolitik angeht, so wünschte ich mir auch eine Welt ohne Krieg. So wie ich mir eine Liebe ohne Leiden wünsche, wie Udo Jürgens einmal gesungen hat. Die Grundfrage ist: Wer hat den Krieg angefangen? Nicht die Ukraine, sondern Putin. Und wenn ich über Putin sage, er sei unberechenbar, denke ich an seine Nuklearwaffen. Das ist das Problem. Ansonsten haben wir Artikel 5 der NATO. Und die Frage, ob wir der Ukraine weiter helfen sollen, sollte man vielleicht in Kiew stellen oder in Butschka oder an der Front. Sollen wir die Menschen alleine lassen? Wir wollen doch keinen Krieg, wir wollen nur Putin stoppen. Das ist die Hauptaufgabe und wir stoppen ihn nur, wenn wir ihn besiegen. Dafür müssen wir der Ukraine im Moment ausreichend Waffen und Munition geben. Und wenn es zum Dialog käme, dann muss es erstens Putin selber wollen und zweitens muss die Ukraine dabei sein. Es kann nicht sein, dass wir entscheiden, was für die Ukraine besser ist. Das geht doch nicht. Das ist ein souveräner Staat, der angegriffen wurde. Wir müssen dabei immer im Hinterkopf behalten, wer die Welt in Brand

gesetzt hat. Das war nicht die Ukraine, das war Putin. Und ich will nur noch sagen: Die Deutschen sollten nicht in Ruhe schlafen, wenn sie wissen, dass die Raketen in Kaliningrad Berlin in ein paar Stunden angreifen können. Dessen müssen sie sich bewusst sein, wenn sie sich die Frage stellen: Sollen wir den Menschen in der Ukraine weiter helfen oder nicht?

Ich möchte noch auf die Frage zur Binnenmigration eingehen. In Polen gab es auch Untersuchungen, die besagen, dass bis zum Jahr 2050 die Bevölkerungszahl von 38 Millionen auf nur noch 33 Millionen Polen sinkt. Die Migration aus kleineren Orten wird zunehmen. Dagegen werden sechs Großstädte, darunter Warschau, Breslau, Posen, Krakau, immer weiter wachsen. Es gibt nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa die Tendenz, dass junge Leute in die Großstädte ziehen, weil es einfach mehr Arbeitsmöglichkeiten gibt. Wir sind hier in Sachsen und ich denke, dass es immer noch Jugendliche in Richtung Westen zieht, obwohl schon so viele Jahre seit der Wiedervereinigung vergangen sind.

→ **Gerald Schubert (Moderator):**

Herzlichen Dank. Nicht über die Köpfe der Ukrainer hinweg entscheiden – das hat mich erinnert an ein Schlagwort der tschechischen Politik und des tschechischen historischen Bewusstseins: „O nás bez nás – Über uns ohne uns“. Es geht zurück auf das Münchner Abkommen im Jahre 1938. Auch da wurde von großen Mächten über die Köpfe der Tschechoslowakei hinweg die Abtretung des Sudetenlandes an Hitlerdeutschland entschieden. Deshalb hat man in Tschechien sehr viel Verständnis für diese Argumentation, Jiří Drahoš?



→ Prof. Dr. Jiří Drahoš:

Der Slogan „Über uns ohne uns“ findet bei uns immer noch großen Anklang, auch in der heutigen Situation. Die Aussage des damaligen britischen Premierministers Neville Chamberlain, die er 1938 aus München mitbrachte, lautete: „Frieden für unsere Zeit“. Und wir wissen, wie das ein knappes Jahr später ausgegangen ist. Es ist also nicht möglich, Frieden nur für unsere Zeit zu

bringen, nur für diesen Moment. Die Themen des westlichen Balkans und das, was unser polnischer Kollege hier über die Binnenmigration sagte, sind Themen für ein mindestens ganztägiges Symposium, aber die Zeit ist zu knapp.

Da ich von dem einen oder anderen Teilnehmer gefragt wurde, möchte ich noch kurz etwas zu Krieg und Frieden

sagen, wie es auch mein polnischer Kollege getan hat. Niemand in diesem Saal oder außerhalb dieses Saals will Krieg. Ich stimme Ihnen zu: Krieg ist schrecklich, Krieg vernichtet Eigentum, Menschen sterben. Auch ich wünsche mir nicht, dass Tausende von Zivilpersonen und Soldaten sterben und will nicht, dass ukrainische Städte unter den Angriffen von Putins Terrorregime leiden müssen. Ich frage mich auch, was es bedeuten würde, wenn wir die Unterstützung der Ukraine jetzt einstellen würden. Es würde eine Art Quasi-Frieden bringen. Doch was für ein Frieden wäre das? Und zu welchem Preis? Ich erinnere nochmals an die Aussage Chamberlains: „Frieden für unsere Zeit“. Nicht nur in Butscha konnten wir sehen, wie sich die Russen in den besetzten Gebieten verhalten. Ich habe hier die Frage schon einmal gestellt: Würden wir glauben, dass Putin nach der Besetzung der Ukraine brav sein wird und den Rest Europas in Ruhe lässt? Ganz zu schweigen davon, wie groß die humanitäre Krise wäre, die die Niederlage der Ukraine auslösen würde. Wenn wir also nach Frieden rufen – und ich wäre auch sehr für Frieden und würde mich den Friedensrufen sehr gerne anschließen –, dann ist der Adressat ein einziger Mensch: Wladimir Putin. Er hat die Aggression begonnen und er ist der Einzige, an den man sich wenden kann, wenn es um Friedensverhandlungen geht. Er hat den Krieg entfacht und er kann ihn im Handumdrehen beenden, indem er die Truppen aus der Ukraine zurückzieht. Ich bin politisch nicht so naiv zu glauben, dass es Putin kurzerhand tun wird. Diejenigen, die Frieden fordern, sollten sich vor allem an diesen Herrn wenden. Er hat den Krieg begonnen und es liegt in seiner Macht, ihn zu beenden. Niemand von uns mag Krieg, aber in der Ukraine ist Krieg leider derzeit der Fall.



→ **Gerald Schubert (Moderator):**

Herzlichen Dank für die sehr interessante Diskussion an die Podiumsgäste und vielen Dank für die rege Beteiligung aus dem Publikum.



Thema II

Mitteleuropäische Interessen in Europa



*Sächsischer Landtag und
Dresdner Altstadtkulisse*



Impulsreferat

„Ungarns und Mitteleuropas Interessen im vereinten Europa“

Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger

» Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren! Es freut mich sehr, dass ich heute hier sein kann und als Rektor der Andrassy Universität Budapest meine Gedanken mit Ihnen teilen darf. Die Andrassy Universität ist die einzige vollständig deutschsprachige Universität außerhalb des deutschen Sprachraums. Sie ist ein internationales Kooperationsprojekt und wird getragen von den Ländern

Ungarn, Deutschland, Österreich und den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern sowie Südtirol. In ihrem Fokus stehen sowohl in der Forschung als auch in der Lehre die europäische Integration aus einer regionalen Perspektive heraus. Die Universität wurde gegründet im Hinblick auf den EU-Beitritt Ungarns und sie hat immer wieder bewiesen, wie notwendig sie ist. In einer Zeit, in der Mittel- und Osteuropa nicht mehr den Westen nachahmen,

sondern sich eigenständig in Diskussionen einbringen, ist die Universität ein Ort, an dem diese Diskussionen geführt werden und gegenseitiges Verständnis geschaffen wird. Wir haben Kooperationen mit allen Ländern Mittel- und Osteuropas und daher freut es mich sehr, dass ich als Vertreter dieses Modellprojekts hier sprechen darf.

Wir könnten jetzt lange über die Grenzen Mitteleuropas diskutieren – wo sind diese genau zu ziehen? Das wäre aber sicher im heutigen Kontext nicht zielführend. Ganz pragmatisch orientiere ich mich daher an den Ländern, die Teil des Forums Mitteleuropa sind. Ich möchte dabei eine ungarische Perspektive einbringen und betonen: Mitteleuropa ist ein zentraler Bezugspunkt für Ungarn. In der sicherheitspolitischen Strategie des Landes wird festgehalten: „Wir sind der festen Überzeugung, dass Mitteleuropa nicht nur historisch und kulturell miteinander verbunden ist, sondern auch durch spezifische gemeinsame politische und wirtschaftliche Interessen. Unser Ziel ist es, aktiv an der Schaffung immer engerer regionaler Bindungen in dieser Region mitzuwirken, die eine natürliche Einheit bilden, vor allem im Rahmen der Visegrád-Gruppe und anderer multilateraler Formationen und Initiativen zur Entwicklung regionaler Fähigkeiten.“ Das hebt die Bedeutung der Region für Ungarn hervor. Sie ist eben nicht nur kulturell und historisch gewachsen, sondern ist auch ein Feld, wo gemeinsame Interessen verwirklicht werden können.

Als Politikwissenschaftler sind Interessen wichtig, aber sie sind auch ein zwiespältiges Konzept. Sie sind nicht gottgegeben, sondern Interessen werden geschaffen durch Politik. Allgemein lassen sich in den Theorien der internationalen Beziehungen zwei Herangehensweisen unterscheiden.

Zunächst gibt es eine liberale Variante. Sie geht davon aus, dass Interessen endogene Prozesse sind. Eliten versuchen, die Ergebnisse des politischen Prozesses nach außen zu projizieren, um den Nutzen für ihre Wähler und für die Politiker zu maximieren. Hier geht also ein innenpolitischer Prozess voraus, der dann Interessen definiert. In der reinen Form der realistischen Variante bestimmen hingegen exogene Faktoren das Verhalten des Staates – die Anarchie im internationalen System, die Unsicherheit, das Streben nach Überleben. Staaten müssen sich anpassen, um überleben zu können. In den Theorien der europäischen Integration finden wir beide Ansätze wieder. Sie spiegeln sich in der Dichotomie zwischen Supranationalismus und der EU als Erweiterung des Spielfelds für nationale Interessen. Hier hinein spielt die Kunst der Politik, strukturelle Gegebenheiten richtig zu erfassen und dann gestaltend einzuwirken, um nationale Interessen verwirklichen zu können.

Kommen wir zur Ausgangslage in diesem Jahr. 2024 ist ein Jahr der Wahlen. Wir hatten die Präsidentschaftswahl in Russland, wir werden im Juni die Wahlen zum Europäischen Parlament haben und im November stehen die amerikanischen Präsidentschaftswahlen an. Alle diese Wahlen beeinflussen die zukünftige Gestaltung der europäischen Politik. Die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments wird neu bestimmt, was wahrscheinlich zu einer teilweisen Neuausrichtung der Politik führen wird. Und je nachdem, wie die amerikanischen Wahlen ausgehen, wird das große Auswirkungen sicherheitspolitischer Art haben, etwa auf die NATO und Europa.

Vergessen wir aber nicht, dass wir in diesem Jahr auch zwei Jubiläen feiern können: 25 Jahre sind seit der ersten Runde der NATO-Osterweiterung vergangen, 20 Jahre seit der ersten Runde der EU-Osterweiterung. Allerdings kann man konstatieren, dass keine große Feststimmung aufkommen will. Diese Jubiläen finden vor dem geopolitischen Hintergrund zunehmender machtpolitischer Auseinandersetzungen zwischen den USA und China statt. Wir können generell eine Verschiebung der außenpolitischen Schwergewichte weg vom Westen in den asiatischen Raum beobachten. Wir haben zudem wieder Krieg in Europa. Daneben beschleunigt sich der wirtschaftliche Wandel, getrieben durch die Digitalisierung. Der Klimawandel verschärft sich und gleichzeitig stellt sich, auch vor dem Hintergrund des Kriegs in Europa, die Frage der Energiesicherheit. Es bestehen also widersprüchliche Anforderungen und gleichzeitig nimmt die Problemlösungskapazität in den westlichen Staaten ab. Auch in der EU können wir beobachten, dass die Gemeinsamkeiten zwischen den Staaten abnehmen. Diese Herausforderungen treffen sowohl die einzelnen Mitgliedstaaten als auch die EU als Ganzes – und das führt mich zu den Interessen.

Wenn eine Organisation herausgefordert ist, dann muss sie reagieren oder vielmehr nicht nur reagieren, sondern auch agieren können. Es stellt sich die Frage der Handlungsfähigkeit.

Das betont auch die ungarische Regierung, wiederum in ihrem Papier zur Nationalen Sicherheitsstrategie. Ungarn glaubt an eine erfolgreiche Europäische Union, die die

Souveränität ihrer Mitgliedstaaten respektiert und deren einhellige Unterstützung genießt, die die Entwicklung der europäischen nationalen Gemeinschaft fördert, die globale Wettbewerbsfähigkeit des Kontinents verbessert und gemeinsame Herausforderungen wirksam abwehrt. Dem liegt ein ganz bestimmtes, souveränistisches Verständnis der Rolle der EU zugrunde. Der ungarische Parlamentspräsident hat das eben auch betont.

Das bringt uns zur Frage: Ist die EU ein handlungsfähiger Akteur? Wir müssen nicht Kissingers Bonmot bezüglich der Telefonnummer von Brüssel bemühen, aber wer übernimmt heute Leadership, wer hat Aspirationen? Es ist schon bezeichnend, wenn ein polnischer Außenminister moniert, dass Deutschland zu wenig Leadership in der EU zeigt. Frankreich versucht, Leadership zu zeigen, aber dort haben wir immer die Diskrepanz zwischen Worten und Taten. Interessant ist, dass auch kleinere Länder, zum Beispiel auch Ungarn, versuchen, Leadership auszuüben. Aber generell stellt sich die Frage: Wie kann die EU neu aufgestellt werden mit mehr Leadership? Leadership ist wichtig, um in einem instabilen Umfeld Stabilität garantieren zu können.

Und das führt natürlich zur Frage des Umgangs mit Russland. Infolge des Ukrainekriegs hat die EU 13 Sanktionspakete erfolgreich implementiert, allerdings mit nationalen Ausnahmen. Auch die NATO verspricht Unterstützung. Die Gefahr ist natürlich: too little, too late. Das ist darauf zurückzuführen, dass eine gewisse Spaltung in der EU zu beobachten ist in den Fragen, wie viel Hilfe der Ukraine zukommen soll und welche Zielstellung damit verbunden ist. Hier stehen zum Beispiel Deutschland, Polen und Tschechien gegen Ungarn und die Slowakei. Und was

natürlich noch ganz fehlt, ist eine Vorstellung vom Danach. Welche neue Sicherheitsordnung wollen wir haben?

Der ungarische Ministerpräsident hat diese Dichotomie letzten Freitag in einem Interview sehr gut zum Ausdruck gebracht: „Die entscheidende Frage ist nicht, wer links und wer rechts ist, sondern da die europäischen Führer immer mehr in den Krieg marschieren, sehe ich, dass die entscheidende Frage nicht die Parteizugehörigkeit sein wird, sondern wer für den Frieden ist und wer für den Krieg ist. Wenn ich also heute in Ungarn mit jemanden darüber sprechen müsste, zum Beispiel mit den Wählern, würde ich sagen, dass ich es gut fände, wenn wir in Ungarn und auch in anderen europäischen Ländern möglichst viele Friedenspolitiker ins Europaparlament schicken würden und möglichst wenige Kriegspolitiker. Das ist der entscheidende Punkt. Und wie es dann zu einer Links-Rechts-Kooperation kommt oder was Stärke sein wird, ist auch diskussionswürdig, aber das Wichtigste ist, diese Kriegspsychose zu stoppen, denn wir marschieren in einen Krieg.“ Es stellt sich die Frage: Ist das eigentlich eine realistische Position oder eine pragmatische Position?

Generell steht die regelorientierte Wertordnung vor einer großen Herausforderung und die Einhaltung von Regeln für Groß und Klein ist eigentlich im Interesse aller europäischen Staaten, insbesondere auch der mitteleuropäischen Staaten. Wir stehen vor der Herausforderung und müssen diese ausbalancieren, gleichzeitig können wir beobachten, dass Kapazitäten geschaffen werden. Ungarn investiert sehr stark in den Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie, die die Sicherheitsbedürfnisse des Landes befriedigen kann. Wenn wir Ungarn anschauen, dann muss man feststellen, dass die Lage geopolitisch determiniert ist. Es ist



ein Land, das zwischen Russland, Deutschland und auch der Türkei liegt, und die ungarische Politik erkennt das an. Ich zitiere wieder aus dem Bericht zur Sicherheitskonzeption: „Im Rahmen unserer außenwirtschaftlichen Ambitionen messen wir der Stärkung unserer Beziehungen zu den Ländern und regionalen Organisationen im postsowjetischen Raum, im Nahen Osten, in Asien, Afrika und Lateinamerika große Bedeutung zu. Bei der Entwicklung diese Beziehungen stützen wir uns auf die Vorteile unserer Mitgliedschaft



in der NATO und der EU, wobei wir unser Bündnis und EU-Solidarität im Auge behalten und keine ideologischen Vorbedingungen stellen. Unser Interesse ist es, die internationale Wirtschaftskonjunktur aufrechtzuerhalten.“ Also: Absicherung der Politik des Kleinstaates durch EU und NATO und eine möglichst offene Wirtschaftspolitik.

Ein weiteres großes und gemeinsames Interesse der mitteleuropäischen und europäischen Staaten ist die Stabilität an der Grenze. Wir haben heute bereits über die EU-Erweiterung in den Westbalkan gesprochen. Die Frage stellt sich aber: Zu welchen Bedingungen soll diese EU-Erweiterung stattfinden? Ist die EU erweiterungsfähig oder muss

sie sich reformieren? Und welche Arten von Reformen wären dann nötig? Ungarn präferiert ganz klar eine souveränistische Position, die weiterhin eher auf Intergouvernementalismus anstelle von Supranationalismus setzt. Wir sind damit wieder bei der Grundfrage und eben auch dem Grundkonflikt der EU nach der Finalität: Bis wohin soll die Integration gehen? Und reicht jetzt der Druck aus, um die notwendigen Reformen anzugehen? Wir sehen es gerade beim Migrationspakt, der nächste Woche im Parlament verabschiedet werden soll: Es ist wieder offen und unsicher, ob es überhaupt zu einer Verabschiedung kommt.

Ein weiteres gemeinsames Interesse ist schließlich die wirtschaftliche Entwicklung. Covid hat die Bedeutung der Zusammenarbeit aufgezeigt. Generell lässt sich festhalten, dass die nach 2004 beigetretenen Mitgliedsländer in wirtschaftlicher Hinsicht sehr erfolgreich waren. Sie wurden zu wichtigen Partnern innerhalb der EU, insbesondere auch für Deutschland. Dennoch haben wir Einkommensunterschiede zur alten EU, was immer wieder zu einer gewissen Unzufriedenheit führt. Als generelles Interesse lässt sich festhalten, dass für die mitteleuropäischen Länder, insbesondere für die Länder der Visegrád-Gruppe (V4), weiterhin eine starke Kohäsionspolitik wichtig sein wird. Parallel sehen wir die große Spannung zwischen dem Green Deal und der Energiesicherheit. Wie wollen wir Wohlstand garantieren, wo sich die Energiepreise stark erhöht haben? Eine Diskussion ist absehbar: Welche Energieträger sollen in Zukunft eingesetzt werden und kommt es zu einer Aufweichung des Green Deals?

Abschließend möchte ich noch kurz zu den bevorstehenden Wahlen kommen. Das Eurobarometer besagt, dass die

EU-Mitgliedschaft von den Bewohnern der einzelnen Staaten positiv bewertet wird. 72 Prozent der Bevölkerung glauben, dass ihr Land von der Mitgliedschaft profitiert. 60 Prozent sind sogar optimistisch hinsichtlich der Zukunft der EU und 70 Prozent glauben, dass die EU Auswirkungen auf ihr Alltagsleben hat. Dies alles führt dazu, dass das Interesse an der Europawahl und die Wahlbereitschaft höher sind als das letzte Mal. Die aktuellen Prognosen gehen davon aus, dass das rechte Lager gestärkt aus den kommenden Europawahlen hervorgeht. Sie werden wahrscheinlich ihre Mandate von einem Fünftel auf ein Viertel steigern können. Die traditionellen Parteien werden verlieren. Die große Frage ist, wie kohäsiv die rechten Parteien zusammenarbeiten können. Sind neue Konstellationen möglich? Wenn ja, dann können wir schon gewisse Formen beobachten. In der Agrarpolitik sahen wir zum Beispiel erste neue Kooperationen und Konstellationen. Generell werden die Wahlen entscheiden, wie es um den internen Zusammenhalt bestellt sein wird.

Damit komme ich zum Schluss. Die Handlungsfähigkeit der EU wird eine große Herausforderung darstellen, hierfür werden Reformen notwendig sein. Noch besteht kein Konsens hinsichtlich dieser Reformen. Wer wird das dafür nötige Leadership übernehmen? Der Umgang mit Russland, China und den USA sind weitere offene Fragen. Die Stabilität im Westbalkan und in Nordafrika muss garantiert, die Wettbewerbsfähigkeit der EU verstärkt werden. Trotz dieser großen Herausforderungen bin ich Optimist. Meine Prognose ist: Die EU wird weiterhin Probleme haben. Wieso ist das optimistisch? Weil es zeigt, dass die EU auch in Zukunft existieren wird, dass um sie gestritten wird, dass es zu ihr keine Alternative gibt. Und Mitteleuropa wird dabei eine wichtige Rolle spielen. «



Impulsreferat

„Mitteleuropa – ein vages Projekt mit schwer definierbaren gemeinsamen Interessen“

Prof. Dr. Jiří Pehe

» Meine sehr geehrten Damen und Herren, vielleicht sollte ich im Rahmen meiner Vorstellung noch kurz darauf hinweisen, dass ich nicht nur Direktor der New York University in Prag und politischer Kommentator bin, sondern auch regelmäßig in New York doziere. Wie ich in diesen beiden Rollen feststelle, ist das Bild von Mitteleuropa, insbesondere aus amerikanischer Sicht, ein ganz anderes als das, welches wir von Mitteleuropa aus sehen. Ich glaube, das

ist bedeutsam, denn oft werden in unserer Diskussion über Mitteleuropa Dinge hervorgehoben, die aus unserer Sicht wichtig sein mögen, die aber aus einem breiteren geopolitischen Blickwinkel, etwa aus dem amerikanischen, weniger wichtig sind.

Ich möchte meinen Beitrag also mit der Feststellung beginnen, dass Mitteleuropa, wenn wir es aus einer globaleren

Perspektive betrachten, heute kein völlig verständliches Konzept ist. Historisch gesehen entstand Mitteleuropa als ein gemeinsamer Kultur- und Ideenraum, der aus der späten österreichisch-ungarischen Monarchie hervorging, und obwohl es nach 1989 verschiedene Versuche gab, das Konzept von Mitteleuropa wiederzubeleben, ist es meiner Meinung nach nicht wirklich gelungen. Eben deswegen, weil sich herausstellte, dass es nicht genügend gemeinsame Interessen, nicht genügend Geistes- und Kulturgeschichte gibt, um die Prozesse zu überwinden, die zur gleichen Zeit in jedem der Länder divergieren, also die Länder auseinanderziehen.

Wir wissen, dass Mitteleuropa – darunter Tschechien und die Slowakei – sein Streben nach dem Aufbau liberaler Demokratie und Marktwirtschaft mit dem Slogan „Zurück nach Europa“ verbunden hat. Das war ein sehr starker Slogan und er galt als selbstverständlich.

Er enthielt die These, dass wir zu Europa gehören, dass wir durch einen historischen Fehler aus Europa herausgerissen worden sind und dass wir deshalb auf dem Weg zurück nach Europa sind. Dieser These war auch die erste Phase der postkommunistischen Transformation verpflichtet.

In dem Slogan steckte auch, dass der Weg zurück nach Europa ein Weg zurück in den Westen sei. Dies bezog sich zum Teil auf das berühmte Essay von Milan Kundera und auf seine These, dass die Länder Mitteleuropas geistig und kulturell schon immer ein Teil des Westens gewesen seien. Aber durch die sowjetische Vorherrschaft bezie-

hungsweise durch die Ausdehnung des Sowjetimperiums nach Mitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg sei es zu dem gekommen, was Kundera „die Entführung Mitteleuropas“ nannte. Für Kundera war Mitteleuropa historisch gesehen ein Teil des Westens, der durch einen historischen Irrtum nach Osten entführt worden war. Sein Essay war eigentlich ein Appell an die westlichen Demokratien, sich dies zu vergegenwärtigen und nicht zu vergessen, dass ein Stück des Westens in Form von Mitteleuropa ein Bestandteil des Sowjetimperiums ist.

Nach 1989 hatten wir die Möglichkeit, unsere Rückkehr nach Europa zu testen. Es stellte sich heraus, dass dies ein recht komplizierter Prozess ist. Denn es erfordert Anstrengungen auf zwei grundlegenden Ebenen – zum einen eine komplexe Transformation des politischen und wirtschaftlichen Systems in den einzelnen Ländern, das heißt die Etablierung liberaler Demokratie, Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit sowie einer lebensfähigen Zivilgesellschaft; und zum anderen eine sukzessive Eingliederung in transnationale Strukturen, die Westeuropa als Instrument für engere Zusammenarbeit, Integration und Sicherheit geschaffen hat, während Mitteleuropa noch ein Teil des Sowjetimperiums war.

Ich würde behaupten, dass diese beiden Ebenen der Transformation in Mitteleuropa fast 35 Jahre nach dem Fall der kommunistischen Regime teilweise immer noch eine Art unvollendetes Projekt sind. Liberale Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind in einigen Ländern bedroht und trotz der formalen Integration Mitteleuropas in Organisationen wie die EU und NATO hat sich diese Region in den letzten Jahren den Ruf erworben, ein nicht besonders solidarisches Mitglied dieser transnationalen Organisationen zu sein.

Nach dem Fall des kommunistischen Regimes schuf das postkommunistische Mitteleuropa die Visegrád-Gruppe als Hauptinstrument für die Formulierung und Vertretung seiner Interessen. Die Zusammenarbeit innerhalb dieser Gruppe sollte eine schnellere Integration Polens, Ungarns und der beiden Nachfolgestaaten der Tschechoslowakei, der Tschechischen Republik und der Slowakei, in die EU und NATO gewährleisten. Dies wurde auch erreicht, aber die Gruppe sah sich nach dem Erreichen dieses Ziels mit allerlei Problemen konfrontiert.

Einer der Gründe für diese Probleme war der Aufstieg nationalistisch-populistischer politischer Kräfte in einigen Ländern. Diese haben die Schwierigkeiten, mit denen ihre Länder aufgrund der komplexen, für den EU-Beitritt jedoch erforderlichen Reformen konfrontiert waren, genutzt, um die EU zu kritisieren. Sie argumentierten, die Länder Mitteleuropas würden nicht als gleichberechtigt behandelt, Westeuropa ignoriere ihre historischen Interessen. Gleichzeitig begannen einige dieser Kräfte zu argumentieren, dass das Modell der liberalen Demokratie für ihre Länder



nicht geeignet sei. Ungarn kehrte sich am weitesten von den Prinzipien ab, die Westeuropa definieren und zum genetischen Code der EU gehören. Aber Probleme mit der Rechtsstaatlichkeit hatten auch Polen und die Slowakei. Und wie wir wissen, hat die Europäische Kommission aufgrund dieser Probleme gegen Polen und Ungarn ein Verfahren nach Artikel 7 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union wegen Verstoßes gegen die Rechtsstaatlichkeit eingeleitet.

Es ist wohl kein Zufall, dass es vor allem in den mitteleuropäischen Ländern, in denen Einparteienregierungen an die Macht gekommen sind, zu Angriffen auf die liberale Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Zivilgesellschaft und die unabhängigen Medien gekommen ist. Dies war zu verschiedenen Zeiten in Polen, Ungarn und der Slowakei der Fall. Die Tschechische Republik ist als einziges Land in der Region bisher eine Ausnahme geblieben, denn sie wurde während ihres gesamten Bestehens von fragilen, aus mehreren Parteien bestehenden Koalitionsregierungen regiert.

Die Visegrád-Gruppe hat versucht, gemeinsame Interessen für ihre Mitglieder zu formulieren, aber in einer Situation, in der gegen zwei der vier Länder, Polen und Ungarn, ein Verfahren der Europäischen Kommission wegen Verletzung der Rechtsstaatlichkeit und der EU-Werte lief, war das nicht ganz einfach. Um 2015 fanden alle vier Länder schließlich einen gemeinsamen Nenner in ihrem starken Widerstand gegen die europäische Migrationspolitik. Leider hat sich auch in diesem Fall wieder einmal gezeigt, dass diese neuen EU-Mitglieder relativ wenig verhandlungs- und kompromissfähig sind und dass ihnen eine gegenseitige Solidarität als einer der Bausteine der EU relativ

fremd ist. Oder besser gesagt: Diese Länder sahen die Solidarität eher als eine Einbahnstraße. Sie haben zwar Wirtschaftshilfe und institutionelles Know-how der EU in Anspruch genommen, waren aber nicht bereit, den Rest der EU zu unterstützen, vor allem in Krisensituationen nicht.

Die Interessen Mitteleuropas in Europa wurden daher nie klar definiert. Das einzige klar definierte Interesse war der stellenweise kompromisslose Kampf gegen die Migration, der aber in gewisser Weise „künstlich“ war – nämlich von Populisten als Instrument zur innenpolitischen Mobilisierung konstruiert, weil diese Länder von der Migrationskrise 2015 viel weniger bedroht waren als die westlichen Länder.

Sie waren keine Zielländer. Ihr hartnäckiger Kampf gegen die Migration verschaffte den Visegrád-Ländern in Westeuropa den Ruf einer eher unkooperativen, zuweilen sogar rückschrittlichen Gruppierung.

Außerdem ist die Visegrád-Gruppe in letzter Zeit ziemlich unberechenbar geworden. Zunächst hat sie sich sichtlich aufgeteilt in die Nachfolgestaaten der ehemaligen Tschechoslowakei und in Polen und Ungarn, die Probleme mit der Europäischen Kommission wegen der Bedrohung der Rechtsstaatlichkeit hatten. Nach den Wahlen in Polen und der Slowakei im vergangenen Jahr kam es zu einer Neuverteilung, sodass der proeuropäische Block nun aus Polen und der Tschechischen Republik besteht, während in der Slowakei eine nationalistisch-populistische Regierung

regiert, die in Ungarn einen Verbündeten hat. Die Gruppe wurde durch die russische Aggression in der Ukraine weiter gespalten. Während die Tschechische Republik und Polen stark pro-ukrainisch und russlandkritisch sind, lehnen die Slowakei und Ungarn weitere Militärhilfe für die Ukraine ab und fordern Friedensverhandlungen mit Russland.

Die Interessen Mitteleuropas in Europa, wenn wir Mitteleuropa mehr oder weniger als Visegrád-Gruppe definieren, sind daher unklar und inkonsistent. Beim letzten Treffen der Ministerpräsidenten der Visegrád-Gruppe in Prag gab es Spekulationen darüber, ob die Staats- und Regierungschefs zu dem Schluss kommen werden, dass die Gruppierung keinen Sinn mehr hat. Letztendlich hat die Gruppe überlebt, aber die tschechische Regierung sagte daraufhin die regelmäßigen Sitzungen mit der slowakischen Regierung wegen der Haltung der slowakischen Regierung zur Krise in der Ukraine ab.

Es ist somit schwierig, von einer Einigkeit und Fähigkeit, sich über die grundlegendsten Dinge zu einigen, zu sprechen. Tschechische Politiker thematisieren offen, dass die Visegrád-Gruppe zwar nicht völlig abgeschrieben ist und es durchaus sinnvoll ist, sie beizubehalten, aber eher zur Umsetzung von Zielen auf niedrigerer Ebene, wie beispielsweise bei verschiedenen Infrastrukturprojekten – nicht aber für die Formulierung von politischen Fragen. Die Formulierung gemeinsamer Interessen wird auch durch die starke Asymmetrie der Visegrád-Gruppe erschwert. Polen hat mehr Einwohner als die anderen drei Länder zusammen und nach der Niederlage der antideutschen PiS-Regierung bei den letzten Wahlen ist für Polen die

Zusammenarbeit mit Deutschland und Frankreich innerhalb des Weimarer Dreiecks interessanter als die Zusammenarbeit innerhalb der angeschlagenen Visegrád-Gruppe.

Mitteleuropa hat auch andere Formate der regionalen Zusammenarbeit ausprobiert, zum Beispiel das Austerlitz-Format, in dem sich Tschechien, die Slowakei und Österreich engagieren, das aber nicht sonderlich aktiv ist. Vor allem nach den Wahlen in der Slowakei im letzten Jahr gibt es in der Gruppierung eine gewisse Dissonanz. Polen hat wiederum vor einigen Jahren unter der PiS-Regierung die Drei-Meere-Initiative ins Leben gerufen, an der die mitteleuropäischen Länder von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer und der Adria beteiligt sind. Aber auch hier war die Zusammenarbeit bisher eher dürftig, denn die Drei-Meere-Initiative ist von Anfang an mit einer dominierenden Rolle Polens konzipiert worden.

Alles in allem stellt daher das postkommunistische Mitteleuropa weiterhin ein eher schwaches Element in der EU dar. Das liegt nicht nur an den bereits erwähnten Problemen mit der liberalen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, sondern auch daran, dass es Probleme hat (zumindest einige seiner Mitglieder), sich in eine produktive Zusammenarbeit innerhalb der EU und der NATO zu begeben.

Man könnte argumentieren, dass es seinen Ruf in Westeuropa hätte verbessern können, wenn es in seiner Opposition gegen die russische Invasion in der Ukraine geeint

geblieben wäre. Aber selbst in diesem Fall hat es sich in Länder gespalten, die die Ukraine unterstützen und Länder, die in der Ukraine-Frage lavieren.

Die Tschechische Republik gehört derzeit zum prowestlichen Block innerhalb Mitteleuropas, aber die Parlamentswahlen im nächsten Jahr könnten das ändern. In den Umfragen liegt nämlich die populistisch-nationalistische ANO-Bewegung vorn, deren Anführer, der Milliardär Andrej Babiš, keinen Hehl daraus macht, dass er den Weg Ungarns und der Slowakei gehen möchte. Sein Sieg würde nur die Tatsache unterstreichen, dass der Weg Mitteleuropas nach Europa möglicherweise nicht so offensichtlich und einfach ist, wie sich das die erste Generation der führenden mitteleuropäischen Politiker nach 1989 vorgestellt hat.

Da diese Konferenz die Interessen Mitteleuropas im Hinblick auf die bevorstehenden Europawahlen zu reflektieren versucht, könnte ich vielleicht abschließend sagen, dass Mitteleuropa eine wichtige Rolle bei der zu erwartenden Stärkung der rechten oder nationalkonservativen Kräfte in der EU spielen wird. In all diesen Ländern scheint sich ein sehr gutes Ergebnis für diese Kräfte abzuzeichnen – selbst in Polen, wo zwar die frühere Opposition gewonnen hat, sodass Polen jetzt sehr pro-europäisch ist, aber die PiS-Partei stark bleibt. In der Tschechischen Republik wird diese Wahl mit ziemlicher Sicherheit die ANO-Bewegung gewinnen, in der Slowakei die Bewegung SMER, die die Slowakei seit den Wahlen im letzten Jahr regiert und in Ungarn die Partei Fidesz. Die Zahl der euroskeptischen Abgeordneten im Europäischen Parlament wird also durch den Erfolg ihrer Parteien in Mitteleuropa steigen.





Warum solche Parteien gerade in Mitteleuropa so erfolgreich sind, ist ein anderes Thema. Aber es ist jedoch bemerkenswert, dass die Länder Mitteleuropas zu einer Neuverteilung der Kräfte im Europäischen Parlament beitragen werden. Selbst die stärkste tschechische Regierungspartei, die ODS, ist im Grunde genommen euroskeptisch. Sie ist derzeit Mitglied der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer, in der sie mit der polnischen Partei PiS sowie mit der stärksten italienischen Regierungspartei Fratelli d'Italia zusammenarbeitet. Diese Fraktion könnte aus den Europawahlen deutlich stärker hervorgehen und es bleibt abzuwarten, ob sich ihr auch andere Parteien aus der mitteleuropäischen Region anschließen werden. Die tschechische ANO-Bewegung von Andrej Babiš ist derzeit Mitglied der liberalen Fraktion. Nach den Änderungen in ihrer Politik gehört sie aber nicht mehr dorthin. Kürzlich kam sogar eine Kommission der europäischen Liberalen nach Prag, um zu schauen, ob die ANO-Bewegung noch zu ihrer Fraktion passt. Es ist nach den Wahlen nicht auszuschließen, dass die ANO-Bewegung zu einer der Fraktionen wechselt, die die konservativ-nationalistischen Parteien im Europäischen Parlament vertreten.

Wenn wir heute über Mitteleuropa sprechen, dann stellt sich eigentlich die Frage, worüber genau wir sprechen. Ob es der Traum Kunderas von einer gemeinsamen Kultur, von intellektuellen Inhalten ist, von etwas, was in der späten österreichisch-ungarischen Periode eine klare Identität hatte, oder ob es eine ziemlich disparate Gruppe von mehreren mitteleuropäischen Staaten ist, die zwar den Willen haben, eine gemeinsame Sprache zu suchen und zu kooperieren, wie wir es letzten Endes auch auf diesem Forum sehen können, die dabei aber im Moment nicht sehr erfolgreich sind. Dankeschön. «





Podiumsdiskussion





*Blick über den Sächsischen Landtag auf den Erlweinspeicher
und das Internationale Congress Center Dresden*



Podiumsdiskussion

*Dr. Zuzana Lizcová
(Moderatorin)*



Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger



Oliver Schenk



Prof. Dr. Jiří Pehe



→ **Dr. Zuzana Lizcová (Moderatorin):**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist für mich eine große Ehre, die Moderation des Nachmittags übernehmen zu dürfen. Mein Name ist Zuzana Lizcová, ich bin an der Karls-Universität Prag tätig und beschäftige mich vor allem mit Deutschland.

Gerne möchte ich Ihnen zunächst noch einmal unsere Gäste der Podiumsrunde vorstellen. Zu Beginn hörten Sie bereits einführende Impulsreferate von Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger und Prof. Dr. Jiří Pehe. Herr Pállinger ist Rektor der Andrassy Universität in Budapest und zugleich

leitet er den Lehrstuhl für politische Theorie und europäische Demokratieforschung. Herr Pehe kommt, wie ich, aus Prag und leitet dort die New York University. Zudem möchte ich zwei weitere Podiumsgäste begrüßen. Oliver Schenk ist in Sachsen als Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Medien tätig und ist zugleich Chef der Sächsischen Staatskanzlei. Und last but not least heiße ich meinen geschätzten Kollegen Dr. Kai-Olaf Lang von der Stiftung Wissenschaft und Politik aus Berlin willkommen.

Wir haben zu Beginn zwei interessante Statements gehört. Was mich besonders gefreut hat, ist, dass sich



Dr. Kai-Olaf Lang



beide in ihrer Analyse der historischen Entwicklung und der heutigen Lage Mitteleuropas unterschieden haben, was natürlich ein sehr guter Ausgangspunkt für die weitere Diskussion ist. Ich würde Sie gerne bitten, Herr Schenk, auf die beiden Referate zu reagieren und auf die Frage einzugehen, die im Raum steht: Gibt es so etwas wie gemeinsame mitteleuropäische Interessen?

→ Oliver Schenk:

Zunächst vielen Dank, dass dieses Forum wieder stattfindet und dass ich heute mit dabei sein kann. Ich finde, es ist eine unglaublich wichtige Plattform und ich

kenne keine andere Veranstaltung, die diesen Kreis so zusammenbringt, auch über die Jahre hinweg. Dabei ist das gerade in der heutigen Zeit enorm wichtig. Danke auch an die beiden Impulsgeber, die meiner Meinung nach schon wichtige Punkte angesprochen und uns mit auf den Weg gegeben haben. Denn es ist ganz zentral für das Funktionieren von Europa, in einer sich schnell und auch sehr dramatisch verändernden Welt, dass wir gemeinsame Themen identifizieren, über die wir dann auch unseren Einfluss geltend machen.

Mir ist vor ein paar Tagen noch einmal dieses Zahlenspiel deutlich geworden: In den 27 Ländern der Europäischen Union leben 450 Millionen Einwohner – damit haben wir die drittgrößte Bevölkerungszahl weltweit, nach Indien und China. Das bevölkerungsreichste Land Europas, Deutschland, mit seinen 83 Millionen steht in diesem Ranking auf Platz 19. Ich finde, das sagt eigentlich alles. Wenn wir uns zusammentun, wenn wir unsere Interessen bündeln, haben wir ganz andere Möglichkeiten, die Dinge so zu gestalten, wie wir sie uns vorstellen. Und hier kommt der Punkt: Was sind unsere Vorstellungen? Ich glaube, da sind wir in Mitteleuropa bei vielen Dingen nah beieinander, stärker vielleicht als in anderen Regionen Europas. Deshalb ist es klug, dass man sich abstimmt, dass man eine gemeinsame Haltung entwickelt. Das haben wir doch in wunderbarer Art und Weise gerade in diesen letzten Jahrzehnten nach den Revolutionen in Mittel- und Osteuropa gesehen, wie wichtig es war, auch seine eigenen Interessen zu formulieren. Aber ich will uns ermutigen, das noch stärker zu tun und gemeinsame Themen auch zu identifizieren.

Ich will es praktisch festmachen an einem Thema, das wir hier für uns im Freistaat Sachsen identifiziert haben. Wir sind ein Land, eine Region, die nach 1989/1990 sehr stark auf Innovation und Forschung gesetzt hat. Sie finden heute wahrscheinlich keine andere Region in Deutschland mit einer solchen Dichte an Forschungseinrichtungen wie im Freistaat Sachsen – Max-Planck-Institute, Leibniz-Institute, Fraunhofer, Hochschulen, die teilweise zu den besten Hochschulen in ganz Deutschland und Europa zählen. Wir haben gesagt, nur wenn wir in der Forschung gut sind, wenn wir eine innovative Region sind, gelingt es uns, unseren eigenen Weg zu gehen und mit Innovationen auch neue wirtschaftliche Betätigungen und Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen; nicht eine Kopie des Westens zu sein als verlängerte Werkbank, sondern selbst Impulse zu setzen. Das ist uns an vielen Stellen sehr gut gelungen. Vielleicht am

eindrücklichsten hier in der Region mit der Mikroelektronik. Da finden Sie in Europa keine andere Region mit einer solchen Stärke. Sie finden wohl auch kaum eine Region in Europa, die so stark im Automobilbau ist.

Das gelingt aber nur, weil wir das auch in Kooperation mit unseren Nachbarn tun. Beim Thema Wissenschaft haben wir eine sehr konkrete Idee in den letzten Jahren realisiert. Ich bin sehr dankbar, dass der kürzlich verstorbene Wolfgang Schäuble, einer der Mitinitiatoren, gemeinsam mit unserem Ministerpräsidenten Michael Kretschmer deutlich gemacht hat, dass wir eine Vernetzung vor allem im Bereich der Wissenschaft und dieser Institutionen, die ich gerade beschrieben habe, brauchen. Denn Wissenschaft ist etwas, was natürlich nur grenzüberschreitend funktioniert. Leider fließen da die europäischen Forschungsmittel zu 70, 80 Prozent in das klassische Westeuropa. Das wenigste Geld geht in unsere Region, weshalb wir hier stärker werden müssen in der Vernetzung unserer Aktivitäten. Wir haben doch hervorragende Hochschulstandorte. Wir haben tolle Institute. Das ist etwas, wo wir auch als Region mit unseren eigenen Fähigkeiten und unserem eigenen Wissen Europa stärken können und damit Mitteleuropa stark machen – zu einem Player, der ganz Europa wettbewerbsfähiger macht und von dem Europa profitiert.

→ **Dr. Zuzana Lizcová (Moderatorin):**

Vielen Dank für Ihre Analyse. Die Frage an Sie, Herr Lang: Herr Schenk hat davon gesprochen, dass wir in Mitteleuropa vielleicht näher beieinanderstehen als in anderen europäischen Regionen. Würden Sie diese Meinung teilen oder denken Sie, dass die Interessen



eher auseinandergehen? Und vielleicht gleich noch eine zusätzliche Frage: Was kann der mitteleuropäische Teil Europas dem Rest der EU anbieten?



→ **Dr. Kai-Olaf Lang:**

Das sind schon sehr anspruchsvolle Fragen, auf die es keine einfachen Antworten gibt. Wenn wir von der Region Mitteleuropa sprechen, ist das bereits ein abendfüllendes Programm. Das Forum Mitteleuropa hat eine Ausprägung der Region dargestellt. Wenn wir aber auf die Landkarte schauen, dann können wir natürlich auch ganz andere geografische Bezugsräume finden. Mitteleuropa ist ein Konstrukt, das sehr unterschiedliche Ausprägungen hat, wo auch sehr viel Dynamik drin ist – ein Mosaik. Aber sicherlich ist so etwas wie die Visegrád-Gruppe ein politisch institutionalisierter Ausdruck.

Wenn wir fragen, was verbindet, dann sind es drei Themen. Das Thema Wettbewerbsfähigkeit, Binnenmarkt, Innovationskraft ist eines der Kernthemen der nächsten Jahre. Da würde ich mich Herrn Schenk anschließen. In der Europäischen Union wird aus gutem Grunde jetzt über eine neue Industriepolitik gesprochen. Es ist interessant, dass es ein Treffen zwischen den Wirtschaftsministern dreier ganz wichtiger Mitgliedsstaaten gab, Deutschland, Frankreich, Italien. Wo ist da eigentlich Mitteleuropa in diesen Debatten? Wir wissen, wenn es um das östliche Mitteleuropa geht, da haben wir doch eine seit Jahren andauernde Diskussion über diesen Begriff der „Middle Income Trap“. Das betrifft Länder, die sich sehr erfolgreich vor allem auch nach der EU-Mitgliedschaft entwickelt haben. Aber wie überwinden sie diese Schwelle, dass sie hochinnovative Ökonomien werden, weil sie ja nicht mehr mit billiger Arbeitskraft konkurrieren können und wollen? Was wir in den letzten Jahren sehen, und was auch Herr Schenk sehr plastisch darstellte: Der Staat hat eine neue Rolle – nicht im Sinne eines neuen Dirigismus, aber es gibt einen Begriff des „Entrepreneurial State“. Richard Grieveson vom Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsforschung hat diesen in einer Studie vor Kurzem noch mal verwendet. Er sagte, es gibt diesen „Entrepreneurial State“, also im Grunde das Zusammenwirken von Administration, von Wissenschaftsclustern und von Wirtschaft, die gefragt sind, um Innovationsimpulse zu generieren. Und genau das haben wir in vielen Bereichen in Mitteleuropa beobachtet, aber es gibt da auch noch viele Reserven.

Das zweite verbindende Thema ist insbesondere für die Visegrád-Staaten, für die ostmitteleuropäischen Länder

in der EU, bedeutsam. Die große Frage des Zusammenhalts und der Einheit ist überhaupt nicht vom Tisch. Das war ja der Cantus firmus der letzten Jahre, auch nach dem Brexit: Die EU muss sich konsolidieren. Jetzt haben wir wieder eine sehr stark zurückgekehrte Reformdebatte, auch über Vertiefung. Ich glaube, das östliche Mitteleuropa hat einen kategorischen Imperativ. Man möchte keine Binnendifferenzierung in der Europäischen Union, man möchte keine neue Kernbildung, sondern man möchte einen starken Binnenmarkt, der im Grunde inklusiv tätig ist und auch ein politisches Setting, das hier nicht diskriminiert.

Als drittes Thema sehe ich die Erweiterungspolitik. Der Begriff der Mitte ist ja ein sehr interessantes Konzept, politisch wie geografisch. Wir haben in Deutschland

auch diesen Topos von der Mittellage, die auch immer sehr schwierig war für Deutschland. Ostmitteleuropa befindet sich in einer komischen Zwischenstellung. Es ist im Grunde in der Mitte des Kontinents, aber es hat keine politische Zentralität bislang, sondern es läuft immer wieder Gefahr, in eine Semiperipherie hineinzugleiten und ein neuer Rand zu sein. Das sehen wir jetzt mit dem Krieg noch einmal sehr eindrucksvoll. Aber wir sehen es natürlich auch an dem in die europapolitische DNA dieser Länder eingebrannten Ziel, nicht am Rand zu sein. Und deswegen sind die mitteleuropäischen Länder dafür, dass die Region des Westbalkans Teil der Europäischen Union wird und dass das östliche Trio – zumindest die Ukraine und Moldau – sich ebenfalls der Europäischen Union anschließt. Das sind, glaube ich, starke Kräfte des Verbindenden.



Damit ich es etwas verkompliziere, gibt es darüber hinaus drei Elemente, bei denen es schwieriger wird. Gerade bei der Betrachtung der Visegrád-Länder gibt es drei Herausforderungen, die gemeinsam sind für alle Länder in der Region, aber die Schlussfolgerungen, die daraus gezogen werden, sind verschieden. Der erste Punkt betrifft den Aufbau und auch die Zukunft der Europäischen Union. Da gilt für alle Länder in der Region: Wir wollen eine regelbasierte Gemeinschaft, aber wir wollen kein Majorz-Europa. Die Frage nach starken Regeln ist zweischneidig. Grundsätzlich sind mittelgroße und kleinere Länder daran interessiert, dass es eine effektive Regel-durchsetzung gibt, damit man nicht zum Spielball der Großen wird. Aber natürlich stellen sich einige Länder aus der Region die Frage: Wer macht eigentlich die Regeln? Gibt es hier Dominanzen? Deswegen haben wir zwei unterschiedliche Lager, auch in der Region. Eines sagt, es gibt bislang eine hegemoniale Konstellation durch Deutschland und Frankreich und wir müssen da-gegenhalten. Und das andere Lager strebt ein Co-Leaders-hip an und sagt: Wir wollen im Grunde den Drachen reiten, wir wollen zusammen mit Frankreich, Deutschland und Polen – sprich dem Weimarer Dreieck – versuchen, die Dinge in unserem Sinne zu beeinflussen. Da sehen wir diese eine Ambivalenz.

Die zweite Ambivalenz besteht im Thema Sicherheit und Geopolitik. Es gibt in allen Ländern Mitteleuropas eine ausgeprägte Sicherheitspräferenz nach dem Motto: „Security first“. Das hat etwas mit Lage und mit historischen Erfahrungen zu tun. Aber die Sinnsedimente, die sich abgelagert haben im Laufe der Jahrzehnte und der Jahrhunderte, die Interpretationen,

die man daraus zieht, Spielball der Großen gewesen zu sein, von Russland, von Preußen, von anderen unterjocht gewesen zu sein, das sind ganz andere. Die eine Richtung, Polen und die Tschechische Republik, sagt: Containment, Deterrence, Defense und Decoupling. Das sind die Leitlinien dieses Ansatzes. Die andere Richtung, Slowakei und Ungarn, sagt: Wir brauchen kooperative Sicherheit, selbst und auch mit diesem Russland und wir wollen nicht Entkopplung, wir wollen Diversifizierung und mit möglichst vielen zusammenarbeiten. Das ist ein ganz anderer Ansatz. Es gibt also ein ähnliches Bewusstsein der prekären Situation und eine ähnliche Bedrohungswahrnehmung, aber andere Schlussfolgerungen.

Den dritten und letzten Punkt haben Sie, Herr Pállinger, auch bereits angesprochen: Die Frage der Nachahmung. Was wir in Ungarn sehr stark sehen, was wir in Polen bis zum Herbst letzten Jahres gesehen haben, ist der Versuch, die Politik der Mimesis zu überwinden, also der Imitation des liberalen Westens. Das wollte man nicht mehr. Es gibt den Dualismus zwischen „Wir übernehmen ein Muster des Westens“ und „Wir wollen Muster selber prägen und unseren eigenen Weg gehen“ – das sind zwei grundlegende Ansätze, die wir in Mitteleuropa haben. Die einen sagen, nach dem Motto „Back to the roots“, wir müssen nach unseren eigenen Wurzeln handeln und unser eigenes Profil zu stärken. Die anderen sagen, wir schwimmen mit dem Mainstream mit und versuchen, diesen zu erweitern und in unserem Sinne mit zu prägen. Also haben wir eben doch eine Vielzahl von Gemeinsamkeiten, nach wie vor aber mit diesen mitteleuropäischen Ambivalenzen.

→ Dr. Zuzana Lizcová (Moderatorin):

Danke für die Analyse. Damit würde ich Herrn Pállinger bitten, auf die Frage einzugehen, ob Sie auch die Wettbewerbsfähigkeit und die Innovationsfähigkeit als Elemente ansehen, die in Mitteleuropa speziell ausgeprägt sind und die vielleicht auch als Inspiration für andere dienen können?



→ Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger:

Ich komme eigentlich auch aus der Innovationsbranche. Wenn man an einer Universität tätig ist, dann weiß man, dass Innovation die wichtigste Ressource ist. Gerade in rohstoffarmen Ländern ist das wahrscheinlich derjenige Bereich, in den man am meisten investieren muss. Aber dazu ist eben auch eine Einbettung in Systeme der Kooperation wichtig. Hier sehen wir gerade im europäischen Bereich etwas Fantastisches, das die Europäische Union hervorgebracht hat: das Erasmusprogramm. Wir sehen, wie selbstverständlich es ist, dass

man in unterschiedlichen Ländern studieren kann. Das erweitert nicht nur das Wissen, sondern schafft auch Problemlösungskapazitäten. Meine Universität lebt davon, denn wir haben mit deutschen Universitäten Doppelmaster-Programme, die über Erasmus finanziert werden und wir planen die Gründung einer europäischen Universität für Weiterbildung, mit einem Konsortium von Finnland bis Bosnien-Herzegowina. Wichtig ist Innovation und Vernetzung der Innovation sowie das Schaffen der entsprechenden Verwertungsketten, also in meinem Fall die Durchgängigkeit zum Jobmarkt. Im Falle technischer Universitäten ist natürlich die Anbindung an innovative Industrien, die das auch verwerten können, wichtig.

→ Dr. Zuzana Lizcová (Moderatorin):

Herr Pehe, wenn ich Sie vorhin richtig verstanden habe, waren Sie ein bisschen skeptischer, was die gemeinsamen mitteleuropäischen Interessen betrifft. Können diese Gemeinsamkeiten, die wir gerade genannt haben, die – vor allem politischen – Unterschiede überwiegen?

→ Prof. Dr. Jiří Pehe:

Natürlich kann in der Zusammenarbeit in den Bereichen Innovation, Technologie und Wissenschaft ein gemeinsames Interesse Mitteleuropas gefunden werden. Die Frage ist, inwieweit dies (wenn ich eher auf der pessimistischen Seite bleiben darf) nur ein Wunsch bleibt und inwieweit es der Realität entspricht. Denn wenn wir auf die tatsächliche Leistung Mitteleuropas oder der mitteleuropäischen Länder auf dem Gebiet der Innovation, der Wissenschaft, der Technologie schauen, werden wir wahrscheinlich wenig Erfolge feiern können.

Wenn wir beispielsweise einen Amerikaner oder Franzosen darum bitten würden, zu benennen, was die mitteleuropäische Region in letzter Zeit auf dem Gebiet der Technologie und Innovation geleistet hat, würden wir wahrscheinlich gar keine Antwort erhalten.

Es handelt sich um eine große Aufgabe, die große infrastrukturelle Veränderungen erfordert. Und diesen steht nicht selten politische Inkonsequenz oder ein gewisser politischer Provinzialismus im Wege. Wenn ich die Tschechische Republik als Beispiel nehme: In Tschechien gibt es sicherlich einige bedeutende technologische Initiativen. Die Tschechische Republik befindet sich nun, wie viele andere Länder auch, im postindustriellen Zeitalter und einige Software-Firmen oder die wissenschaftliche Forschung im Bereich der Nanotechnologien funktionieren gut. Aber wenn man sich die Infrastruktur Tschechiens im Detail ansieht, dann ist es nach wie vor so, dass die schnellen Züge von Berlin nach Wien die Tschechische Republik über Bayern umfahren müssen, weil Tschechien nicht in der Lage war, einen Korridor zu bauen, kein komplettes Autobahnnetz hat und so weiter. Es gibt also sicherlich viel Raum für regionale Zusammenarbeit in diesem Bereich, denn es liegt auch im Interesse von Ländern wie Sachsen oder Polen, diese Dinge in der Tschechischen Republik fertigzustellen. Inwieweit dies jedoch Realität ist und nicht nur ein Wunschtraum, darüber lässt sich streiten.

Ein weiteres Problem ist die geringe Qualität der Universitäten. Ich selbst komme aus der akademischen Welt. Alle mitteleuropäischen Top-Universitäten – und damit will ich sie in keinerlei Weise herabwürdigen – befinden

sich auf der internationalen Rangliste der weltweit besten Universitäten im dritten, vierten oder fünften Hundert – von Deutschland abgesehen, denn das ist eine andere Geschichte. Kein Wunder also, dass die Studierenden in den Westen gehen und wenn sie einmal im Westen sind, an westlichen Universitäten, dann bleiben sie auch dort. Das bedeutet eine Talentflucht aus der Region. Es ist auch kein Zufall, dass besonders osteuropäische Länder wie Bulgarien und Litauen, aber auch die Slowakei und Ungarn, unter der Abwanderung von jungen Menschen leiden, die in diesen Ländern keine Beschäftigung finden – nicht einmal in den Bereichen, über die wir hier sprechen. Wenn sich diese Projekte auf rein administrativer Ebene umsetzen ließen, hätten wir vielleicht mehr Erfolg, aber leider werden sie durch



Politik gehindert, die nicht gerade produktiv ist, wenn es darum geht, Mitteleuropa zu einer wirklich kooperierenden Region zusammenzuführen.

→ **Dr. Zuzana Lizcová (Moderatorin):**

Herr Schenk, Sie wollten gleich reagieren?

→ **Oliver Schenk:**

Ich will mich mit dem Befund eigentlich nicht zufriedengeben. Was Sie beschreiben, ist in Teilen sicherlich richtig, aber wir sind ja hier zusammen. Wir wollen ja gerade eine Pressure Group sein, um unsere Interessen zu bündeln und dafür zu werben, dass wir an dieser Stelle besser werden. Ich habe mich zu Wort gemeldet bei dem Thema Infrastruktur. Natürlich müssen wir an dem Thema Infrastruktur intensiv arbeiten, an den Autobahnverbindungen, an den Schienenverbindungen zwischen uns und unseren Nachbarländern. Da gibt es viele Dinge, die ich auch kritisiere, die ich auch einfordere. Hier müssen wir uns mit einer Stimme für eine gemeinsame Entwicklung aussprechen, weil dieses Europa nur dann wettbewerbsfähig bleiben wird, wenn es alle Länder mitnimmt. Und dazu gehören natürlich gute Autobahn-, gute Schienen- und gute Flugverbindungen, besonders nach Mittel- und Osteuropa.

Hier in Deutschland kämpfen wir gerade um eine Eisenbahnverbindung zwischen Berlin und Görlitz. Diese Bahnstrecke hat man uns zugesagt im Zuge des Strukturwandels und nach dem Grundsatz: „Ausstieg aus der Kohle – wir machen diese Region wettbewerbsfähiger“. Es ist mühsam, doch wir kommen da voran. Aber was ich an dieser Debatte kritisiere: Diese Bahnverbindung

Berlin-Görlitz geht im Osten weiter über Krakau und Lemberg nach Kiew. Wir reden doch über die Ukraine als mögliches neues Mitglied Europas. Wenn wir das ernst meinen, dann müssen wir diese Infrastruktur auch ausbauen. Nördlich von Berlin ist es die Anbindung an Skandinavien. Wenn wir mit einer nationalen Perspektive immer nur auf Berlin-Görlitz gucken, kommen wir da europäisch nicht weiter. Wir brauchen diesen europäischen Gedanken. Damit werden wir jedoch nur erfolgreich sein, wenn wir uns gemeinsam zu Wort melden und unsere Interessen gemeinsam formulieren. Andere tun das.

In der Berliner Politik geht der Blick natürlich als Erstes nach Frankreich, nach Italien, nach Spanien. Wir müssen dafür sorgen, dass der Blick auch nach Mitteleuropa geht. In den vorletzten Koalitionsverhandlungen 2017 hat man sofort zu Beginn ein deutsch-französisches Forschungsinstitut für Künstliche Intelligenz vereinbart. Anschließend musste unser Ministerpräsident drei Wochen lang dafür kämpfen, dass man in diesem gleichen Koalitionsvertrag ein deutsch-polnisches Forschungsinstitut für Künstliche Intelligenz verankert. Das Schöne ist: Das deutsch-polnische Institut gibt es jetzt, das deutsch-französische noch nicht. Aber das muss eine Selbstverständlichkeit werden. Und deshalb werbe ich sehr dafür, dass wir uns gemeinsam auch immer wieder Projekte und Vorhaben überlegen, mit denen wir diese Region stark machen.

Das lässt sich nicht nur am Beispiel der Wissenschaftsplattform, sondern auch am Beispiel der Infrastruktur entwickeln. Wir haben hier eine große Chance. Hier sind – mit Ausnahme Chinas – Sachsens wichtigste Handelspartner versammelt. Die Plätze zwei, drei, vier

und fünf nehmen mitteleuropäische Länder ein. Das hat viel zu tun mit der Stärke des Automobilbereichs. Ich habe eben über das Thema Mikroelektronik gesprochen. Wir haben jetzt gerade wieder eine Großinvestition im Freistaat Sachsen angekündigt bekommen, TSMC, dem größten Chiphersteller der Welt. Manche sagen, es wäre derzeit das wichtigste Unternehmen der Welt, weil es das einzige ist, das über die Fähigkeit verfügt, diese superspeziellen Chips herzustellen. Zeitgleich hat sich aber auch Intel dafür entschieden, in Breslau einen hohen Milliardenbetrag zu investieren. Wir können jetzt die ganze Region zwischen Dresden und Breslau zu einer europäischen Vorzeigeregion für das Thema Mikroelektronik entwickeln, etwa hinsichtlich der Zulieferstruktur. Wir sprechen viel mit den Kolleginnen und

Kollegen in Prag über Taiwan. Die sind auf den Weg, dort eine attraktive europäische Partnerregion zu werden. Aus Prag kann man mittlerweile mit einem Direktflug nach Taiwan fliegen. Das alles sind Verbindungen, die wir gemeinsam entwickeln. Das geht nur, wenn wir uns gemeinsam als Region verstehen.

Diese Region Deutschlands war vor 100 Jahren die reichste Region in ganz Deutschland. Wir waren bei 130 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, heute sind wir bei 80 Prozent. Das waren wir, weil wir zusammengearbeitet haben, weil die Vernetzung existierte. Da müssen wir wieder hinkommen. Es ist unsere Aufgabe heute in der Politik, diese Vernetzung, diese Projekte zu identifizieren, unsere Interessen zu bündeln und dafür bei



unseren nationalen Regierungen und gemeinsam auch in Brüssel zu werben. Wir tun das in dem guten Interesse, dass am Ende ein starkes Mitteleuropa zu einem starken Europa beitragen wird. Den Brain Drain müssen wir umkehren. Wir müssen diese Region so attraktiv machen, dass die Menschen dort hingehen, dass sie bleiben und ihre Chancen suchen – und zwar im Zusammenwirken mit den Nachbarregionen.

→ **Dr. Zuzana Lizcová (Moderatorin):**

Ja bitte, Herr Pehe.

→ **Prof. Dr. Jiří Pehe:**

Natürlich stimme ich Ihnen hier zu und an den genannten Projekten muss weitergearbeitet werden. Wenn dies nicht nur innerhalb der Mikroregionen geschieht, umso besser. Das Problem ist, dass es bisher politisch nicht sonderlich gelingt. Mitteleuropa verfügt sicherlich über das technologische und wissenschaftliche Potenzial, um noch besser abzuschneiden, weil es über viele gebildete Menschen verfügt. Es ist ja auch eine Region, wo das eine gewisse Tradition hat. Aber wenn wir das Gesamtbild Mitteleuropas betrachten, ist es meiner Meinung nach derzeit sehr oft schwierig, wichtige gemeinsame Nenner zu finden.

Deshalb habe ich vorhin betont, dass man die Vise-grád-Gruppe nicht notwendigerweise begraben oder abschreiben sollte. Wenn sie wegen Unstimmigkeiten auf politischer Ebene nicht mehr funktioniert, kann sie für diese Art von Projekten genutzt werden, weil sie bereits gut etabliert ist und auf niedrigeren Ebenen funktioniert. Leider habe ich den Eindruck, dass zum jetzigen

Zeitpunkt – vielleicht wird es in zwei, drei oder fünf Jahren anders sein – die Ambitionen größer sind als die tatsächlichen Fortschritte.

→ **Dr. Zuzana Lizcová (Moderatorin):**

Ich habe auch an Ihre Worte gedacht, Herr Schenk, dass die Verkehrsverbindungen für uns in Mittel- und Osteuropa sehr wichtig sind. Manchmal haben aber auch Sie als Vertreter Sachsens das Problem, Ihr Interesse deutschlandweit durchzusetzen, wie im Bundesverkehrswegeplan oder in vielen anderen Bereichen. Auch Projekte wie die Ansiedlung der Chipindustrie werden kritisch hinterfragt, wegen damit verbundener Subventionierungen und vielleicht auch noch anderen Konsequenzen. Mich würde in diesem Zusammenhang von Ihnen interessieren, Herr Lang: Sind diese neuen Projekte nun sehr positiv zu sehen oder sind Sie eher skeptisch?

→ **Dr. Kai-Olaf Lang:**

Es ist wie so oft ein gemischtes Bild. Wir haben natürlich ein starkes mitteleuropäisches, deutsch-ostmitteleuropäisches Wirtschaftscluster. Ich erinnere mich daran, als sich mit der Finanzkrise die Debatten um ein Kerneuropa intensiviert hatten und unter anderem aus Paris die Forderung kam, die Eurozone solle das neue politische Gravitationszentrum und der eigentliche Kern werden, da kam bei mir und auch bei vielen anderen der Gedanke: Sind jetzt wirklich einige der Länder am Rande der Eurozone im Kern und einige aus Mitteleuropa, die nicht in der Eurozone sind, aber die sehr stark verflochten und wirtschaftlich sehr gut im Rennen sind, nicht viel näher dran? Also auf der einen Seite sind wirtschaftliche Verflechtungen natürlich immer etwas, was uns verbindet.

Andererseits, und ich glaube, das ist etwas, was wir politisch managen müssen in den nächsten Jahren, sind wir auch in einer Konkurrenzsituation. Wir sind in einer Situation, die geprägt ist von Transformationen. Da hat natürlich Mitteleuropa gewisse Vorsprünge gegenüber West- oder Südeuropa, weil wir in Mitteleuropa seit 1989 in einem ständigen Anpassungs- und Umbauprozess sind. Das ist nicht so völliges Neuland wie für viele im alten Westen der Europäischen Union. Aber wenn wir Schlüsselemente, tragende Säulen der Wirtschaft und auch der Industrie betrachten, wie etwa die schon erwähnte Automobilindustrie, da wird es nicht nur um den Umbau gehen, da werden auch die tragenden Säulen der Volkswirtschaften in vielen unserer Länder „redimensioniert“ werden, um das mal euphemistisch auszudrücken. Wie das dann ausgeht, das wird sehr unterschiedlich sein, wenn zum Beispiel Standortentscheidungen getroffen werden und wenn es um Jobabbau geht. Länder wie Ungarn haben da relativ gute Chancen in der Automobilindustrie. Schauen wir auf große Investitionsprojekte, was beispielsweise CATL oder Samsung im Bereich Batterien, der riesige chinesische Autohersteller BYD oder auch deutsche Firmen in diesem Bereich gerade in Ungarn machen. Ich weiß nicht, ob das anderswo, einschließlich Deutschland, auch so glatt laufen wird. In diesem Prozess wird es sicherlich Diskussionsbedarf zwischen den Ländern geben.

Es gibt ja im weiteren östlichen Mitteleuropa eine von Polen angestoßene Initiative, die Drei-Meere-Initiative. Sie entstand aus einer richtigen Idee heraus, Infrastrukturverbindungen (Verkehr, Energie, Digitales) von Nord nach Süd zu stärken, die es historisch in der Form nicht

gab. Die Initiative umfasst zwölf Länder zwischen Ostsee, Adria und Schwarzem Meer. Sie dümpelt derzeit etwas vor sich hin, aber sollte man das nicht mit Blick auf die Länder, über die wir gerade sprechen, stärker fokussieren und eine mitteleuropäische Konnektivitätsplattform gründen? In dem Rahmen könnte eine Bestandsaufnahme zu Verkehrsverbindungen und Lücken erfolgen und die Thematik auf unterschiedlichen Ebenen – regional, nationalstaatlich, europäisch – effektiver angegangen werden.

Vor dem Hintergrund der EU-Ratspräsidentschaften von Ungarn und Polen haben wir insofern auch eine gewisse Chance, sowohl die Themen Infrastruktur als auch Wettbewerbsfähigkeit ein wenig stärker zu akzentuieren. Ich beobachte europäische Politik unterdessen ja schon als Veteran. Manche erinnern sich noch daran: Es gab mal die Lissabon-Strategie. Die Europäische Union wollte bis 2020 der global wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum werden. Das ist jetzt nicht so ganz glatt gelaufen, weshalb ich zurückhaltend bin, was diese großen Projekte angeht. Aber den Punkt Infrastruktur und Konnektivitätspolitik noch einmal stärker zu fokussieren, wäre angesichts der Ratspräsidentschaften ein mitteleuropäisches Thema.

→ **Dr. Zuzana Lizcová (Moderatorin):**

Herr Pállinger, wir haben gerade gehört, dass Herr Lang eher skeptisch mit Blick auf den Erfolg dieser neuen Initiativen ist. Mich würde dazu eine Einschätzung aus ungarischer Sicht interessieren und ob die Themen tatsächlich eine Rolle für die ungarische Ratspräsidentschaft spielen werden.

→ Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger:

Ich war 1990 das erste Mal in Ungarn und bin im Land herumgereist. Man ist damals von Budapest fast nicht runtergekommen in den Süden Ungarns. Es war also von Anfang an sehr wichtig, dass die ungarischen Regierungen sehr stark in den Ausbau der Autobahninfrastruktur investiert haben. Als ich dann zurückgekommen bin, haben wir in Ungarn gute Autobahnen gehabt. Ich glaube, die haben es am eigenen Leib tatsächlich erfahren, was es bedeutet, in Infrastruktur zu investieren. Herr Lang hat es bereits angesprochen und ich glaube, er hat recht. Man muss auf der einen Seite tatsächlich die Ideen entwickeln, aber wir dürfen nicht in einen Staatsdirigismus hineinfahren. Mittelosteuropa, Osteuropa hat Erfahrungen gemacht mit Planwirtschaft. Das funktioniert definitiv nicht. Hier gilt es also, die Balance zu finden. Der Entrepreneurial State ist, denke ich, ein gutes Konzept. Der Staat unterstützt hier Initiativen, die dazu führen, dass sich die Wirtschaft frei entfalten kann. Aber wichtig ist: Im Bereich der Infrastruktur werden wir natürlich sowohl Europa als auch die Staaten brauchen. Und ja, Ungarn wird selbstverständlich in der Präsidentschaft gerade auf die Themen Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und eben auch Infrastruktur sowie Energie großen Wert legen.

→ Dr. Zuzana Lizcová (Moderatorin):

Vielen Dank. Herr Schenk, es wurde viel von Transformationen gesprochen. Wir haben bisher aber nur sehr wenig über die Transformation der Energiepolitik geredet, also darüber, dass sich eigentlich ganze Wirtschaftszweige verändern müssen. In Sachsen und Tschechien gibt es viel Erfahrung mit der Transformation

der Schwerindustrie. Sehen Sie da auch einen Raum für Kooperation oder können Sie auf gute Projekte blicken, die schon gemeinsam gelungen sind?

→ Oliver Schenk:

Auch die Fragen der Transformation, die im Raum stehen, werden wir am Ende viel besser bewältigen, wenn wir gemeinsam Anlauf nehmen. Und wir haben hier vor einigen Jahren auch eine sehr erfolgreiche Initiative gestartet. Sie nennt sich Kohleplattform und vernetzt die Regionen, die vom Strukturwandel betroffen sind, auf europäischer Ebene. In dem Rahmen haben wir unsere Interessen artikuliert und dafür gesorgt, dass man auf europäischer Ebene dafür sensibilisiert ist und diesen Regionen auch zusätzliche finanzielle Mittel dann bereitgestellt hat, um diesen Transformationsprozess zu gehen. Es ist immer klug, diese Interessen zu bündeln und dann auch deutlich zu machen, dass man für solche Themen Unterstützung braucht. Das halte ich ganz aktuell für eine enorm wichtige Aufgabe für uns in diesem Kreis. Denn nach der Europawahl geht es sehr schnell sehr konkret darum, wie die künftige Finanzplanung und die künftige Kohäsionspolitik in Europa aussehen werden; was die Kriterien sind, nach denen die Mittel verteilt werden.

Wir versuchen gerade zusammen mit unseren Nachbarregionen dafür zu werben, dann man das Thema Demografie stärker in den Blick nimmt. Das ist ein Thema, das uns überall in Mitteleuropa zentral herausfordert, heute schon und in Zukunft noch sehr viel mehr. Wir gehören leider zu den ältesten Regionen weltweit. Wir werden immer weniger Menschen in den nächsten



Jahren im Erwerbsleben haben. Die Zahl derjenigen, die in den Ruhestand tritt, wird deutlich zunehmen. Ältere Bevölkerungen sind, das sagen zumindest heutige Studien, weniger risikofreudig, weniger engagiert, auch was Unternehmensgründungen betrifft. Auf Dauer birgt das natürlich eine große Gefahr in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit. Deshalb muss man jetzt dagegen arbeiten und überlegen: Wie sehen die Konzepte aus, um diesen demografischen Wandel vernünftig zu gestalten? Das wird Geld kosten, das braucht Unterstützung. Deswegen werben wir sehr dafür, dass wir auf der europäischen Ebene diesen Prozess mit abfedern, damit wir in der Lage sind, mit der herausfordernden Situation konstruktiv umzugehen. Auch das ist etwas, was nicht eine Region, ein Land alleine hinbekommt.

→ **Dr. Zuzana Lizcová (Moderatorin):**

Ich möchte kurz noch einmal auf einen Punkt von Ihnen zurückkommen, Herr Pehe. Sie haben gesagt, dass sich der Blick auf Mittel- und Osteuropa aus den Vereinigten Staaten von dem hiesigen sehr unterscheidet. Wir haben in den letzten Jahren gesehen, dass sich dieser Blick auch gewandelt hat, auch im Zuge der russischen Invasion in der Ukraine. Worin unterscheidet sich der Blick und konnten Sie dahingehend Entwicklungen ausmachen?

→ **Prof. Dr. Jiří Pehe:**

Diese Betrachtungsweisen unterscheiden sich aus mehreren Gründen. Der Blick aus Amerika, aber vielleicht auch aus China, ist globaler. Hier liegt der Blick darauf, ob – um beim Thema technologischer und wissenschaftlicher Veränderungen zu bleiben – hier in Mitteleuropa etwas heraussticht. Etwas Überdurchschnittliches, was sich sofort als Chance oder als wichtige Entwicklung erkennen lässt. Und hier muss ich feststellen, gibt es wichtige Pläne und Projekte auf dem Papier, die aber oft Wunschvorstellungen bleiben, weil die mitteleuropäische Politik kaum in der Lage ist, sie zu verwirklichen. Es liegt noch viel Potenzial brach.

Die Transformation nach 1989 bestand im Wesentlichen darin, dass die mitteleuropäischen Länder zu Montagebetrieben für große Konzerne geworden sind, sowohl in der Automobilbranche als auch in anderen Bereichen. Dabei hat man die Dimension der Innovation und der Entstehung eigener mittelständischer Unternehmen, die ihre eigenen Innovationen hätten hervorbringen können, vernachlässigt. Gleiches trifft für die bereits

erwähnte regionale Zusammenarbeit zu. So bleibt die Region für die großen supranationalen Unternehmen interessant, wenn es etwa darum geht, Autos zusammenzubauen. Aber aus amerikanischer Sicht bleibt sie weniger spannend, wenn es um Innovationen oder neue Technologien geht.

Es ist natürlich sehr erfreulich, wenn ein großes und in der technologischen Entwicklung führendes amerikanisches Unternehmen beschließt, in Mitteleuropa zu investieren. Ich fürchte jedoch, dass es bisher relativ wenig solche Chancen gibt. Kürzlich veröffentlichte die deutsche Zeitung Die Welt eine umfassende Analyse über die Tschechische Republik. Darin wird beschrieben, dass Tschechien sein Transformationspotenzial ausgeschöpft hat, das in der Anwerbung ausländischer Investitionen beispielsweise aus dem Bereich Automobilindustrie und Montage bestand und dass nicht genug dafür getan wurde, neue einheimische technologische und wissenschaftliche Initiativen zu starten. Dies könne für Tschechien letztlich „teuer werden“. Ich freue mich sehr, dass es hier eine Reihe von Initiativen gibt, die dies zu ändern versuchen. Aber ich hatte gehofft, dass wir im Bereich Infrastruktur und technologische Entwicklung 35 Jahre nach dem Einsetzen der Transformation schon etwas weiter wären.

→ **Dr. Zuzana Lizcová (Moderatorin):**

Nun wurde darüber gesprochen, dass das Potenzial von Mittel- und Osteuropa in den Transformationsjahren weitgehend ungenutzt blieb. Herr Lang, In letzter Zeit haben wir auch sehr oft gehört, dass man der Stimme Mittel- und Osteuropas nicht zuhören will oder wollte.

Das bezieht sich insbesondere auf die Staaten, die vor Putins Regime gewarnt haben. Würden Sie sagen, dass Mittel- und Osteuropa jetzt mehr gehört wird?

→ **Dr. Kai-Olaf Lang:**

Es hängt natürlich damit zusammen, dass wir auch Metamorphosen Ostmitteleuropas hatten. Wenn wir zurückschauen auf die Zeit nach 1989, dann waren die Visegrád-Länder zunächst einmal die Avantgarde der Reformen. Wenn wir jetzt die Jubiläen NATO-Beitritt 1999, EU-Erweiterung 2004 anschauen – das waren Visegrád-Länder (bei der NATO war es die Slowakei zunächst noch nicht). Und das ist kein Zufall. Ich glaube, das war das erste Image dieser Länder – die „Front-runners of reform“, verbunden mit einem sicherheitspolitisch fundierten Nahverhältnis zu den USA. Dann kam eine Phase mit der Finanzkrise, in der sich Ostmitteleuropa zum neuen Norden bekannte und sagte, dass hier die Finanzen solide wären, man fiskal konservativ und sehr nah an Deutschland dran wäre. Man sah darin eine Chance, aus dieser komischen Ost-West-Teilung endlich einmal herauszukommen. Dann kam die Migrationskrise und Visegrád geriet sehr deutlich auf den Radarschirm der deutschen Politik und anderer EU-Mitgliedsstaaten, als eine Region, die in einem wichtigen Politikfeld sehr dezidiert ihre Interessen vertritt und um die man nicht so leicht herumkommen kann. Das war sicherlich eine Form des Emanzipationsversuches gegenüber Deutschland. Heute haben wir schließlich diese ganzen sicherheitspolitischen Fragen, die erkennen lassen, dass Ostmitteleuropa wie die EU in a nutshell sehr divers ist, mit unterschiedlichen Zugängen zu Russland, mit unterschiedlichen Zugängen zu den Reformen, die man in der Europäischen Union braucht.

Aber um auf die Frage zurückzukommen – diejenigen Länder, die im Lager der Warner und Mahner waren, die haben natürlich jetzt ein sehr starkes Standing, weil sie sagen können: Wir hatten die Expertise, unsere Analyse war richtig, eure Ansage aus Berlin, dass die Flugzeuge, die nach Moskau gehen, Zwischenstopp in Warschau und anderswo machen, hat nicht funktioniert und wir waren nicht mit am Tisch, beispielsweise beim Normandie-Format. Das ist jetzt schon anders dargestellt. Wir sehen da aber auch – so ähnlich die Herausforderungen auch sein mögen im großen Feld Wirtschaft, Innovation, Infrastruktur –, dass es eben doch eine explizite sicherheitspolitische Trennlinie gibt, die die Region durchschneidet. Frau Lizcová, Sie selber sagen hin und wieder, dass das stark mit innenpolitischen Konstellationen zusammenhängt. Wenn die Wahlen in der Slowakei anders ausgegangen wären, hätten wir da eine andere Positionierung. Wenn Andrej Babiš die nächsten Wahlen in der Tschechischen Republik gewinnt, ist da vielleicht auch eine leicht andere außen- und sicherheitspolitische Positionierung zu erwarten. Das sehen wir auch in diesen politischen Formierungen, die sich da andeuten. Viktor Orbán, der ungarische Ministerpräsident, hielt vor einigen Wochen eine Rede vor der ungarischen Handelskammer, wo er auch von Visegrád als nach wie vor wichtig sprach, aber wo er sagte, eigentlich arbeite Ungarn darauf hin, eine Allianz der Souveränisten zu etablieren. Er nannte vier Länder: Ungarn, die Slowakei, Serbien und in Zukunft nach den Parlamentswahlen auch Österreich. Das ist der eine Ansatz – Länder, die in der Sicherheitspolitik, im Umgang mit Russland doch relativ nah beieinander sind. Und als der polnische Ministerpräsident Tusk kürzlich von seiner Amerikareise

zurückkam, sagte er, dass für Polen in der europäischen Region zwei Formate maßgeblich wären – das Weimarer Dreieck mit Deutschland und Frankreich und die Zusammenarbeit mit den Ostseestaaten, den Nordics und den baltischen Ländern. Daran sehen wir, dass zumindest potenziell angelegt, jenseits von Visegrád und jenseits der anderen Formate, die Jiří Pehe nannte, Konstellationen mit potenzieller Zugkraft denkbar sind, die sehr stark sicherheitspolitisch unterlegt sind.

→ Dr. Zuzana Lizcová (Moderatorin):

Herzlichen Dank. Ich denke, es ist an der Zeit, dass auch das Publikum zu Wort kommt.





→ Publikumsbeitrag (Sebastian Fischer):

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mein Name ist Sebastian Fischer. Ich gehöre der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag an und ich komme aus einer kleinen Stadt im Norden von Sachsen, Großenhain. Wir haben in Großenhain ein Gewerbegebiet und es war vor knapp einem Jahr in Rede, ob sich dort ein Rüstungskonzern ansiedeln möchte – innovative Technologie, zum jetzigen Zeitpunkt und bei dieser Weltlage für uns alle notwendig. Es bildete sich eine Gegnerschaft gegen diese Ansiedlung, noch bevor sie überhaupt feststand, von ganz links bis ganz rechts. Ich erlebe das häufiger bei Ansiedlungen, wenn Firmen kommen, innovative Technologien umgesetzt werden sollen, dass zuerst einmal eine Abwehrhaltung da ist, eine Abwehrhaltung durch Räte in den kommunalen Parlamenten, eine Abwehrhaltung durch politische Verantwortungsträger vor Ort und auch eine Abwehrhaltung breiter Bevölkerungskreise.

Jetzt haben Sie viel über Innovation gesprochen und Sie haben alle recht damit, dass das die Zukunft ist. Nur, wie kann es gelingen, so breite Bevölkerungskreise auf diesem Weg in die innovative Gesellschaft mitzunehmen, dass sich ein breiter gesellschaftlicher Konsens findet? Wie machen Sie das in unseren Nachbarländern? Vielleicht machen Sie einiges besser als in Deutschland.

→ Dr. Zuzana Lizcová (Moderatorin):

Das ist vielleicht in erster Linie eine Frage für einen Politiker, Herr Schenk.

→ Oliver Schenk:

Nun wurden die Nachbarländer angesprochen, aber ich kenne die Debatte hier und sehe es mit Sorge. Das genannte Beispiel kenne ich sehr gut, weil ich selbst viel vor Ort war und dort mit den Kommunalverantwortlichen gesprochen, auch geworben habe, dass es auch eine andere Sichtweise gibt als die, die dort an den Tag gelegt worden ist. Aber vielleicht allgemeiner gesprochen, weil es auch ein bisschen in dieses Demografie-Thema reinspielt, was mir wirklich Sorge bereitet: Wo ist die Neugier, wo ist die Lust, auch neue Dinge zu gestalten, auch wirklich eine aktive Rolle in diesen Veränderungsprozessen zu spielen, an der Spitze mit dabei zu sein? Hier befürchte ich, dass andere auf diesem Planeten derzeit besser, entschlossener, schneller sind. Ich glaube ja nicht, dass es eine innere Haltung der Menschen in unseren Regionen ist. Das hat vielmehr mit den politischen Rahmenbedingungen zu tun. Und das ist etwas, was uns alle momentan unglaublich beschwert, dass wir sehen, wie lähmend, wie zäh viele politische Entscheidungen sind, egal ob auf der europäischen oder nationalen Ebene.

Es gibt zu viel Bürokratie, die uns lähmt. Da müssen wir besser werden. Denn wir sehen ja, dass andere Regionen schneller zu Entscheidungen kommen und Geschwindigkeit und Verlässlichkeit in Entscheidungen ganz wichtig sind für global agierende Unternehmen. Das gilt es aufzubrechen. Und das ist auch ein berechtigter Kritikpunkt. Wir brauchen in Zukunft Entscheidungsmechanismen, die diese 27 Länder schneller in die Lage versetzen, auf Herausforderungen zu reagieren und die richtigen Akzente zu setzen. Ganz konkret zeigt sich das an dem Beispiel, das Herr Fischer beschrieben hat.

Vielleicht noch ein Beispiel aus dem Bereich Verkehrsinfrastruktur. Ein tolles Projekt ist die Durchtunnelung des Erzgebirges, um eine Bahnverbindung zwischen Berlin, Dresden, Prag und dann weiter nach Wien zu schaffen. An dieser Strecke wird gearbeitet, ganz hier in der Nähe wird gerade festgestellt, wo diese Trasse langgehen soll. Und neulich hörte ich dazu, dass alles im Zeitplan liege und gut vorangehen würde. Da habe ich gedacht: Ist ja super, das hört man nicht bei allen Infrastrukturprojekten und wahrscheinlich kann man Anfang des nächsten Jahrzehnts ganz schnell mit dem Zug nach Prag reisen. Pustekuchen, die Realität sieht anders aus. Wenn das alles schnell geht, dann reden wir über das Jahr 2042. Das sind natürlich große Projekte, aber wir sind noch 20 Jahre davon entfernt, dass wir uns in Dresden in den Zug setzen und in viel kürzerer Zeit in Prag sind. Und da müssen wir natürlich besser werden.

→ **Dr. Zuzana Lizcová (Moderatorin):**

Ich will die Nachbarländer nicht außen vorlassen. Ich finde diese Frage der Durchsetzung der Innovationen in

der Politik ganz wichtig. Herr Pállinger, können Sie uns sagen, wie das in der Praxis in Ungarn aussieht und – vielleicht auch als politischer Theoretiker – ob es dafür Konzepte gibt, wie man es besser machen kann?

→ **Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger:**

Vielleicht kann man gerade im Hinblick auf die Rüstungsindustrie sagen, dass Ungarn einen Dankesbrief an Deutschland schicken könnte, denn Rüstungsbetriebe wie Rheinmetall siedeln sich in Ungarn an und werden auch aktiv von der Regierung angesiedelt. Das geht natürlich, weil Ungarn ein zentralistischer Staat ist mit starkem Durchgriffsrecht, der solche Investitionen erklären kann im nationalen Interesse. Dann kann so etwas relativ schnell verwirklicht werden. Also hier sehen Sie jetzt ein Problem der Staatsorganisation in Deutschland. Mit einem starken Föderalismus und dann auch einer starken Protestkultur in der Bürgergesellschaft hat man natürlich das Problem, dass dagegen protestiert werden kann. In Ungarn gibt es viel stärker eine zentrale Lenkung, was wiederum den Vorteil hat, dass man schnell ist. Aber der Staat liegt natürlich nicht immer richtig.

Wenn Sie mich als politischen Theoretiker fragen, dann komme ich mit meinem Lieblingsthema. Ich bin ja auch Schweizer und wir haben dort direkte Demokratie. Direkte Demokratie erfordert, damit sie funktioniert, eben Konsultationsprozesse, bei denen es um etwas geht. Also wenn man tatsächlich Ansiedlungen vornehmen möchte, dann ist es am besten, Sie beziehen die Zivilgesellschaft mit ein und machen auch die Vorteile erkennbar. Dabei handelt es sich häufig auch um Vorteile monetärer Art. Bei Ansiedlungen kommt Steuersubstrat

auch vor Ort. Man muss diese Rückkopplungsschleifen schaffen, damit die Entscheidungen, die der Staat, aber auch die Bürger fällen, auch von den Bürgern gemerkt werden und sie ein gewisses Maß an Selbstverantwortung erfahren. Eine wichtige Frage ist natürlich, ob Sie etwas föderalistisch oder zentralistisch organisieren – das hat historische und auch praktische Auswirkungen. Da würde ich mich hüten, zu sagen, normativ ist dieses oder jenes besser. Das sind unterschiedliche Staatskulturen und auch Nationalkulturen.

→ **Dr. Zuzana Lizcová (Moderatorin):**

Danke. Gibt es weitere Fragen? Vorerst nicht, dann frage ich: Herr Schenk, Sie haben viel über die Zusammenarbeit mit Polen und Tschechien gesprochen, weil wir Nachbarländer sind. Können Sie noch ein bisschen mehr sagen über die Zusammenarbeit von Sachsen, Ungarn und der Slowakei? Gibt es da Projekte?

→ **Oliver Schenk:**

Ich hatte ja schon erwähnt, dass hier unsere wichtigsten Handelspartner im Raum versammelt sind – vielleicht ist die Zusammenarbeit mit Polen und Tschechien noch etwas intensiver, weil sie unmittelbar über die Grenze hinweg läuft. Aber auch Ungarn und die Slowakei zählen, sowohl was Importe nach Sachsen als auch Exporte aus Sachsen betrifft, zu den Top Fünf oder Sechs. Hier bestehen ganz enge Bindungen. Das ist noch einmal verstärkt und gefördert worden durch die Entwicklungen in den letzten Jahren in bestimmten Industrien.

Für uns ist jetzt wichtig, dass wir den Blick nach vorne richten. Wir müssen uns immer sagen: Was jetzt Status

quo ist, das haben unsere Vorgänger auf den Weg gebracht und wenn wir auch in 2030, 2040 eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit guten Strukturen haben wollen, müssen wir jetzt in diese Zukunftsfelder gemeinsam investieren. Und was sind die Themen, die in der Zukunft für unsere Gesellschaften, für unser Wirtschaftsleben eine große Rolle spielen werden? Ich habe eben schon einige genannt, aber dazu gehören beispielsweise auch die Biotechnologie, Lebenswissenschaften, Künstliche Intelligenz und deren Geschäftsfelder. Das möchte ich gerne auch mit unseren Nachbarländern auf den Weg bringen und blicke da nach Ungarn, in die Slowakei, aber auch ins Baltikum hinein. Da gibt es unglaublich viel Know-how, Wissenschaft und Unternehmen, die Lust haben, etwas zu machen. Sachsen ist eine Region, die auch gerne von diesen Ländern genutzt wird, um den Zugang zum westeuropäischen Markt zu erschließen. Bei uns gibt es attraktive Möglichkeiten für Investitionen, häufig gibt es bei uns auch noch mal andere Unterstützungsmöglichkeiten als andernorts und man hat diesen Zugang auf den westdeutschen und westeuropäischen Markt. Wenn wir mit einer solchen Strategie die nächsten Jahre angehen, dann werden wir das festigen können, was die Importe und Exporte in diese Region betrifft. Aber man muss sich dazu verständigen, man muss daran arbeiten.

Wie eng wir mittlerweile vernetzt sind, haben wir während der Pandemie sehr schmerzhaft erfahren, als plötzlich die Grenzen geschlossen wurden. Viele von uns haben dann erst einmal realisiert, wie eng die Beziehungen zu unseren Nachbarländern eigentlich sind – weil plötzlich Lieferketten nicht mehr funktionierten, weil häufig Personen gar nicht mehr über die Grenzen kamen, die

aber beiderseits der Grenze unglaublich wichtig waren. Das hat gezeigt, wie sehr wir zusammengewachsen sind und ist für mich Ermutigung und Anreiz, an diesen Themen weiterzuarbeiten, denn das ist für uns alle hier im Saal und in unseren Ländern die Zukunft.

→ **Dr. Zuzana Lizcová (Moderatorin):**

Herr Lang, Sie möchten ergänzen?

→ **Dr. Kai-Olaf Lang:**

Nur ein paar kleine Splitter, auch zu der Frage von Herrn Fischer zur Erhöhung der Akzeptanz vor Ort. Das geht natürlich, indem man den Leuten zeigt, dass dabei auch etwas für sie überkommt. Es gibt doch hier und da im Falle lokal strittiger Themen, wie dem Bau von Windkraftanlagen oder auch kleineren Solarkraftwerken, die Möglichkeit, dass die Betreiber eine gewisse Abgabe ins Gemeindesäckel zahlen. Das ist nicht abstrakt und versickert nicht irgendwo im Steuersystem aus Sicht der Bürger, sondern hier kann man sagen, dass die Gemeinde etwas davon hat. Hier wird der Mehrwert sichtbar, auch wenn ich weiß, dass man Investoren nicht zu viel aufdrücken kann. Das könnte ein Mosaikstein sein, mit dem man Akzeptanz erhöhen kann.

Als Ergänzung noch zum Thema Energie, Energieträger, Energiepreise und künftige Rohstoffe – wir haben dieses „schöne“ sächsisch-tschechische Thema Lithium. Da sehen wir natürlich auch, wie schwierig das ist. Zum einen besteht hier ein Riesenpotenzial. Das ist eine Region, die im Grunde eine Weltmacht ist, was das Lithiumvorkommen angeht. Zum anderen hat das ökologische Auswirkungen. Natürlich muss man da die

Bevölkerung auf beiden Seiten mitnehmen. Insofern ist das, glaube ich, ein instruktives Beispiel, wie dann die Konfliktlinien laufen werden. Das ist dann nicht deutsch-tschechisch, sondern teilweise vertikal. Es ist natürlich ein Element, das langfristig sehr schön in diesen Bereich Energiewende passt.

Lassen Sie mich kurz einige Sätze zu dem Thema Innovation und Wettbewerbsfähigkeit sagen. Man kann heute in polnischen Zeitungen lesen, dass Polen in einem wichtigen Index (FDI) für die Attraktivität ausländischer Direktinvestitionen zum ersten Mal weltweit unter den Top 25 gerankt ist. Das hängt mit Effekten wie Nearshoring zusammen. Da muss man natürlich dranbleiben, weil viele Standortfaktoren, über die wir sprachen – Energiepreise, Demografie – das wieder unterminieren können, aber es ist für mich ein Beispiel, dass eine hohe Attraktivität in der Region besteht.

Und ein allerletzter Punkt: Die Europäische Union hat eine Strategie für wirtschaftliche Sicherheit verabschiedet. Hier geht es um die Fragen: Wie schützen wir unsere Volkswirtschaften besser vor dem Durchtrennen von Lieferketten? Wie machen wir uns resilienter gegenüber externen Schocks? Ich glaube, das muss auf allen Ebenen angegangen werden. Dieses Papier der Europäischen Kommission ist vielleicht das am wenigsten wichtige. Das ist eine Leitmarke, aber die Mitgliedsstaaten und auch die Regionen und natürlich die Wirtschaft selbst spielen hier eine immense Rolle. Die Frage der Robustheit und Resilienz der Volkswirtschaften und Lieferketten gehört in den Kernbereich unserer mitteleuropäischen Diskussion, wenn es um Wirtschaftsfragen geht.

→ Dr. Zuzana Lízová (Moderatorin):

Vielen Dank, damit wurden ganz wichtige Punkte angesprochen. Ich möchte kurz noch einmal auf das Thema Lithium zurückkommen, weil das auf den ersten Blick wie ein sachliches Thema erscheint. Aber wir haben schon in der tschechischen öffentlichen Debatte gesehen, dass es ganz stark von den Populisten missbraucht worden ist. Meine Frage an Herrn Pehe wäre: Wird Mittel- und Osteuropa auch dadurch gelähmt, dass es einen so starken Einfluss von populistischen Politikern gibt, die in einer solchen Sache dann Falschmeldungen schüren und das Thema für sich nutzen wollen?

→ Prof. Dr. Jiří Pehe:

Ich fürchte, das Thema Lithium ist ein sehr gutes Beispiel dafür, wie ein Thema dem politischen Populismus zum Opfer fallen kann. Wir wissen, dass es von Andrej Babiš vor den letzten Wahlen missbraucht wurde. Er beschuldigte die ihm entgegenstehenden Parteien, den Lithiumabbau an multinationale Konzerne verkaufen zu wollen und verkündete, dass das Lithium in tschechischer Hand bleiben solle – also kam dabei das Motiv des Nationalismus auf. Und jetzt wird es schon wieder diskutiert. Dass über solche grundlegenden Fragen, die ein hohes Maß an Rationalität und Sachlichkeit erfordern, auf diese Weise diskutiert wird, schafft neue Probleme. Konkret ist es dann zum Beispiel schwierig, die tatsächlichen ökologischen Auswirkungen zu erklären, weil einige politische Parteien sie übertrieben darstellen.

Etwas Ähnliches passierte im Falle des Angebots von Volkswagen, eine Gigafabrik für Batterien in der Nähe von Pilsen zu bauen. Auch das wurde zum Gegenstand

eines Streits zwischen dem populistischen Lager und der Regierung. Am Ende gab es keine Fabrik. Volkswagen zog sich zurück, wenn auch formal aufgrund einer angeblich geänderten Strategie im Bereich der Produktion von Elektroautos. Meiner Meinung nach aber auch, weil man gesehen hat, dass sich die Politiker im Lande nicht einigen konnten.

Vielleicht noch eine Bemerkung am Rande dieser Debatte über die Zusammenarbeit in den Bereichen Technologie, Innovation und Koordination: Während Deutschland den Weg des Ausbaus erneuerbarer Energiequellen geht und sich von der Kernenergie verabschiedet hat, hat Tschechien einen genau umgekehrten Weg eingeschlagen. Das heißt, die erneuerbaren Energien machen derzeit etwa drei Prozent der Energieerzeugung in der Tschechischen Republik aus und die wichtigste neue Energiequelle sollen neue Kernkraftwerksblöcke sein. Vielleicht ist das in gewisser Weise ein vernünftiger Weg. Tschechien hat es zusammen mit Frankreich geschafft, auf europäischer Ebene die Definition der Kernenergie als saubere Energie durchzusetzen. Das Problem ist, dass wir erst in 20 oder 25 Jahren sehen werden, ob dieser Weg funktioniert oder nicht. Möglicherweise ist er dann auch um einige hundert Milliarden teurer, als derzeit angenommen wird. Dabei könnten wir in Tschechien, vielleicht in Zusammenarbeit mit Sachsen, intensiver erneuerbare Energien ausbauen. Das Erzgebirge wäre ein idealer Ort dafür.

Und wieder ist die Politik das Problem. Sie kann beispielsweise nicht damit umgehen, wie die Menschen auf lokaler Ebene auf diese Initiativen reagieren: Vor

kurzem gab es in der Tschechischen Republik eine Abstimmung über den Bau von drei Windkraftanlagen in der Nähe einer Gemeinde. Das Unternehmen versprach der Gemeinde, mehrere Millionen Kronen pro Jahr zu ihrem Haushalt beizusteuern, was für den Ausbau von Infrastruktur, Gehwegen und so weiter ausreichen würde. Doch die Bürger lehnten ab. Wir haben es also auch in Mitteleuropa mit einer seltsamen, bukolischen Mentalität zu tun: Ruhe bewahren, die globalen Stürme werden schon irgendwie an uns vorbeiziehen und wir werden schon irgendwie auf die altbewährte Art und Weise zurechtkommen. Meines Erachtens tun die Politiker nicht genug, um die Bürger zu überzeugen, dass man sich nicht einfach verstecken kann. Dass die globalen technologischen und wissenschaftlichen Trends einfach da sind und wenn wir uns daran nicht beteiligen, werden wir wirtschaftlich zurückfallen.

→ **Dr. Zuzana Lízová:**

Vielen Dank. Gibt es noch Fragen aus dem Publikum?

→ **Publikumsbeitrag (Dr. László Kövér):**

Zur letzten Frage möchte ich noch etwas zur Klärung ergänzen. Von einem sächsischen Kollegen war gefragt worden, was man denn tun könne, wenn die Regierung oder der Gesetzgeber innovative Entwicklungen voranbringen will und auf öffentlichen Widerstand trifft. Die verehrte Moderatorin hat daraufhin den Populismus in Mitteleuropa als mögliche Ursache des Problems angesprochen. Heute habe ich auch hier aus einzelnen Bemerkungen herausgehört, dass wir, die Fidesz, zum Kreis der Populisten gehören würden. Diesen Stempel tragen wir übrigens seit geraumer Zeit mit Stolz, weil



es bedeutet, dass wir den Menschen zuhören und versuchen, dementsprechend zu handeln und nicht versuchen, unsere Gedanken den Menschen mit Gewalt aufzudrängen.

Aber auch als Populisten glauben wir, dass die zukünftige Industrieentwicklung in Ungarn auf der Elektromobilität beruhen muss. Ungarn ist heute eine Großmacht im Automobilbau. Damit wir diese wichtige Rolle auch in Zukunft beibehalten, versuchen wir, uns auf die Bedürfnisse der Elektromobilität einzustellen, unter

anderem durch die Batterieproduktion und die Ansiedlung von Fabriken. Wenn wir die Populisten sein sollen, dann weiß ich nicht, wer diejenigen sind, die auch in Ungarn durch Aufwiegelung der lokalen öffentlichen Meinung, durch die Verbreitung von Gerüchten, durch Schreckensbilder von Umweltschäden neue Investitionen verhindern. Während wir wissen, dass es heute einen ungeheuren Wettbewerb um die Batterieproduktion in Europa gibt. Einer der Akteure ist gerade Deutschland, jedoch steht Ungarn in diesem Wettbewerb im Verhältnis zu seiner Größe auch recht gut da. Wahrscheinlich ist die Lage komplexer, als dass wir sämtliche Konflikte anhand der Verwerfungslinien zwischen den Anhängern des Populismus und der liberalen Demokratie erklären könnten.

→ **Dr. Zuzana Lizcová (Moderatorin):**

Vielen Dank für die Wortmeldung. Gibt es sonst noch Fragen?

→ **Publikumsbeitrag (Dr. Peter Neumann):**

Mein Name ist Peter Neumann, ich bin Honorarkonsul der Republik Kroatien und Direktor des Dresdner Osteuropa Instituts. Für Innovation und Entwicklung bedarfes einer Grundqualität, die heute so offensiv hier nicht benannt worden ist. Sie ist mit dem Wort Populismus schon mal angedeutet worden – nämlich politische Stabilität. Heute Morgen hat der polnische Kollege angedeutet, dass es eine Entwicklung gibt vom ländlichen Raum in den städtischen, dass junge Leute da hinziehen und deshalb auch nach Westeuropa gehen oder hier nach Dresden oder Leipzig oder Prag. Aber die Frage wurde nicht aufgeworfen, ob man das gut oder schlecht findet,



sondern man hat das hingenommen und man muss sich darauf einstellen. Politik hat die Aufgabe, vielleicht die Ergebnisse von Wissenschaft zur Kenntnis zu nehmen, aber dann doch zu bewerten, ob ich das gut oder schlecht finde. Und wenn ich das vielleicht nicht gut finde, muss ein Lösungsvorschlag erarbeitet werden. Bezogen auf den ländlichen Raum, der ein Problem darstellt, wenn es um die politische Stabilität geht, wenn er sich zurückgesetzt fühlt: Fakt ist, dass der ländliche Raum zunehmend in diesen Ländern vernachlässigt wird. Vor diesem Hintergrund würde ich gerne Ihre Strategien wissen, um für die Innovation, die Sie vorhaben, die politische Stabilität zu gewährleisten.

→ Dr. Zuzana Lizcová (Moderatorin):

Ich schlage vor, wir beginnen in Sachsen.

→ Oliver Schenk:

Ich glaube, dass die Fragen Stadt-Land tatsächlich an Aktualität hinzugewonnen haben, weil wir durchaus sehen, dass dort Stimmungen und Haltungen auseinanderdriften. Unsere Aufgabe in der Politik ist es, die Dinge bei einander zu halten. Es gibt aber nicht den einen Schalter, sonst wäre es sehr einfach. Man kann auch nicht sagen, dass das immer nur eine Frage der wirtschaftlichen Entwicklung ist oder von Gefühlen, weil es häufig heißt, es wäre eine Frage der Abgehängtheit. Es hat vielmehr damit zu tun, wie man Menschen in den Regionen auch mitnimmt, was beispielsweise Informationen betrifft. Wir kennen das aus der Schweiz, dass dort, wo Regionen regelmäßig zur Wahl gehen sollen, plötzlich die Wahlbeteiligung deutlich zurückgeht, weil sie dort nicht mehr informiert sind, weil es dort keine Informationen mehr gibt. Es gibt nicht mehr die Tageszeitung, es gibt nicht mehr das lokale Radio. Menschen fühlen sich nicht mitgenommen bei diesen politischen Prozessen dort, weil sie nicht informiert sind. Das ist gerade in der heutigen Zeit eine große Herausforderung. Wir sehen, dass klassische Medien kein funktionierendes Geschäftsmodell mehr haben und dass Menschen an dieser Stelle auch nicht mehr abgeholt werden können. Das ist nur ein Punkt, aber dieser steht stellvertretend für die Gefahr, dass die Dinge ein Stück weit auseinanderlaufen.

Für die Politik geht es darum, dass wir gleichwohl dafür sorgen, dass gute Bildungschancen in den Regionen da sind, dass wir eine gute infrastrukturelle Entwicklung

haben, dass wir einen öffentlichen Nahverkehr organisieren, der den Menschen Mobilität erlaubt. Vor dem Hintergrund der Demografie ist natürlich die Sorge groß: Wenn ich alt werde, wie sieht es mit der medizinischen Versorgung in der Region aus, wo wir gleichzeitig vor der Herausforderung stehen, dass ärztliche Versorgung und Pflegepersonal fehlen? Das sind Themen, die Menschen mit Sorge erfüllen und die wir seitens der Sächsischen Staatsregierung tagtäglich diskutieren. Wir müssen über neue Formen der medizinischen Versorgung nachdenken. Dazu gehören Spezialzentren, zu denen man im Falle einer ernsthaften Erkrankung auch weitere Wege zurücklegen muss. Gleichmaßen ist eine heimatnahe Tagesversorgung, Vorbereitung auf Operationen oder Nachsorge nötig. Das ist mit Veränderungsprozessen verbunden und Veränderung kann zu Beginn auch durchaus schmerzhaft sein und viel Überzeugungskraft erfordern. Das Thema Demografie habe ich daher ganz bewusst angesprochen – eine gigantische Gestaltungsaufgabe für uns, weil es mit Veränderungen verbunden ist und die Gesellschaft gerade in unserer Region in den letzten Jahren viele Veränderungen durchgemacht hat und sicherlich auch eine gewisse Müdigkeit diesbezüglich besteht.

→ Dr. Zuzana Lizcová (Moderatorin):

Herr Pállinger, mich würde interessieren, ob es in Ungarn genau dieselben oder darüberhinausgehende Herausforderungen gibt.

→ Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger:

Wir konnten in den letzten Jahren eine Veränderung der Politik beobachten. In Ungarn gibt es tatsächlich riesige

regionale Diskrepanzen. Wenn Sie das BIP pro Kopf anschauen, dann ist der Landesdurchschnitt 70 Prozent des EU-Durchschnitts, viele Regionen Ungarns liegen weit darunter bei ungefähr 50 Prozent, Budapest hingegen bei 120 bis 130 Prozent. Sie haben also riesige Spannungen. Dieses Problem ist grundsätzlich erkannt worden. In den letzten Jahren wurde tatsächlich viel versucht, lokale Gemeinschaften zu stärken. Es wurden Gelder investiert, allerdings ist der Nutzen auch häufig fraglich geblieben. Die großen Innovationstreiber bleiben dennoch tatsächlich die Zentren.

Da sind wir wieder beim Thema: Wie können wir beides miteinander verknüpfen? Hier ist zum einen wirklich die Infrastruktur ein entscheidender Faktor, um Verbindungen zu schaffen und Transporte schneller zu machen. Ein für Ungarn spezifisches Problem ist außerdem die relativ schlechte Gesundheitsversorgung, weil wir riesige Überkapazitäten haben. Und das ist dann natürlich sehr schwer zu verkaufen, wieso gerade ein Spital geschlossen wird, wieso man das zentralisiert. Da gibt es Reibungsverluste. Im Prinzip handelt es sich um dieselben Probleme und in Ungarn besteht auch sehr stark die demografische Herausforderung mit der Alterung und dem Rückgang der Bevölkerung. Und dann ist es politisch natürlich nicht gewünscht, dass ein Ausgleich durch Immigration erfolgt. Der Weg, der anderen Ländern offensteht, dass man Fachkräfte aus dem Ausland holt, zum Beispiel in der Pflege, ist dann eher verbaut.

→ Dr. Zuzana Lizcová (Moderatorin):

An diesem Beispiel kann man sehen, dass es tatsächlich noch viel mehr Themen gibt, die wir in Mittel- und

Osteuropa teilen und über die wir uns austauschen können. Mit Blick auf die Zeit würde ich vorschlagen, dass wir nun zur Abschlussrunde kommen. Das große Thema, das uns dieses Jahr erwartet und uns alle verbindet, ist die Wahl des Europäischen Parlaments. Ich möchte abschließend noch einmal alle Podiumsteilnehmer darum bitten, uns vielleicht Ihre Sorge und natürlich auch Ihre Hoffnung zu schildern, die Sie mit dieser Abstimmung verbinden. Möchten Sie beginnen, Herr Lang?

→ Dr. Kai-Olaf Lang:

Natürlich wird es in Teilen zu Verschiebungen im Kräfteverhältnis im Europäischen Parlament kommen, aber es wird zunächst einmal nicht zu Veränderungen im Europäischen Rat kommen oder bei den Ratsabstimmungen. Die nationalen Regierungen bleiben in der Regel ja unverändert – es sei denn, es gibt mittelbare Auswirkungen aufgrund der Europawahlen. Aber natürlich wird der Wahlausgang bestimmte Effekte haben, er wird interpretiert, er wird Konsequenzen haben für Politikfelder, für die Klimapolitik beispielsweise, vielleicht auch für die Agrarpolitik und für andere Themenbereiche. Die Sorge ist, dass unabhängig vom Ausgang dieser Wahlen die EU nicht die Kraft entwickeln wird, sich auf den Weg zu machen, neue Mitglieder aufzunehmen und die inneren Voraussetzungen dafür durch Reformen zu schaffen. Denn ich glaube, wir brauchen einige Reformen. Das ist die Sorge, dass wir im Grunde 2025, wenn wir anfangen über den mittelfristigen Finanzrahmen in der EU zu diskutieren, uns im Klein-Klein verhaken, dass sehr stark so eine Ent-Europäisierung zum Vorschein kommt; letztlich, dass wir das große Ganze aus den Augen verlieren und dass wir nur so tun, als ob wir die EU reformieren



wollen und dass wir so tun, als ob wir die Europäische Union erweitern möchten. Die Hoffnungen überlasse ich mal den anderen.

→ Prof. Dr. Jiří Pehe:

Daran möchte ich anknüpfen, denn diese Befürchtungen halte ich durchaus für berechtigt. Ich glaube nicht, dass sich die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments dermaßen verändern wird, dass sich das Kräfteverhältnis grundlegend verschiebt. Die rechtsnationalen Parteien werden stärker, das ist jetzt schon klar. Aber nicht so sehr, dass der Kern um die Europäische Volkspartei, die Sozialdemokraten und die Liberalen grundlegend geschwächt wird. Das Kräfteverhältnis wird sich meiner Meinung nach ein wenig zugunsten der rechtsnationalen Kräfte verändern, aber es wird keine radikale Veränderung sein.

Es gibt zwei Punkte, die meiner Meinung nach ein gewisses Risiko darstellen. Zum einen spricht die EU von einer Erweiterung in Richtung Balkan, worauf die betreffenden Länder ihre Hoffnungen setzen. Die Erweiterung wird ihnen, insbesondere von den Ländern Mitteleuropas, auch versprochen. Aber ich befürchte, dass es ohne institutionelle Änderungen, vor allem im Abstimmungssystem, nicht zu einer Erweiterung kommen wird. Über das Abstimmungssystem wurde heute schon gesprochen und dass eine Änderung vermeintlich zu einer Art Diktat der Großen und Mächtigen zu Lasten der kleinen Länder Mitteleuropas führen würde. Zumindest der französische Präsident Macron und auch der deutsche Bundeskanzler Scholz haben deutlich gemacht, dass ohne eine institutionelle Änderung im Abstimmungssystem, das heißt

ohne eine Umstellung auf mehr Mehrheitsentscheidungen, eine EU-Erweiterung um den Westbalkan nicht möglich sei. Und warum hat Scholz das gesagt? Warum gibt es aus seiner Sicht Bedenken? Ich glaube, er befürchtet, dass bei einer EU-Erweiterung um diese Länder ohne eine Änderung des Abstimmungssystems mehrere Länder hinzukommen würden, deren Politik der jetzigen Visegrád-Politik ähnelt oder ähneln wird. Die EU wäre dadurch völlig paralysiert. Diese Sorge wird zwar nicht öffentlich geäußert, aber wenn ich mich gelegentlich privat mit westlichen Diplomaten in Prag unterhalte, ist sie erkennbar. Wie Winston Churchill einst in seinem berühmten Bonmot sagte, besteht das Problem des westlichen Balkans – oder des Balkans im Allgemeinen – darin, dass er mehr Geschichte produziert, als er verbrauchen kann. Natürlich muss die EU über die nötigen Instrumente verfügen, um sicherzustellen, dass ihr Entscheidungsprozess durch den Beitritt nicht völlig lahmgelegt wird.

Eine andere Sache sind die innenpolitischen Auswirkungen. Meiner Meinung nach werden die Europawahlen für einige europäische Länder größere innenpolitische Konsequenzen haben als europäische. Es ist völlig klar, dass die Europawahlen in der Tschechischen Republik die derzeitige politische Szene, die Regierungskoalition und so weiter grundlegend destabilisieren können. Meiner Meinung nach wird man in Tschechien nach den Europawahlen weniger darüber reden, was dies für Europa bedeutet, sondern vielmehr darüber, was auf der innenpolitischen Bühne passieren wird.

Ich hoffe letztlich, dass die EU trotz der veränderten Machtverhältnisse in der Lage sein wird, einige wichtige

Entscheidungen zu treffen, die derzeit auf Eis liegen, weil sich damit vor den Europawahlen niemand befassen will. Zum Beispiel werden im Bereich der grünen Politik noch hastig alle möglichen Zugeständnisse versprochen. Ich hoffe, dass dies nur eine Wahlkampfaktik ist. Die Europäische Union muss in Bereichen wie Agrarpolitik, Umweltpolitik, strategische Planung oder gemeinsame Verteidigung vorankommen. Ich hoffe, dass die Wahlen es dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission letzten Endes ermöglichen, sich mit einem neuen Mandat seriös mit diesen Themen zu befassen.

→ **Oliver Schenk:**

Wir haben alle miteinander in den letzten Jahren gemerkt, wie wichtig Europa für uns in Fragen von Wettbewerb, Gesundheitsversorgung, aber auch Sicherheit geworden ist. Deshalb blicke ich durchaus optimistisch auf diesen 9. Juni, dass die Sachsen, die Deutschen, die Europäer von ihrem Wahlrecht in viel größerem Umfang als in der Vergangenheit Gebrauch machen werden. Ich glaube, es ist die große Chance, dass das neue Parlament sich dann auch mit einem neuen, mit einem stärkeren Mandat ausgestattet, den wichtigen Aufgaben zuwendet. Wichtig ist das Thema Sicherheit – Sicherheit an unseren Grenzen, aber auch Sicherheit im Sinne einer stärkeren Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung. Ebenso wichtig ist das Thema Wettbewerbsfähigkeit, um das wir uns noch viel mehr kümmern müssen. Nur ein wirtschaftlich starkes Europa ist am Ende auch in der Lage, das Geld zu verdienen, mit dem wir in Innovationen und in die Zukunft investieren können. Ich bin also hoffungsvoll und merke auch, weil

ich jetzt viele Termine habe rund um das Thema Europa, dass eine andere Diskussionskultur vorherrscht als in der Vergangenheit. Auch das stimmt mich optimistisch und mit diesem Optimismus werde ich auch in die nächsten Wochen gehen.

→ **Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger:**

Ich habe ja meinen Vortrag damit abgeschlossen, dass ich Optimist bin und dass Europa weiterhin Probleme haben wird – davon bin ich überzeugt. Nach dem doch pessimistischen Einschlag der ersten beiden Kollegen, ist mir der Ausspruch „Selbstmord aus Angst vor dem Tod“ in den Sinn gekommen. Das ist auch keine Option. Wir stehen zweifellos vor großen Problemen. Meiner Ansicht nach sind institutionelle Reformen unabdingbar. Auch die gemeinsame Identität in der Verteidigungspolitik muss gestärkt werden, auch wenn ich im Moment noch nicht sehe, wie das gelingen kann. Zu den großen Herausforderungen gehört weiterhin die Erweiterung in den Westbalkan. Aber ich schließe mich an, ich habe auch festgestellt, dass offensichtlich die Wahlbereitschaft höher ist als in der Vergangenheit. Und man kann ja immer wieder auf positive Spillover hoffen.

→ **Dr. Zuzana Lizcová (Moderatorin):**

Herzlichen Dank für dieses optimistische Schlusswort. Damit sind wir am Ende der zweiten Podiumsdiskussion des diesjährigen Forums Mitteleuropa angekommen. Ich bedanke mich bei unseren Podiumsgästen, unserem Publikum und allen Beteiligten.



Sächsischer Landtag
Sakski krajny sejm

Vitae



*Eingangsbereich des Sächsischen Landtags mit
Schriftzug in Deutsch und Sorbisch*

Prof. Dr. Jiří Drahoš

(*1949 in Český Těšín)

studierte physikalische Chemie in Prag und promovierte am Institut für theoretische Grundlagen der Verfahrenstechnik der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften. Nach seiner Habilitation leitete er hier das Institut für chemische Prozesse. Von 2009 bis 2017 war Drahoš Präsident der Akademie der Wissenschaften. Im Jahr 2018 unterlag er bei der Stichwahl um das Amt des Präsidenten der Tschechischen Republik nur knapp Miloš Zeman. Bei den Senatswahlen im Oktober 2018 wurde im ersten Wahlgang zum Senator gewählt. Derzeit ist er Erster Vizepräsident des tschechischen Senats.

Dr. Othmar Karas

(*1957 in Ybbs an der Donau)

studierte Politikwissenschaft sowie Wirtschaftsrecht. Zunächst von 1981 bis 1995 Angestellter im Banken- und Versicherungsbereich, wurde er 1999 Abgeordneter im Europäischen Parlament. Er war von 2006 bis 2009 sowie von 2011 bis 2019 Leiter der ÖVP-Delegation im Europäischen Parlament. 2012 bis 2014 sowie 2019 bis 2022 war er Vizepräsident im Europäischen Parlament, von 2022 bis 2024 Erster Vizepräsident. 2024 kandidierte er nicht mehr.

Dr. László Kövér

(*1959 in Pápa)

studierte an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Eötvös-Loránd-Universität in Budapest, wo er 1986 promovierte. 1988 gehörte Kövér zu den Gründungsmitgliedern des Fidesz. Bis 1990 arbeitete er als Journalist, Wissenschaftler und Lehrer. Seit 1990 ist er Abgeordneter des ungarischen Parlaments. In den 1990er-Jahren war er Geschäftsführer/Vizepräsident des Fidesz. Seit dem Jahr 2010 und nach diversen Wiederwahlen (zuletzt 2022) der Fidesz-Partei ist er ungarischer Parlamentspräsident. 2012 und 2024 übernahm er nach dem Rücktritt der amtierenden Staatspräsidenten kommissarisch deren Amt.

Marek Krzakała

(*1967 in Rybník)

studierte Germanistik in Breslau. Krzakała arbeitete als Lehrer und Übersetzer. Er gehört der Partei Platforma Obywatelska (Bürgerplattform) an. Seit 2007 ist er Mitglied des polnischen Sejms. Darüber hinaus ist er Mitglied des Ausschusses für die Europäische Union und auswärtige Angelegenheiten und derzeit Vorsitzender der Polnisch-Deutschen Parlamentariergruppe. Er ist seit 2016 Träger des Großen Verdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland.

Dr. Kai-Olaf Lang

(*1967)

promovierte in Politikwissenschaft an der Universität Kiel und ist seit 2001 als Senior Fellow in der Forschungsgruppe EU/Europa bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin tätig. Zuvor arbeitete er in den Jahren 1999 und 2000 als Wissenschaftlicher Referent beim Bundesinstitut für internationale und ostwissenschaftliche Studien in Köln. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Länder Ostmitteleuropas (Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn) und die baltischen Staaten.

Dr. Zuzana Lizcová

(*1980)

schloss 2005 ihr Masterstudium in Germanistik und 2011 ihr Studium im Fach International Area Studies an der Karls-Universität Prag ab. In den Jahren 2004 bis 2013 arbeitete sie als Redakteurin bei der Tschechischen Presseagentur. Ihr Fokus lag dabei auf deutschsprachigen Ländern und Staaten Mitteleuropas. Derzeit ist sie die Leiterin der Abteilung für deutsch-österreichische Studien am Institut für Internationale Studien der Karls-Universität Prag.

Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger

(*1967)

ist ein schweizerisch-ungarischer Politikwissenschaftler. Nach der Promotion an der Universität St. Gallen arbeitete er zwischen 1997 und 2002 in der Schweizerischen Bundeskanzlei. Zwischen 2002 und 2007 war er Forschungsbeauftragter am Liechtenstein-Institut. Seit 2007 leitet er den Lehrstuhl für Politische Theorie und Europäische Demokratieforschung an der Andrassy Universität Budapest. Seit 2021 bekleidet er das Amt des Rektors der Universität. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Demokratieforschung und Vergleichende Politikwissenschaft.

Prof. Dr. Jiří Pehe

(*1955 in Rokycany)

studierte Rechtswissenschaften und Philosophie an der Karls-Universität Prag; mit Promotion im Jahr 1980. Ein Jahr später folgte seine Flucht in die USA, wo er die Columbia University in New York besuchte. Danach arbeitete er unter anderem für die New York Times, das Forschungsinstitut von Radio Free Europe und nach seiner Rückkehr in die Tschechische Republik für das Open Media Research Institut in Prag. In den Jahren 1997 bis 1999 war er Direktor der Politischen Abteilung der Kanzlei von Václav Havel und später Berater für außenpolitische Fragen. Seit 1999 ist er Direktor der New York University in Prag und wirkt als politischer Kommentator.

Dr. Matthias Rößler

*(*1955 in Dresden)*

ist seit 2009 Präsident des Sächsischen Landtags. Er studierte von 1975 bis 1979 Maschinenbau an der Technischen Universität Dresden und arbeitete anschließend an der Hochschule für Verkehrswesen als Entwicklungsingenieur. 1990 Mitglied des Koordinierungsausschusses für die Wiedererrichtung des Freistaates Sachsen, ist er seit 1990 Mitglied des Sächsischen Landtags. Der CDU-Politiker war in Sachsen von 1994 bis 2002 Staatsminister für Kultus und von 2002 bis 2004 Staatsminister für Wissenschaft und Kunst. Er ist Vorsitzender des Kuratoriums des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag.

Oliver Schenk

*(*1968 in Dachau)*

studierte Volkswirtschaft in Münster. Ab 1994 arbeitete er zunächst als Referent im Sächsischen Staatsministerium für Umwelt. Im Jahr 1999 wechselte er ins Sächsische Finanzministerium. Von 2002 bis 2005 war er Büroleiter des Ministerpräsidenten, danach als Abteilungsleiter in verschiedenen Ressorts tätig. Nach einer längeren Zeit in Berlin kehrte er 2017 nach Sachsen zurück und wurde zum Chef der Staatskanzlei berufen, hier u.a. als Staatsminister zuständig für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien. Seit Juni 2024 ist er Mitglied des Europäischen Parlaments.

Gerald Schubert

*(*1968 in Wien)*

studierte Kommunikations- und Theaterwissenschaften. 2001 zog er nach Prag und arbeitete von 2002 an in der deutschen Redaktion von Radio Prag, deren Chefredakteur er von 2006 an war. Im Jahr 2015 wechselte er als Außenpolitikredakteur und Korrespondent für die Tschechische Republik zur österreichischen Tageszeitung Der Standard. Sein Schwerpunkt liegt weiterhin auf Tschechien und anderen Ländern Mittel- und Osteuropas.



In der konstituierenden Sitzung am 29. September 2011 haben

Dr. Matthias Rößler, Präsident des Sächsischen Landtags

Dr. Erhard Busek †, Vizekanzler der Republik Österreich a. D.

Prof. Dr. Stefan Troebst, Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas
an der Universität Leipzig

Prof. Dr. Beate Neuss, Professorin für Internationale Politik an der
TU Chemnitz

Prof. Dr. Gábor Erdödy, Botschafter der Republik Ungarn a. D.

Jiří Gruša †, Schriftsteller und Diplomat, Tschechische Republik

Magdaléna Vášáryová, Abgeordnete des Slowakischen Nationalrates

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Direktor des Zentrums für Europäische
Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn

Ryszard Król, Generalkonsul der Republik Polen a. D.

als Kuratoren des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag
die Dresdner Erklärung unterschrieben.

Die Kuratoren des Forums Mitteleuropa (Stand August 2024) sind:

Dr. Matthias Rößler, Präsident des Sächsischen Landtags

Prof. Dr. Stefan Troebst, emeritierter Professor für Kulturstudien
Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig

Prof. Dr. Beate Neuss, emeritierte Professorin für Internationale Politik
an der TU Chemnitz

Prof. Dr. Gábor Erdödy, Botschafter der Republik Ungarn a. D.

Magdaléna Vášáryová, Botschafterin der Slowakischen Republik a. D.

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Direktor des Zentrums für Europäische
Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn

Dr. Christopher Metz, Direktor beim Sächsischen Landtag a. D.

Dr. Rafał Dutkiewicz, Stadtpräsident von Wrocław a. D.

Dr. Jarmila Krejčíková, Generalkonsulin der Tschechischen Republik a. D.

Ing. Hans Penz, Präsident des Landtags von Niederösterreich a. D.

